



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

ARCHIV-EXEMPLAR

1989



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1989

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telex 912 449
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

2.90 6000 A49989

Inhaltsübersicht

Seite

Deutsche Fassung

5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds)

77

Französische Fassung

149

Sommaire

Page

Version allemande

5

Listes (institutions de revision et fonds de placement)

77

Version française

149

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abkürzungen	9
Bankenkommission und Sekretariat	10
I. Einleitung	11
II. Wesentliches in Kürze	12
III. Aufsicht über die Banken	13
1. Revision der Bankenverordnung	13
1.1 Geltungsbereich des Bankengesetzes	13
1.2 Eigenmittelvorschriften	15
1.3 Liquiditätsvorschriften	20
2. Rundschreiben	20
2.1 Bildung und Auflösung von stillen Reserven	20
2.2 Interne Revision (Inspektorat)	21
2.3 Risikoverteilung: Meldepflicht	22
3. Praxis der Aufsichtsbehörde	22
3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit	22
3.1.1 Geldwäscherei; Libanon-Connection	22
3.1.2 Geldwäscherei; Strafgesetzgebung	25
3.1.3 Sorgfaltspflichtvereinbarung 1987	30
3.1.4 Kursschnitte	33
3.1.5 Börsenwesen	35
3.2 Länderrisiken	35
3.3 Ausländisch beherrschte Banken	37
3.3.1 Gegenrecht	37
3.3.2 Japan	37
3.3.3 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten	38
3.3.4 Annahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz durch ausländische Banken	38

3.4	Konzernaufsicht	40
3.4.1	Konsolidierte Überwachung von Banken- Holdinggesellschaften und -gruppen	40
3.4.2	CS Holding	40
3.4.3	Konsolidierte Aufsicht über Investmentbanken	42
3.5	Bilanzwahrheit und -klarheit	44
3.5.1	Konsolidierte Erfolgsrechnung	44
3.5.2	Verbuchung von Aktionärszuschüssen	44
3.6	Verrechnungsrisiken bei Treuhandanlagen	45
3.7	Kantonalbanken	46
3.7.1	Nachrangige Darlehen	46
3.7.2	Innere Organisation	47
3.8	Revisionsstellen	48
3.8.1	Prüfung der Bewilligungsvoraussetzungen	48
3.8.2	Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds	49
3.9	Regionalbanken	49
3.10	Raiffeiseninstitute	49
3.11	Bewilligungsentzüge	50
3.12	Unerlaubte Banktätigkeit	51
4.	Beziehungen zu Behörden und Verbänden	52
4.1	Behörden des Bundes	52
4.2	Nationalbank	52
4.3	Verbände	53
4.4	Revisionsstellenkonferenz	53
5.	Internationale Angelegenheiten	54
5.1	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	54
5.2	Europäische Gemeinschaft	55
5.3	Dreiländer-Treffen	59
5.4	Fürstentum Liechtenstein	60
6.	Behandelte Geschäfte (Statistik)	60
6.1	Sitzungen	60
6.2	Verfügungen	60
6.3	Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen	61

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften	61
7.1 Bestand Ende 1989	61
7.2 Erteilte Bewilligungen	62
7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit	63

IV. Aufsicht über die Anlagefonds 64

1. Revision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds	64
2. Neues Musterreglement und neues Rundschreiben Nr. 18	65
2.1 Risikoverteilung	65
2.2 Anpassung bestehender Fondsreglemente	66
3. Praxis der Aufsichtsbehörde	66
3.1 Immobilien-Anlagefonds: Neues Rundschreiben Nr. 19	66
3.2 Umstellung der Buchhaltung auf eine Fremdwährung	67
3.3 Europrogramme	69
3.4 Bancor SA, Genf	70
4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden	70
4.1 Eidg. Finanzdepartement	70
4.2 Treffen mit der Schweizerischen Bankier- vereinigung	71
4.3 Kontaktgruppe	71
5. Behandelte Geschäfte	71
6. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1989	72

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen 74

VI. Interna	75
1. Bankenkommission	75
2. Sekretariat	75
3. Rechnung	75
4. Organigramm des Sekretariates	76

Auswertung Erhebung Formulare B	80
--	----

Verzeichnisse	77
----------------------	----

- Anerkannte Revisionsstellen
 - für Banken und Anlagefonds
 - nur für Anlagefonds

Statistische Erhebung der VSB-Formulare B

Schweizerische Anlagefonds
Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung
für die öffentliche Werbung in der Schweiz

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidgenössischen Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Verordnung vom 20. Januar 1967 über die Anlagefonds (SR 951.311)
AusIAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
PfG	Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (SR 211.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 211.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidgenössischen Bankenkommission (SR 952.721)
VS 87	Vereinbarung vom 1. Juli 1987 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Eidgenössische Bankenkommission

Präsident

Dr.iur. Hermann Bodenmann, Brig

Vizepräsident

Prof. Dr.iur. Alain Hirsch, Genf (bis 31. Dezember 1989)

Mitglieder

Dr. rer. pol. Amilcare Berra, Montagnola

Dr.iur. Silvio de Capitani, Zürich

Prof. Dr. rer. publ. Peter Nobel, Zürich

Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen

Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Dr.iur. Kurt Hauri, Direktor

Fürsprecher Daniel Zuberbühler, stellvertretender Direktor,
Rechtsdienst

Romain Marti, Vizedirektor, Bewilligungen

Kurt Lindegger, Vizedirektor, Revisorat

Dr.ès. sc.écon. André Cornu, Anlagefonds

Adresse

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern

Telefon 031/61 69 11, Telex 912 449, Telefax 031/61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission ist für die Beaufsichtigung von drei Bereichen des Finanzsektors zuständig. Es sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen die Aufsicht über die Banken (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG). Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1989 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten wichtigen Fragen der Aufsicht sowie mit Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Herbst 1990 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1989» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Nach Art. 2 BankV legt die Bankenkommission ein öffentliches Verzeichnis der dem Gesetz unterstellten Unternehmen an. Nach Befragung der Abonnenten beschloss die Bankenkommission, diesen künftig ihr Bankenverzeichnis nicht mehr jährlich zuzustellen, sondern es Interessenten im Sekretariat laufend nachgetragen zur Verfügung zu halten.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (letztmals 1988 Heft 18).

II. Wesentliches in Kürze

1989 konnten zwei Revisionen der Bankenverordnung abgeschlossen und auf den 1. Januar 1990 in Kraft gesetzt werden. Einerseits werden Emissionshäuser und Finanzintermediäre, die in grossem Umfang im Interbankgeschäft tätig sind, inskünftig als Banken dem Bankengesetz unterstellt sein, um das einwandfreie Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte, einen verbesserten Anlegerschutz sowie die Einhaltung der bankengesetzlichen Gegenrechtsbestimmungen zu gewährleisten. Andererseits erfolgte eine Teilrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung. Diese umfasst im wesentlichen eine Annäherung an das sogenannte Basler Eigenkapital-Modell und sieht neu vor, dass sämtliche Ausserbilanzgeschäfte mit Eigenmitteln zu unterlegen sind. Gleichzeitig werden im Bereich der bilanzwirksamen Geschäfte gewisse Erleichterungen eingeführt und insbesondere die Möglichkeit, nachrangige Darlehen als eigene Mittel anrechnen zu können, erhöht.

Die Bankenkommission eröffnete das Vernehmlassungsverfahren für den Entwurf eines neuen Rundschreibens «Bildung und Auflösung von stillen Reserven». Das Rundschreiben will den Grundsätzen ordnungsmässiger Rechnungslegung Nachachtung verschaffen und die Aussagekraft der Jahresrechnung erhöhen.

Aufgrund ihrer Untersuchung der Geldwäscherei-Affäre «Libanon-Connection» beschloss die Bankenkommission, dass der professionelle Engros-Notenhandel, welcher in der Schweiz nur durch die drei Grossbanken betrieben wird, inskünftig ihrer ausdrücklichen Zustimmung bedarf und in organisatorischer Hinsicht strengeren Vorschriften unterliegen soll. Entsprechende Richtlinien stehen bevor.

Im Zuge der Umstrukturierung einer schweizerischen Grossbank hatte die Bankenkommission grundlegende Fragen der konsolidiert erforderlichen Eigenmittel von Bankkonzernen zu behandeln. Die entsprechende Verfügung der Bankenkommission wurde angefochten, weshalb das Bundesgericht nunmehr zu entscheiden hat.

Im Berichtsjahr befasste sich die Bankenkommission auch mit Börsenfragen, und zwar einerseits mit der Problematik der sogenannten «Kursschnitte», andererseits mit dem «Mini-Crash» vom 16. Oktober 1989.

III. Aufsicht über die Banken

1. Revision der Bankenverordnung

1.1 Geltungsbereich des Bankengesetzes

Der Bundesrat verabschiedete am 23. August 1989 die von der Bankenkommission vorbereitete Revision der Bankenverordnung und setzte sie auf den 1. Januar 1990 in Kraft (vgl. Jahresbericht 1986 S. 17, 1987 S. 17, 1988 S. 14). Emissionshäuser und Finanzintermediäre, die in grossem Umfang im Interbankgeschäft tätig sind, werden somit in Zukunft als Banken dem Bankengesetz unterstellt sein. Damit soll das einwandfreie Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte gestärkt, der Schutz für die Anleger am schweizerischen Kapitalmarkt erhöht und schliesslich die Umgehung der bankengesetzlichen Gegenrechtsbestimmungen verhindert werden (Jahresbericht 1987 S. 18). Die revidierte Verordnung entspricht inhaltlich weitgehend dem Vernehmlassungsentwurf. Als wichtigste Änderung verzichtete der Bundesrat darauf, Finanzintermediäre mit grossem Ausserbilanzgeschäft zu erfassen (Art. 2 a Bst. c des Entwurfs, vgl. Jahresbericht 1987 S. 19). Damit sollte zum einen vermieden werden, möglicherweise grosse Warenerterminhändler oder Holdinggesellschaften, die sich in bedeutendem Umfang für ihre Tochtergesellschaften verbürgen, dem Bankengesetz zu unterstellen. Überdies hätte sich die Bestimmung bei einer Neuumschreibung der Ausserbilanzgeschäfte, die nach der Bankenverordnung mit Eigenmitteln unterlegt werden müssen (vgl. hinten Ziff. 1.2), allenfalls auf unerwünschte Weise auf den Geltungsbereich ausgewirkt.

Art. 2 a definiert neu den Begriff der Bank im Sinne von Art. 1 Abs. 1 BankG in nicht abschliessender Weise:

a) Aus systematischen Gründen wird in Bst. a der traditionelle Bankbegriff definiert. Danach gelten als Banken «alle hauptsächlich im Finanzbereich tätigen Unternehmen, die sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, um damit auf eigene Rechnung eine unbestimmte Zahl von Personen oder Unternehmen, mit denen sie keine wirtschaftliche Einheit bilden, auf irgendwelche Art zu finanzieren». Von dieser Definition werden die Privatbankiers nicht erfasst, die aber selbstverständlich dem Gesetz weiterhin unterstellt bleiben. Sie werden in Art. 1 BankG ausdrücklich erwähnt.

b) Bst. b betrachtet Unternehmen als Banken, die hauptsächlich im Finanzbereich tätig sind und «sich in erheblichem Umfang bei mehreren nicht massgebend an ihnen beteiligten Banken refinanzieren, um damit auf eigene Rechnung eine unbestimmte Zahl von Personen oder Unternehmen, mit denen sie keine wirtschaftliche Einheit bilden, auf irgendwelche Art zu finanzieren». Die Erfassung dieser grossen Finanzintermediäre erfolgte nicht in erster Linie aus Gründen des Gläubigerschutzes, sondern um das Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte sicherzustellen. Die Bankenkommission verlangte in einem den bekannten bankähnlichen Finanzgesellschaften zugesandten Schreiben eine Meldung von allen Gesellschaften, die im Durchschnitt der letzten vier Quartalsbilanzen sich bei mehr als fünf Banken im Umfang von mehr als 500 Mio. SFr. refinanzierten. Investiert eine Gesellschaft die so aufgebrachten Mittel überwiegend bei Schuldern, die zur gleichen Konzerngruppe gehören wie sie, soll sie nicht dem Bankengesetz unterstellt werden. Ebenso wenig sollen Gesellschaften erfasst werden, deren Aktiven im wesentlichen aus Wertschriften bestehen, die zu Handelszwecken erworben wurden.

c) Nach Bst. c schliesslich gelten Emissionshäuser als Banken, d. h. Gesellschaften, die «Wertpapiere oder nicht verurkundete Rechte mit gleicher Funktion (Wertrechte) fest oder in Kommission übernehmen und öffentlich auf dem Primärmarkt anbieten». Nach Auffassung der Bankenkommission gehören dazu auch hauptsächlich im Finanzbereich tätige Gesellschaften, die neue Finanzinstrumente, wie etwa Optionen, öffentlich auf dem Primärmarkt anbieten, es sei denn, dies geschehe im Zusammenhang mit der eigenen Eigen- oder Fremdkapitalbeschaffung. Die neue Bestimmung dient dem Schutz der Anleger am schweizerischen Kapitalmarkt.

Nach Art. 3 empfiehlt sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder, wer in irgendeiner Form um Publikumsgelder wirbt oder dauernd von mehr als 20 Publikumsgläubigern Gelder entgegennimmt. Erfolgt die öffentliche Empfehlung durch eine Finanzgesellschaft, so untersteht diese dem Bankengesetz. Die neue Bestimmung sieht Spezialregeln für Privatbankiers vor, die ihnen weiterhin erlauben, Gelder von Bekannten ihrer Kunden entgegenzunehmen. Der neue Art. 3 BankV ist nur beschränkt anwendbar auf Vermögensverwalter. Diese führen nach Auffassung der Bankenkommission einen Bankbetrieb und un-

terstehen damit dem Gesetz, wenn ihre Kundenguthaben nicht nur aus der Abwicklung von Vermögensverwaltungsaufträgen stammen.

Aufgrund der *Verordnungsänderung* werden wahrscheinlich rund 60 Gesellschaften, die meisten davon Emissionshäuser, dem Gesetz unterstellt werden. Sie haben sich bis Ende Juni 1990 bei der Bankenkommission zu melden.

Nach Ablauf der Übergangsfrist müssen die von der *Verordnungsänderung* betroffenen Gesellschaften alle Bewilligungsvoraussetzungen des Bankengesetzes erfüllen. Bei ausländisch beherrschten Gesellschaften muss auch das Gegenrecht bejaht werden können. Um den entsprechenden Liberalisierungsfortschritten in den einzelnen Heimatstaaten der betroffenen Finanzgesellschaften Rechnung tragen zu können, schuf der Bundesrat eine flexible und grosszügig bemessene Übergangsregelung. Einerseits erteilte er der Bankenkommission die Befugnis, bei Schwierigkeiten mit dem Gegenrecht die Übergangsfrist zu verlängern. Zum andern können gemäss der *Verordnung* anstelle der Liquidation andere geeignete Massnahmen, wie z. B. Geschäftsbeschränkungen, getroffen werden, wenn das Gegenrecht auch nach Ablauf der verlängerten Übergangsfrist nicht bejaht werden kann. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, kann eine über 1992 hinausgehende Frist allerdings nur gewährt werden, wenn mit Ausnahme des Gegenrechts sämtliche übrigen Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind.

1.2 Eigenmittelvorschriften

Nach mehrjährigen Vorarbeiten (vgl. Jahresbericht 1986 S. 19 ff.; 1987 S. 21 ff.; 1988 S. 15 f.) zur aufsichtsrechtlichen Behandlung der Ausserbilanzgeschäfte unterbreitete die Bankenkommission am 9. Oktober 1989 ihren Entwurf für eine Teilrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung (Art. 11–13) dem Bundesrat. Dieser beschloss an seiner Sitzung vom 4. Dezember 1989, die Revision auf den 1. Januar 1990 in Kraft zu setzen. Die Änderung der Eigenmittelvorschriften weist folgende Grundzüge auf:

a) Das durch die letzte Revision der Eigenmittelvorschriften vom 1. Dezember 1980 eingeführte Grundkonzept, wonach die Eigenmittelanforderungen direkt nach Massgabe der Kreditrisiken der ver-

schiedenen Kategorien von Bilanzaktiven und Ausserbilanzgeschäften sowie der Preisrisiken aus offenen Devisen- und Edelmetallpositionen durch prozentuale Unterlegungssätze festgelegt werden, wird beibehalten. Die Vorschriften werden jedoch an die seither eingetretene Entwicklung des Bankgeschäftes, namentlich die zunehmende Verlagerung auf nicht bilanzwirksame Transaktionen und den Einsatz neuer, zum Teil komplexer Finanzinstrumente sowie an die internationalen Harmonisierungsbestrebungen in der Bankenaufsicht angepasst. Die Verordnungsänderung orientiert sich in verschiedenen Teilbereichen an den vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Juli 1988 erlassenen und von der Europäischen Gemeinschaft in ihren Richtlinien übernommenen Empfehlungen betreffend «Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der -anforderungen» (sog. Basler Eigenkapital-Modell, vgl. Jahresbericht 1988 S. 47), ohne deren Systematik und ihre meist tieferen Risikogewichtungsklassen zu übernehmen. Die schweizerischen Eigenmittelvorschriften sind somit immer noch deutlich strenger als die vom Basler Eigenkapital-Modell und den EG-Richtlinien vorgeschriebenen Mindeststandards, aber die Unterschiede in der relativen Gewichtung der Anforderungen für die einzelnen Geschäftsarten einerseits und die Anrechnung der Eigenmittelbestandteile andererseits werden im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken gemildert. Erhöhungen der Unterlegungssätze für Ausserbilanzgeschäfte stehen Reduktionen der Anforderungen bei den grenzüberschreitenden bilanzwirksamen Geschäften gegenüber, so dass für das ganze schweizerische Bankensystem das Eigenmittelerfordernis insgesamt um 3,5% auf rund 60 Mia. Franken abnimmt.

Ebenfalls in Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell erfolgt sodann eine starke Erleichterung bei der Eigenmittelbeschaffung, indem der Anteil der als Eigenmittel anrechenbaren nachrangigen Darlehen und Obligationenanleihen von bisher 10% auf maximal 25% der erforderlichen eigenen Mittel erhöht wird. Die nachrangigen Schuldinstrumente erlauben den Banken eine wesentlich kostengünstigere Refinanzierung als die in der Schweiz in den letzten Jahren rund doppelt so teuren Kapitalerhöhungen. Sie stellen jedoch kein echtes Eigenkapital dar, weshalb die Erhöhung ihrer Anrechnung nicht unbedenklich ist und einzig zur Angleichung der Wettbewerbs-

bedingungen der Schweizer Banken an diejenigen der ausländischen Konkurrenz erfolgte.

b) Vorrangiges Ziel der Verordnungsänderung ist die risikogerechte und vollständige Eigenmittelunterlegung der Ausserbilanzgeschäfte gemäss dem Basler Eigenkapital-Modell. Neu unterlegt werden müssen die nicht in Anspruch genommenen ungedeckten, unwiderruflichen Kreditzusagen mit fester Verpflichtung der Bank von über einem Jahr Restlaufzeit. Dazu gehören auch die an ausländischen Finanzplätzen mehr verbreiteten Note Issuance Facilities und Revolving Underwriting Facilities. Auf den Basler Mindeststandard angehoben wird sodann die Unterlegung der unwiderruflichen Kreditsicherungs-garantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos, die vor allem in den USA als Garantieförmungen gebräuchlich sind. Ebenfalls in Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell ist ferner neu der Nennwert ausserbörslich gehandelter Zinskontrakte (Zinsswaps auf der Basis einer einzigen Währung, forward rate agreements, Zinssatz-Futures und ähnliche Instrumente) zu unterlegen. Über das Basler Eigenkapital-Modell hinausgehend wird schliesslich neu eine Unterlegung für feste Übernahmezusagen bei Wertpapieremissionen verlangt, die mit der Ausdehnung des bankengesetzlichen Geltungsbereiches auf Emissionshäuser ihre besondere Bedeutung erlangt (vgl. Ziff. 1.1 S. 14).

Umgekehrt erfolgt auch eine Anpassung an das Basler Eigenkapital-Modell durch nach Laufzeiten abgestufte Unterlegungs-sätze für Forderungen aus festen Devisentermingeschäften, die zu einer erheblich geringeren Eigenmittelbelastung der kurzfristigen Geschäfte führt, welche den Hauptanteil des sehr grossen und immer noch steigenden Volumens an Devisentermingeschäften ausmachen.

c) Bei den Bilanzgeschäften (Aktiven) bringt die Verordnungsänderung eine erhebliche Reduktion der Eigenmittelanforderungen für Auslandgeschäfte. Vollständig abgeschafft wird der bisherige Eigenmittelzuschlag von 1,5% auf allen Auslandaktiven, der ursprünglich zur Abdeckung des latenten Transferrisikos auf grenzüberschreitenden Engagements eingeführt wurde, jedoch durch die seit 1980 eingetretene Entwicklung überholt ist. Wo das Transferrisiko aktuell geworden ist, nämlich auf den Engagements in hochverschuldeten Problemländern, müssen die Banken nach den Richtlinien der Ban-

kenkommission pauschale Wertberichtigungen vornehmen, welche den Auslandzuschlag um ein Vielfaches übersteigen (vgl. Jahresbericht 1988 S. 30). Auf den Engagements in den meisten OECD-Ländern hingegen ist das Transferrisiko vernachlässigbar. Der Auslandzuschlag stünde bei dieser Kategorie von Ländern in Widerspruch zu der vom Basler Eigenkapital-Modell empfohlenen Inländerbehandlung.

In Anlehnung an das Basler Eigenkapital-Modell werden sodann Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Zentralbanken in OECD-Ländern sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und den multilateralen Entwicklungsbanken privilegiert behandelt, im Unterschied zum Basler Modell jedoch nur in Ausnahmefällen den Forderungen gegenüber inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gleichgestellt. Forderungen gegenüber Banken, gleich welcher Art, werden nunmehr – unabhängig von ihrer Bilanzierung unter verschiedenen Positionen – gleich unterlegt. Unterschieden wird lediglich nach der Laufzeit der Forderung und danach, ob der Hauptsitz der schuldnerischen Bank in einem Land innerhalb oder ausserhalb der OECD liegt.

d) Nach der neuen Verordnung dürfen die Banken nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen nunmehr bis höchstens 25% der erforderlichen eigenen Mittel als Eigenmittelbestandteile anrechnen. Da nachrangige Schulden jedoch rückzahlbares, verzinsliches Fremdkapital darstellen und ihnen nur bei Beendigung der Geschäftstätigkeit (Liquidation, Konkurs oder Nachlassverfahren) Eigenmittelcharakter zukommt, muss ihre Anrechnung gegen das Ende der Laufzeit stark eingeschränkt werden. In Übereinstimmung mit dem Basler Eigenkapital-Modell wird die Anrechnung nachrangiger Schuldinstrumente deshalb in den letzten fünf Jahren vor ihrer Rückzahlung um jährlich 20% des ursprünglichen Nominalbetrages vermindert. Die in der neuen Verordnung auf 25% erhöhte maximale Anrechnungsquote für nachrangige Schuldinstrumente soll die Banken nicht dazu verleiten, in ihren Anstrengungen zur Beschaffung von echtem Eigenkapital (Grundkapital, offene und stille Reserven) nachzulassen. Eine Bank hat deshalb die Bankenkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre als eigene Mittel angerechneten nachrangigen Schulden 15% der erforderlichen eigenen Mittel

übersteigen. Dies wird es der Bankenkommission erlauben, in vermehrtem Ausmass von ihrer gesetzlichen Befugnis (Art. 4 Abs. 3 BankG) Gebrauch zu machen, in besonderen Fällen Verschärfungen gegenüber den allgemeinen Richtlinien über die Eigenmittelvorschriften in der Bankenverordnung anzuordnen. Die maximale Anrechnungsquote sollte nur von denjenigen Banken voll ausgeschöpft werden, welche alle zumutbaren Anstrengungen zur Beschaffung echten Eigenkapitals unternommen haben und die Eigenmittelanforderungen auch nach Rückzahlung der nachrangigen Schulden uneingeschränkt erfüllen können.

Als Gegenstück zur erhöhten Eigenmittelanrechnung nachrangiger Schulden verschärft die Ordnungsänderung die Eigenmittelunterlegung nachrangiger Forderungen gegenüber anderen Banken, da diesen gleich wie Beteiligungen am Grundkapital der Charakter von Risikokapital zukommt. Soweit nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen bei der schuldnerischen Bank als eigene Mittel angerechnet werden, müssen sie bei der Gläubigerbank als Beteiligungen bilanziert und dementsprechend mit mehr eigenen Mitteln unterlegt werden, wenn sie allein oder zusammen mit den von der Gläubigerbank gehaltenen Aktien und anderen Beteiligungspapieren 20% der erforderlichen eigenen Mittel der schuldnerischen Bank übersteigen oder wenn die Gläubigerbank in anderer Weise einen massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung ausüben kann. Damit wird insbesondere verhindert, dass die Banken durch die gegenseitige Gewährung nachrangiger Darlehen künstlich ihre Eigenmittel aufblähen können.

e) Kantonalbanken, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, dürfen einerseits nachrangige Schulden nicht als eigene Mittel anrechnen (vgl. Ziff. 3.7.1 S. 46). Andererseits wird für diese Kantonalbanken der bisherige, die Staatsgarantie berücksichtigende Abzug von den erforderlichen eigenen Mitteln von 5 auf 12,5% erhöht.

f) Einer späteren Revision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung vorbehalten bleibt die systematische Anpassung der schweizerischen Unterlegungssätze an die Risikogewichtungsklassen des Basler Eigenkapital-Modelles und der EG-Richtlinien, wenn diese von den einzelnen Ländern nach Ablauf der Übergangsperiode Ende 1992 in das nationale Recht übergeführt und in den heute

noch offenen Bereichen präzisiert worden sind. Im Rahmen einer solchen Revision könnten ferner die Eigenmittelvorsorge für Preisrisiken auf Beteiligungspapieren sowie das Zinsänderungsrisiko umfassender geregelt werden, insbesondere falls auf internationaler Ebene hierfür überzeugende Konzepte entwickelt werden. Zu prüfen ist schliesslich eine ausdrückliche Erweiterung der Eigenmittel-Konsolidierungsvorschriften der Bankenverordnung auf Unternehmungen des Bank- und Finanzbereiches, die über eine gemeinsame Dach-Holdinggesellschaft oder durch natürliche Personen als Aktionäre miteinander verbunden sind. Ein solcher Schritt dürfte sich dann aufdrängen, wenn die heute in der Schweiz noch atypischen Bankholding-Konzerne, welche von der Bankenkommision als besonderer Fall gestützt auf Art. 4 Abs. 3 BankG erfasst werden müssen, eine allgemeine Verbreitung erfahren (vgl. Ziff. 3.4.1 und 3.4.2 S. 40 ff.).

1.3 Liquiditätsvorschriften

Die neuen Liquiditätsvorschriften (Art. 15–20 BankV) sind am 1. Januar 1988 in Kraft getreten (vgl. Jahresbericht 1988 S. 16 f.). Trotz Erleichterung der Anforderungen erfüllen gewisse Banken immer noch nicht dauernd ihre Pflichten, insbesondere bezüglich der Kasenliquidität. In dieser Hinsicht ist noch zu bemerken, dass die festgestellten Unzulänglichkeiten oftmals aus Mängeln der internen Organisation resultieren und die Bankenkommision sich vorbehält, gegebenenfalls einzuschreiten, um die gesetzliche Ordnung wiederherzustellen. Einzelne Interpretationsfragen im Zusammenhang mit der Anwendung der neuen Vorschriften, einerseits bezüglich grosser Risikopositionen auf der Passivseite (Art. 18 Abs. 2 BankV), andererseits bezüglich angemessener Liquidität innerhalb des Bankkonzerns (Art. 18 Abs. 3 BankV), wurden geklärt.

2. Rundschreiben

2.1 Bildung und Auflösung von stillen Reserven

Mitte Oktober 1989 eröffnete die Bankenkommision das Vernehmlassungsverfahren zu einem neuen Rundschreiben «Bildung

und Auflösung von stillen Reserven». Der Entwurf wurde in einer Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Bankiervereinigung und der Treuhand-Kammer sowie Mitarbeitern des Sekretariates der Bankenkommision zusammensetzte, ausgearbeitet.

Das neue Rundschreiben soll, gestützt auf die gegenwärtige Praxis der Bankenkommision, die Bildung und Auflösung von stillen Reserven umfassender regeln, um die Aussagekraft der Rechnungslegung zu verbessern.

In der Einleitung werden die Begriffe stille Reserven, Anlagevermögen und Wesentlichkeit umschrieben. Anschliessend werden die Bildung und die Auflösung von stillen Reserven in separaten Abschnitten behandelt. Im ersten wird festgelegt, wie stille Reserven gebildet und in der Jahresrechnung gezeigt werden müssen. Der zweite präzisiert, wann stille Reserven aufgelöst werden können, definiert quantitative Kriterien zur Bestimmung der Frage, wann diese wesentlich sind und in welcher Weise sie in der Jahresrechnung bekanntzugeben und zu kommentieren sind.

Das Rundschreiben soll noch dieses Jahr in Kraft gesetzt werden und erstmals auf das Rechnungsjahr 1990 zum Tragen kommen.

2.2 Interne Revision (Inspektorat)

Die Einführung des neuen Rundschreibens «Interne Revision (Inspektorat)» vom 3. Oktober 1988, in Kraft seit 1. Dezember 1988 (vgl. Jahresbericht 1988 S. 19 f.), bot keine besonderen Probleme. Die Notwendigkeit einer wirksamen und unabhängigen Internen Revision ist in allen Bankkreisen unbestritten. Die weitaus überwiegende Zahl der betroffenen Banken traf entsprechende interne Massnahmen oder übertrug diese Aufgabe einer Revisionsstelle.

Es gingen nur wenige Gesuche um eine vollständige Befreiung von der Verpflichtung zur Errichtung einer Internen Revision von kleineren Banken mit Zweigniederlassungen ein; sie machten namentlich Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung geltend. Diesem Erfordernis wurde meistens dadurch Genüge getan, dass die jeweilige bankengesetzliche Revisionsstelle zusätzlich Inspektoratsaufgaben übernahm. Befreiungen konnten zugestanden werden, wenn nach-

gewiesen wurde, dass die Zweigniederlassungen über keine eigenen Entscheidungskompetenzen verfügen.

2.3 Risikoverteilung: Meldepflicht

Die Arbeiten an einem neuen Rundschreiben, welches das Rundschreiben Nr. 1 vom 19. September 1972 ablösen soll, wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Auf internationaler Ebene (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht) wird möglicherweise eine Koordination in der Erfassung und Behandlung von Grossrisiken erfolgen, von der Impulse für Änderungen auf Stufe Bankenverordnung zu erwarten sind.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit

3.1.1 Geldwäscherei; Libanon-Connection

Anfang November 1988 erregten Presseberichte über die als Libanon-Connection bekannt gewordene Geldwäscherei-Affäre grosses Aufsehen, wonach die drei grössten Schweizer Banken von den libanesischen Gebrüdern Magharian Banknoten im Wert von rund 1,5 Mia. Schweizerfranken entgegengenommen hätten, von denen ein Teil aus dem Drogenhandel herrühren sollten. Die Bankenkommision eröffnete unmittelbar nach Bekanntwerden der Angelegenheit eine Untersuchung bei den drei betroffenen Grossbanken (Jahresbericht 1988 S. 22 f.), welche nach mehrfachem Schriftenwechsel mit den Banken, der Erhebung umfangreichen Aktenmaterials der Banken, der Einsichtnahme in die Strafakten der Staatsanwaltschaft des Sopraceneri und der Schweizerischen Bundesanwaltschaft sowie längeren Einvernahmen von Bankkadern Ende März 1989 abgeschlossen wurde. An ihrer Pressekonferenz vom 11. April 1989 erstattete die Bankenkommision ausführlich Bericht über die Ergebnisse dieser Untersuchung.

Es wurde festgestellt, dass zwei der drei Grossbanken kommerzielle Geschäftsbeziehungen zu den im professionellen Notenhandel

tätigen Gebrüdern Magharian unterhielten und von diesen bis zu ihrer Verhaftung in rund drei Jahren Banknoten im Gegenwert von rund 1,5 Mia. Franken aus dem nahen und mittleren Osten entgegennahmen. Unter den von den Magharians bei den beiden Banken eingelieferten Noten befanden sich insgesamt 36 Mio. US-Dollar, welche nach den Tessiner Strafakten aus dem Kokainhandel einer kolumbianischen Bande stammten und den Magharians über einen armenischen Mittelsmann durch Geldkuriere aus den USA zugeleitet wurden. Die betreffenden Transaktionen wurden Ende November 1986 durch Zufall in den USA aufgedeckt, wovon die Banken jedoch ebensowenig Kenntnis hatten wie von der Anlieferung aus den USA. Ob und in welchem Umfang ausser den bewiesenen 36 Mio. US-Dollar an Drogengeldern noch andere Vermögenswerte aus dem Drogenhandel oder anderen Verbrechen zugunsten der Magharians bei den beiden Grossbanken einbezahlt wurden, konnte von der Bankenkommision nicht beurteilt werden, ist vielmehr Gegenstand des noch hängigen Strafverfahrens im Tessin.

Die Untersuchung der Bankenkommision ergab, dass die betroffenen Grossbanken die Identität der Magharians als Vertragspartner und deren wirtschaftliche Berechtigung an den eingebrachten Vermögenswerten korrekt gemäss der Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) geprüft und dokumentiert hatten. Beide Banken liessen sich darüber hinausgehend – wie im Engros-Notenhandel üblich – bei Aufnahme der Geschäftsbeziehungen zu den Magharians durch persönliche Gespräche mit den Kunden deren Tätigkeit erläutern, nahmen durch ihre internen Sicherheitsdienste eine Personenüberprüfung vor und holten Auskünfte bei anderen Marktteilnehmern ein. Anhand der laufenden Geschäftsbeziehungen erfolgte eine Prüfung der Plausibilität der Aussagen der Magharians über deren Geschäftstätigkeit. Keine dieser Recherchen ergab Anhaltspunkte für Zweifel an der Integrität und der Kompetenz der Magharians. Die Schweizerische Kreditanstalt als Hauptgeschäftspartnerin der Magharians klärte in der zweiten Jahreshälfte 1986, ausgelöst durch eine kritische Analyse ihres internen Inspektorates, überdies ab, ob Querverbindungen zwischen den Magharians und deren Kunden einerseits, zu den der Bank aus dem Strafverfahren i.S. Pizza-Connection sowie einem anderen Drogenfall bekanntgewordenen Personen andererseits bestünden.

Ebenso wurden die Magharians nach der Möglichkeit der Herkunft ihrer Gelder aus dem Drogenhandel befragt, und es wurden von ihnen detaillierte Auskünfte über die wirtschaftlichen Hintergründe ihrer Transaktionen verlangt. Die verantwortlichen Bankmitarbeiter hegten jedoch keinen Zweifel an der legalen Herkunft der Magharian-Gelder und sahen sich durch die zusätzlich getroffenen Abklärungen in dieser Auffassung bestätigt.

In ihrer Untersuchung überprüfte die Bankenkommission die die Banken, insbesondere die Schweizerische Kreditanstalt, belastenden Aussagen und Dokumente aus dem Tessiner Strafverfahren, namentlich die behauptete Warnung vor Drogengeldern der Magharians durch den Inhaber einer anderen Notenhandelsfirma, die die bankinternen Weisungen verletzende Annahme von Geschenken der Magharians durch im Noten- und Edelmetallhandel tätige Bankmitarbeiter, die den alten Richtlinien der Schweizerischen Bankiervereinigung widersprechende Rückgabe entwerteter Notenfälsifikate an die Magharians sowie die Ausstellung von Bestätigungsschreiben zugunsten der Visumserteilung an Geldkuriere zuhanden der schweizerischen diplomatischen Vertretungen. Das Verfahren der Bankenkommission ergab jedoch keinen Beweis für eine wissentliche Mitwirkung der zuständigen Bankmitarbeiter an der Reinwaschung von Vermögenswerten deliktischer Herkunft.

Aufgrund ihrer eingehenden und für alle Beteiligten sehr aufwendigen Untersuchung zu der Angelegenheit Libanon-Connection kam die Bankenkommission zum Schluss, dass gegen die mit der Leitung der betroffenen Grossbanken betrauten Personen keine aufsichtsrechtlichen Massnahmen getroffen werden müssen. Die Zuständigkeit für die Geschäftsbeziehungen im professionellen Notenhandel lag gemäss der internen Organisation nicht auf der Stufe der obersten Geschäftsleitung (Generaldirektion), welche gemäss Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit zu bieten hat. Im nachhinein betrachtet, stellt die Ansiedlung des professionellen Notenhandels in den Banken auf einer relativ tiefen Verantwortlichkeitsstufe zwar einen organisatorischen Mangel dar, weil eine Bank in dieser Geschäftssparte angesichts der grossen Bargeldumsätze einem erhöhten Risiko ausgesetzt ist, für Geldwäschereizwecke missbraucht zu werden. Die bisherige Organisation ist aber damit zu

erklären, dass die Notenhandelsgeschäfte in der Regel auf gedeckter Basis abgewickelt werden und nur in geringem Umfang kurzfristige Kontoüberziehungen mit entsprechend beschränktem Bonitätsrisiko gestattet sind. Auch für andere, nicht auf klassische Bonitätsrisiken beschränkte Sorgfaltspflichten trifft die Feststellung zu, dass sie auf einer recht tiefen Verantwortlichkeitsstufe erfüllt werden. Der im professionellen Notenhandel zutage getretene organisatorische Mangel rechtfertigt jedoch keine personellen Konsequenzen. Vielmehr gilt es, aus der gemachten Erfahrung die notwendigen organisatorischen Konsequenzen zu ziehen und die direkte Verantwortlichkeit der Geschäftsleitung nunmehr klar zum Ausdruck zu bringen.

Die Bankenkommission ihrerseits kündigte an der Pressekonferenz vom 11. April 1989 an, dass der professionelle Engros-Notenhandel in den Banken in Zukunft ihrer ausdrücklichen Zustimmung bedarf und folglich bei der Überprüfung der dauernd einzuhaltenden Bewilligungsvoraussetzungen für die Banktätigkeit strengeren Anforderungen unterliegt. Diese Geschäftssparte darf nur betrieben werden, wenn durch Geschäftsreglement, Organisation und genügende personelle Dotierung eine zumutbare interne Kontrolle gewährleistet ist. Von den dem Bankengesetz unterstellten Banken sind in der Schweiz in diesem Bereich nur die drei Grossbanken Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerischer Bankverein und Schweizerische Kreditanstalt tätig. Die Bankenkommission wird Richtlinien über die Organisation und die Geschäftsführungsvorschriften erarbeiten, welche die Verhinderung und Aufdeckung von Geldwäscherei-Transaktionen in diesem besonders exponierten Bereich bezwecken.

3.1.2 Geldwäscherei; Strafgesetzgebung

Die Gesetzgearbeiten zur strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäscherei (vgl. Jahresbericht 1987 S. 31; 1988 S. 24 ff.) wurden im Berichtsjahr zügig vorangetrieben. Der Bundesrat unterbreitete den eidgenössischen Räten mit Botschaft vom 12. Juni 1989 seinen Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches, welcher die vorsätzliche Geldwäscherei (Art. 305bis) und die mangelnde Sorgfalt bei Geldgeschäften (Art. 305ter) unter Strafe stellt. Der bundesrätliche Vorschlag stiess im Nationalrat auf breite Zustimmung und wird im Frühjahr 1990 vom Ständerat behandelt werden. Nach Art. 305bis

des Entwurfes wird bestraft, wer eine Handlung vornimmt, die geeignet ist, die Ermittlung der Herkunft, die Auffindung oder Einziehung von Vermögenswerten zu vereiteln, die, wie er weiss oder annehmen muss, aus einem Verbrechen herrühren. Damit folgte der Bundesrat im wesentlichen dem Vorschlag des Experten Paolo Bernasconi, der im Vernehmlassungsverfahren auch von der Bankenkommission unterstützt wurde, und dem darauf beruhenden Entwurf der vom Bundesrat eingesetzten Studienkommission, in welcher die Bankenkommission ebenfalls vertreten war.

Hingegen wurde auf eine Bestrafung der fahrlässigen Mitwirkung an Geldwäschereihandlungen verzichtet und statt dessen als abstraktes Gefährdungsdelikt der Straftatbestand der mangelnden Sorgfalt bei Geldgeschäften (Art. 305ter) vorgeschlagen. Nach dieser Bestimmung wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, Haft oder Busse bestraft, wer berufsmässig fremde Vermögenswerte annimmt, aufbewahrt, anlegen oder übertragen hilft und es unterlässt, mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt die Identität des wirtschaftlich Berechtigten festzustellen. Die für die Banken bereits aufgrund der bankengesetzlichen Bewilligungsvoraussetzung der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG; vgl. insbesondere Jahresbericht 1986 S. 21 ff.) und nach der privatrechtlichen Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB, vgl. Ziff. 3.1.3 S. 30 ff.) geltende Pflicht zur Überprüfung der Identität ihrer Vertragspartner und der dahinter stehenden wirtschaftlich Berechtigten an den eingebrachten Vermögenswerten wird also durch die Strafgesetzgebung ausdrücklich verankert und verstärkt werden. Damit wird die immer wieder aufgeworfene Frage nach einer Überführung der Identifikationsregeln der VSB in das Bankengesetz (vgl. Jahresbericht 1988 S. 24) gegenstandslos. Zu begrüssen ist insbesondere, dass die neue Strafnorm nicht nur auf die Banken, sondern auf alle im Finanzsektor berufsmässig tätigen Personen – wie Treuhänder, Anlageberater, Vermögensverwalter, Money-changers, Edelmetallhändler und Geschäftsanwälte – anwendbar ist. Die für den Bankensektor geltenden strengen Identifikationspflichten werden also über das Strafrecht sinngemäss auf den ganzen schweizerischen Finanzplatz ausgedehnt, wodurch Umgehungen durch unbeaufsichtigte Parabanken erschwert und stossende Wettbewerbsverzerrungen zwischen den verschiedenen Kategorien beaufsichtigter und unbe-

aufsichtiger Finanzinstitute abgebaut werden. Da die Strafverfolgungsbehörden in der Regel jedoch nur bei Verdacht auf bereits begangene strafbare Rechtsverletzungen tätig werden können und im Unterschied zu einer verwaltungsrechtlichen Aufsicht keine umfassende präventive Kontrolle ausüben, wird die Durchsetzung der Identifikationspflichten im nicht behördlich beaufsichtigten Teil des Finanzsektors wesentlich von der Effizienz der Selbstregulierung und der abschreckenden Wirkung einzelner Strafverfahren abhängen. Das Strafrecht allein kann eine umfassendere Finanzmarktaufsicht nicht ersetzen.

Der Vorteil des vorgeschlagenen Art. 305ter StGB gegenüber einer Strafnorm, welche auch die fahrlässige Geldwäscherei erfasst, besteht darin, dass die Verletzung der Identitätsprüfungspflicht als solche bereits das Delikt darstellt, ohne dass nachzuweisen ist, ob die Vermögenswerte im Einzelfall aus einem Verbrechen stammen oder sonstwie deliktischer Herkunft sind. Der Verzicht auf eine Bestrafung der fahrlässigen Geldwäscherei, wie sie sowohl vom Experten Paolo Bernasconi als auch von der Mehrheit der vom Bundesrat eingesetzten Studienkommission befürwortet wurde, ändert nichts an der aus dem bankengesetzlichen Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) abgeleiteten Pflicht der Banken, mit der nach den Umständen zumutbaren Sorgfalt zu prüfen, ob die ihnen angebotenen bzw. anvertrauten Gelder oder Vermögenswerte aus einem Verbrechen herrühren oder zur Begehung eines Verbrechens bestimmt sind. Die Identitätsprüfung stellt nur eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung dar, um die verbrecherische Herkunft von Vermögenswerten erkennen zu können. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern Ausgangspunkt weiterer Überlegungen und nötigenfalls zusätzlicher Abklärungen, wie sie in der Bankpraxis denn auch durchgeführt werden, um das Risiko einer missbräuchlichen Inanspruchnahme der Bank für rechts- oder sittenwidrige Transaktionen ihrer Kunden zu vermindern. Die Untersuchung der Bankenkommission im Fall Libanon-Connection bestätigte, dass die Banken richtigerweise je nach den Umständen weit über die bloss formale Feststellung und Dokumentierung der Identität ihrer Vertragspartner und der wirtschaftlich Berechtigten hinausgehen. Zu erinnern ist ferner an die vom Bundesgericht bestätigte Praxis der Bankenkommission, wonach die Banken verpflichtet sind, die wirtschaftlichen Hintergründe einer Transaktion ab-

zuklären und zu dokumentieren, wenn Anzeichen auf einen unsittlichen oder rechtswidrigen Sachverhalt bestehen oder wenn es sich um komplizierte, ungewöhnliche oder bedeutsame Geschäfte handelt (vgl. Jahresbericht 1986 S. 22).

Offene Fragen ergeben sich jedoch zum Verhältnis zwischen der zukünftigen Strafnorm von Art. 305ter und den Standesregeln der VSB, namentlich bezüglich der Identifikation der durch bankfremde Berufsgruppen vertretenen wirtschaftlich Berechtigten und dem Schicksal der Formulare B. Die bundesrätliche Botschaft zur Gesetzgebung über Geldwäscherei und mangelnde Sorgfalt bei Geldgeschäften verweist zwar für den Begriff des «wirtschaftlich Berechtigten» auf die VSB, deren Standesregeln und die Praxis der Aufsichtskommission durch den Strafrichter bei der Auslegung sinngemäss heranzuziehen seien, und bezeichnet insbesondere auch die VSB-Regeln über den Umgang mit Sitzgesellschaften und Berufsgeheimnistägern als wertvoll. Zugleich betont sie, dass das Anwaltsgeheimnis nicht dazu missbraucht werden darf, die Identifikation der Bankkunden zu vereiteln und so quasi ein Überbankgeheimnis zu schaffen (vgl. auch Jahresbericht 1988 S. 28). Daraus könnte geschlossen werden, Art. 305ter verlange für die Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten nicht mehr, als bereits in der VSB statuiert ist, und würde es einer Bank weiterhin gestatten, selbst auf die Kenntnis der wirtschaftlich Berechtigten zu verzichten, wenn die in den Formularen B 1 und B 2 einschränkend umschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind. Der Wortlaut von Art. 305ter verlangt jedoch die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt, wozu eine Delegation dieser Feststellung an den der Bank als Vertragspartner einzig bekannten branchenfremden Berufsgeheimnisträger nicht ausreichen dürfte. Auch nach dem Zweck der Strafnorm, welche den Missbrauch des schweizerischen Finanzplatzes zur Geldwäscherei einschränken will, ist der Verzicht auf die Kenntnis der wirtschaftlich Berechtigten bei den Banken als zentralem Bestandteil des Finanzplatzes kaum mehr haltbar. Hinzu kommt, dass die Suche der Strafverfolgungsbehörden nach deliktischen Vermögenswerten durch die Existenz zahlreicher Formulare B insbesondere dann erschwert oder sogar praktisch verunmöglicht wird, wenn nur der Name des wirtschaftlich Berechtigten, nicht aber sein Konto bei der Bank oder der ihn vertretende branchenfremde

Berufsgeheimnisträger bekannt ist. Es kann den Strafverfolgungs- und Rechtshilfebehörden nicht zugemutet werden, die Suche auf alle Unterzeichner von Formularen B auszudehnen. Nachdem die von der Bankenkommission durchgeführte statistische Erhebung der Formulare B leider gezeigt hat, dass das mit der Änderung der VSB 1987 verfolgte Ziel einer wesentlichen Verminderung der mittels Formular B anonymisierten wirtschaftlich Berechtigten nicht in befriedigendem Mass erreicht wurde, sind die geltenden Standesregeln in dieser Beziehung ohnehin einer kritischen Prüfung zu unterziehen (vgl. Ziff. 3.1.3 S. 30 ff.).

Offen ist ferner, ob die VSB in ihrer bisherigen Form als Konvention der Schweizerischen Bankiervereinigung mit privatrechtlicher Sanktionsordnung und eigener Aufsichtscommission aufrechterhalten oder in blosse Richtlinien ohne Konventionalstrafen umgewandelt wird, um Doppelspurigkeiten mit Strafverfahren wegen Verletzung von Art. 305ter zu vermeiden. Art. 305ter setzt aber zumindest voraus, dass detaillierte Standesregeln als Leitlinie zur Auslegung der Identifikationspflichten durch die Strafverfolgungsbehörden bestehen und von den betroffenen Berufsorganisationen weiterentwickelt werden, was an sich schon für den Fortbestand der von der Bankiervereinigung eingesetzten Aufsichtscommission spricht. Eine Aufhebung der gesamten Sanktionsordnung der VSB hätte überdies die unerwünschte Folge, dass auch Verletzungen der von der VSB aufgestellten übrigen Pflichten (Verbot der aktiven Beihilfe zur Kapitalflucht; Verbot der aktiven Beihilfe zur Steuerhinterziehung und dergleichen durch Abgabe von unvollständigen oder irreführenden Bescheinigungen) nicht mehr mit Konventionalstrafe geahndet würden, obschon sie von Art. 305ter in keiner Weise erfasst werden. Sogar für Verletzungen der Identifikationspflichten wird die VSB-Konventionalstrafe mit der Einführung von Art. 305ter nicht überflüssig, wird sie doch der Bank als juristischer Person auferlegt, während die Strafbestimmung ausschliesslich auf natürliche Personen anwendbar ist. Erfreulicherweise wird zwar nunmehr das von der Bankenkommission seit Jahren vertretene Postulat einer strafrechtlichen Erfassung der juristischen Personen bzw. von Unternehmungen (vgl. Jahresbericht 1983 S. 8; 1988 S. 25) im Rahmen der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches mit Nachdruck verfolgt. Bis zur Verwirklichung dieses Anliegens erfüllt die Konventionalstrafe der VSB jedoch weiter-

hin eine nützliche Funktion. Auch aufsichtsrechtlich ist die Tätigkeit der Aufsichtskommission von Bedeutung, da ihre Entscheide jeweils der Bankenkommision zugestellt werden, welche ihrerseits allfällige Sanktionen aufgrund des Gewährserfordernisses des Bankengesetzes prüft.

Auf internationaler Ebene wird das Ansehen der Schweiz durch die neue Strafgesetzgebung zur Bekämpfung der Geldwäscherei gestärkt werden. Ebenso arbeitet die Schweiz in der von den Staatshäuptern der Länder der 7er-Gruppe anlässlich des Gipfeltreffens vom Juli 1989 in Paris eingesetzten Expertenkommission (Financial Action Task Force on Money Laundering), der insgesamt fünfzehn Länder sowie die Europäische Gemeinschaft angehören, aktiv mit. Die schweizerische Delegation wird im Auftrag des Eidg. Finanzdepartementes vom stellvertretenden Direktor des Sekretariates der Bankenkommision geleitet. Die Expertenkommission wird bis im April 1990 insbesondere Empfehlungen für Massnahmen gegen den Missbrauch des Finanzsystems zur Reinwaschung von Vermögenswerten deliktischer Herkunft, in erster Linie aus dem Drogenhandel, sowie zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zuhanden der vertretenen Regierungen ausarbeiten. Die Umsetzung dieser Empfehlungen, welche in verschiedenen Teilen die schweizerischen Standesregeln und unsere Aufsichtspraxis übernehmen, wird auch die Bankenkommision beschäftigen.

3.1.3 Sorgfaltspflichtvereinbarung 1987

Am 1. Oktober 1987 trat die neue Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken vom 1. Juli 1987 zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung einerseits und den unterzeichnenden Banken andererseits (im folgenden VSB 87) in Kraft. Sie schränkt im Vergleich zu den früheren Sorgfaltspflichtvereinbarungen (VSB 77 und VSB 82) die Ausnahmen von der Pflicht der Banken zur Feststellung der von anderen Berufsgruppen vertretenen wirtschaftlich Berechtigten an den der Bank anvertrauten Vermögenswerten erheblich ein. Eine Bank kann aufgrund der restriktiveren Fassung der Formulare B1 und B2 nur noch dort auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten verzichten, wo dieser in erster Linie Kunde einer anderen Berufsgruppe ist und deren berufsspezifische Dienst-

leistungen als schweizerische Anwälte und Notare einerseits oder als auf eigene Rechnung tätige Mitglieder eines der Schweizerischen Treuhandkammer angeschlossenen Verbandes andererseits beansprucht. Die Übergangsregelung der VSB 87 verpflichtete die Banken, die ihnen de facto bereits bekannten wirtschaftlich Berechtigten bis am 30. September 1988 aktenkundig zu machen und verlangte in den übrigen Fällen, dass die bisher ausgestellten Formulare B bis zum 31. März 1989 durch neue Formulare A (unter Angabe des wirtschaftlich Berechtigten) oder B 1/B2 ersetzt werden. Die neue Regelung bezweckte, die Zahl der Geschäftsbeziehungen, bei welchen die Bank die Identität des wirtschaftlich Berechtigten nicht kennt, wesentlich zu senken (vgl. Jahresbericht 1987 S. 25 ff.).

Durch eine statistische Erhebung bei allen dem Bankengesetz unterstellten Banken, mit Ausnahme der für diesen Zweck vernachlässigbaren Raiffeisenbanken und -kassen, erfasste die Bankenkommision den Bestand der aufgrund der bisherigen Sorgfaltspflichtvereinbarungen und der VSB 1987 neu ausgestellten Formulare B. Die Erhebung sollte erstens die Grössenordnung der durch eingeschaltete Rechtsanwälte und Treuhänder anonymisierten Geschäftsbeziehungen im schweizerischen Bankensystem aufzeigen und zweitens Aufschluss darüber geben, ob die in das neue Vertragswerk gesetzten Erwartungen erfüllt werden. Durch ein Rundschreiben vom 20. Dezember 1988 wurden die Banken aufgefordert, der Bankenkommision bis zum 30. Juni 1989 den Bestand an Formularen B an zwei Stichtagen zu melden, jeweils aufgeteilt nach ihrer Ausstellung durch schweizerische Rechtsanwälte und Notare einerseits und Mitglieder eines der Schweizerischen Treuhandkammer angeschlossenen Verbandes andererseits. Als Stichtage galten der 30. September 1987 für die unter den bisherigen Sorgfaltspflichtvereinbarungen ausgestellten Formulare B und der 31. März 1989 (Ende der Übergangsfrist) für die Formulare B 1 und B 2 gemäss der VSB 87. Zusätzlich erhoben wurde die Anzahl der nicht durch neue Formulare ersetzten alten Formulare B, bei welchen die Banken die ihnen bekannten wirtschaftlich Berechtigten aktenkundig gemacht haben. Hingegen wurde auf eine Erfassung des Umfanges der durch Formular B eingebrachten Vermögenswerte verzichtet, da dies für die Banken mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand verbunden gewesen wäre (Jahresbericht 1988 S. 26 ff.).

Nach Auswertung der eingegangenen Erhebungsformulare ergibt sich die folgende Übersicht, welche im Anhang (vgl. S. 80) nach Bankengruppen aufgeschlüsselt ist:

- Unmittelbar vor Inkrafttreten der neuen VSB 87 bestanden per 30. September 1987 44498 alte Formulare B, wovon 30133 auf Rechtsanwälte und Notare sowie 14365 auf Treuhänder und Vermögensverwalter entfielen. Per 31. März 1989 bestanden noch 11743 alte Formulare B, bei welchen die Bank den wirtschaftlich Berechtigten aktenkundig gemacht hatte (Rechtsanwälte und Notare: 8625; Treuhänder und Vermögensverwalter: 3118). Es ist davon auszugehen, dass die betreffenden wirtschaftlich Berechtigten den Banken bereits vor Inkrafttreten der VSB 87 bekannt waren, also nur rund 33000 Kundenbeziehungen mittels alten Formularen B auch effektiv anonymisiert waren. Hinzuzurechnen ist höchstens noch die nicht erhobene Anzahl der mit Formular B vermittelten Kunden, welche seit Inkrafttreten der VSB 87 ihre Geschäftsbeziehungen zu schweizerischen Banken abgebrochen haben.
- Per 31. März 1989 bestanden 30344 Formulare B gemäss VSB 87, wovon 18697 Formulare B1 und 11647 Formulare B2. Gesamthaft betrachtet ist somit der Bestand an Formularen B gegenüber den alten VSB um 14154 oder 31,8% zurückgegangen. Berücksichtigt man jedoch die Anzahl der bereits vorher bekannten wirtschaftlich Berechtigten, welche nunmehr noch aktenkundig gemacht wurden, beträgt der Rückgang der durch Formular B anonymisierten Geschäftsbeziehungen weniger als 3000, ist also sehr bescheiden ausgefallen.
- Wegen der restriktiveren Fassung der Formulare B1 ist deren Zahl erwartungsgemäss stärker zurückgegangen als diejenige der Formulare B2, ohne dass die ursprünglich befürchtete Verlagerung der diskretionsbedürftigen Kundschaft von den Anwälten zu den Treuhändern stattgefunden hätte. Der Rückgang ist jedoch insbesondere bei den Anwälten unerwartet klein geblieben, vor allem bei Abzug der schon vorher de facto bekannten wirtschaftlich Berechtigten.

Insgesamt ist das Ziel einer wesentlichen Verminderung der durch Formular B anonymisierten wirtschaftlich Berechtigten nicht im erhofften Ausmass erreicht worden. Insbesondere fällt auf, dass bei

einzelnen Banken die Anzahl der Formulare B gemäss neuer VSB 87 gegenüber dem am 30. September 1987 erhobenen Altbestand zum Teil sogar markant zugenommen hat. In einzelnen Fällen ist dies mit der Aufnahme der Vermögensverwaltungstätigkeit zu erklären. Verschiedene Banken führen die Zunahme weiter darauf zurück, dass sie zahlreiche neue Kundenbeziehungen anknüpfen konnten oder bisher unter einer Sammelrubrik mit einem einzigen Formular B zusammengefasste Konten aufgeteilt haben. Gelegentlich wird angeführt, alte Kundendossiers aus der Zeit vor der ersten VSB seien anlässlich der systematischen Überprüfung bereinigt und formalisiert worden. Mit einer allgemeinen statistischen Erhebung lassen sich jedoch die anderen Gründe für den relativ bescheidenen Rückgang insbesondere der Formulare B1 nicht befriedigend erklären. Hierzu wird die Bankenkommission unter Beizug der bankengesetzlichen Revisionsstellen vielmehr gezielte Abklärungen bei den Banken vornehmen müssen. Die Banken dürfen zwar grundsätzlich davon ausgehen, dass die Formulare B von den branchenfremden Berufsgruppen wahrheitsgemäss ausgefüllt werden. Dies entbindet die Banken jedoch nicht von der Pflicht, die Plausibilität der erhaltenen Angaben aufgrund der laufenden Geschäftsbeziehungen kritisch zu überprüfen und Anhaltspunkten für eine missbräuchliche Verwendung der Formulare B nachzugehen. Anlass zur Vorsicht besteht insbesondere dann, wenn ein einzelner Berufsgeheimnisträger bei der Bank gestützt auf das Formular B eine grössere Anzahl von Geschäftsbeziehungen oder einzelne Konti mit hohen Beträgen unterhält. Die Bankenkommission prüft bei Widerhandlungen die allenfalls erforderlichen Massnahmen.

3.1.4 **Kursschnitte**

Noch im Jahr 1988 reichte die Revisionsstelle einer an der Zürcher Börse als Ringbank zugelassenen Bank der Bankenkommission im Nachgang zum ordentlichen Revisionsbericht einen «Spezialbericht über Kursschnitte» ein, in welchem sie die Ergebnisse einer Untersuchung über von ihr als nicht korrekt qualifizierte Börsentransaktionen zusammenfasste und zum Schluss kam, es seien Kursschnitte gemacht worden. Die Bank hatte bei mit echtem Selbsteintritt über das «Nostro-Konto» ausgeführten Kundenaufträgen teilweise die erforderliche Kennzeichnung als Nostro-Geschäft auf den Händler-

Ringbögen und die Zeitstempelung auf den Börsenbelegen unterlassen. Der Vorwurf der Revisionsstelle lautete dahin, dass die Bank ohne Übernahme eines eigenen Kursrisikos den Kunden andere als an der Börse erzielte bzw. gehandelte Kurse angerechnet habe.

Die in der Folge von der Bankenkommission durchgeführten umfangreichen Untersuchungen bestätigten die von der Revisionsstelle festgestellten Dokumentationsmängel. Indessen konnten Kursschnitte nicht nachgewiesen werden. Anhand einzelner Börsenbelege wies die Bank nach, dass sie in den von der Revisionsstelle beanstandeten Fällen ein Kursrisiko eingegangen war. Im weiteren ergab sich, dass die Bank beim Handel über den Eigenbestand auch Verluste erlitten hatte. Die Bank wurde wegen der ungenügenden Dokumentation der Nostro-Geschäfte gerügt.

Die direkt am Börsenring tätigen Banken haben folgendes zu beachten (vgl. zum Thema «Kursschnitte» Jahresberichte 1986 S. 27 f., und 1987 S. 33 f.; EBK-Bulletin 18 S. 16 ff.):

- Es ist zulässig, im Rahmen eines echten Selbsteintrittes gemäss Art. 436 OR Kundenaufträge über den Eigenbestand abzuwickeln.
- Auch ist es bei Kaufaufträgen erlaubt, dem Kunden die nachgefragten Titel leer zu verkaufen (Nostro-Shortposition).
- In diesen Fällen eines echten Selbsteintrittes (im Unterschied zum routinemässigen, eher «technischen» Selbsteintritt, der sich lediglich durch die Nicht-Nennung der Gegenpartei am Ring als solcher qualifiziert, vgl. Art. 437 OR), tritt die Bank gegenüber dem Kunden als Käuferin bzw. Verkäuferin auf (Art. 436 Abs. 3 OR) und übernimmt das Kursrisiko.
- Hinsichtlich der Preisgestaltung ist die Bank verpflichtet, den zum Zeitpunkt des Selbsteintrittes gehandelten Börsenkurs in Anrechnung zu bringen (Art. 436 Abs. 2 OR).
- Um den echten Selbsteintritt, d.h. die Übernahme eines eigenen Kursrisikos nachvollziehbar zu gestalten, kommt der Dokumentation als Nostro-Geschäft auf den Händler-Ringbögen erstrangige Bedeutung zu. Ebenso wichtig ist für die Bestimmung des anrechenbaren Kurses die Dokumentation des Zeitpunktes des Selbsteintrittes mit dem Zeitstempel auf den auf das «Nostro-Konto» lautenden Börsenbelegen.

- Hektischer Börsenbetrieb und Zeitdruck sind keine Gründe, diese Dokumentationspflichten zu vernachlässigen.
- Aufträge der Vermögensverwaltungsabteilung der Bank sind von der Börsenabteilung wie die übrigen Kundenaufträge zu behandeln und zu verarbeiten. Dies bedingt eine klare organisatorische und personelle Trennung der beiden Abteilungen innerhalb der Bank. Ist eine solche Trennung nicht vorhanden, sind, um jegliche Interessenkollisionen zu vermeiden, Börsenaufträge aufgrund von Vermögensverwaltungsvollmachten direkt am Ring auszuführen und nicht über den Eigenbestand abzuwickeln (vgl. Jahresbericht 1986, S. 27 f.).

3.1.5 Börsenwesen

Arbeitsgruppe «Mini-Crash» 1989: Nach dem starken Kurseinbruch an den Schweizer Börsen vom 16. Oktober 1989 ersuchte der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes die Bankenkommision, einen Sonderbericht über die Ursachen des «Mini-Crash» zu erstatten (Art. 13 Abs. 3 ROG-EBK). Die Bankenkommision setzte für diese Abklärungen eine Arbeitsgruppe unter der Leitung ihres Mitgliedes Prof. Dr. Peter Nobel ein mit dem Auftrag, das Börsengeschehen in Zürich am 13., 16., und 17. Oktober 1989, bezogen auf rund 40 repräsentative Titel, bei allen Ringbanken statistisch zu erheben und zu analysieren sowie massgebliche Börsenfachleute zu den Ereignissen des 16. Oktober eingehend zu befragen.

Studiengruppe über das Börsenwesen: In der vom Eidg. Finanzdepartement eingesetzten Studiengruppe über das Börsenwesen war die Bankenkommision durch eines ihrer Mitglieder vertreten. Diese Expertenkommission führte eine umfangreiche Untersuchung durch und hat ihre Arbeit inzwischen abgeschlossen.

3.2 Länderrisiken

Die Probleme der internationalen Verschuldung konnten auch 1989 nicht gelöst werden. Die Lage der höchstverschuldeten Länder hat sich eher verschlechtert. Das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern dürfte 1989 noch 0,4% betragen. Die Inflation ist weiter gestiegen. Auch die Verschuldungsindikatoren vermitteln ein insgesamt dü-

stereres Bild als am Anfang der 80er Jahre. Um den stagnierenden Entschuldungsprozess wieder in Bewegung zu bringen, schlug der amerikanische Finanzminister Brady im März die sog. verstärkte Schuldenstrategie vor. Die Grundidee der neuen Strategie besteht darin, unter der Wahrung der Prinzipien der Marktkonformität, der Freiwilligkeit und des fallweisen Vorgehens die Schuldenlast auf ein tragbares Mass zu reduzieren. Durch Abbau der Schulden und finanzielle Absicherung von Schulden- und Zinsendienst soll die Bonität der Restschuld erhöht werden. Auch soll die Schuldenentlastung Anreize für eine verantwortungsbewusstere Wirtschaftspolitik in den Schuldnerländern liefern. Eine Reihe von Ländern verhandelt zur Zeit über Finanzierungspakete im Sinne der neuen Strategie.

In Anbetracht dieser Lage sah die Bankenkommission deshalb keine Veranlassung, von ihrer seit Jahren verfolgten Politik abzurücken, Pauschalwertberichtigungen für alle ausstehenden Forderungen in Problemländern zu verlangen (vgl. Jahresbericht 1981 S. 22 ff., 1982 S. 32 ff., 1983 S. 17 ff., 1984 S. 23, 1985 S. 17 f., 1986 S. 34 f., 1987 S. 35 f, 1988 S. 30 f).

Per 31. Dezember 1989 belaufen sich die verlangten Wertberichtigungssätze auf

- 50% für alle ausstehenden Forderungen, ausgenommen kurzfristige Handelsengagements und
- 10% für kurzfristige Handelsengagements mit einer ursprünglichen Laufzeit von max. 360 Tagen.

Im Hinblick auf diese gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten Wertberichtigungssätze beschloss die Bankenkommission, anfangs 1990 die Auswirkungen der Satzerhöhung bei einigen repräsentativen Banken zu erheben. Sie wird in der ersten Hälfte 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Schuldenkrise über eine weitere Erhöhung des Wertberichtigungssatzes entscheiden. Eine Lösung wird aber nur durch eine international zu koordinierende Schuldenregulierung möglich sein. Ein Alleingang der Schweizer Banken im Sinne eines einseitigen Forderungsverzichts würde angesichts der Dimension der Schuldenkrise wirkungslos bleiben. Es wird jedoch von den Schweizer Banken erwartet, dass sie sämtliche internationalen Bestrebungen in dieser Richtung weiterhin aktiv und uneingeschränkt unterstützen.

3.3 Ausländisch beherrschte Banken

3.3.1 Gegenrecht

Einer ausländisch beherrschten Bank kann die Bewilligung zur Ausübung der Geschäftstätigkeit in der Schweiz nur erteilt werden, wenn die Staaten, in denen die die Bank massgeblich beeinflussen den natürlichen und juristischen Personen ihren Sitz haben, Gegenrecht gewährleisten (Art. 3bis Abs. 1 Bst. a BankG). Dieses ist gegeben, wenn schweizerische Banken im betreffenden Staat eine Bank in Form einer Zweigniederlassung oder Tochtergesellschaft gründen und betreiben können und diese rechtlich und faktisch umfassend und gewinnbringend tätig sein kann.

Im Zuge der Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes (vgl. Ziff. 1.1 S. 15) werden die neu unterstellungspflichtigen ausländischen Finanzgesellschaften das Gegenrechtserfordernis ebenfalls zu erfüllen haben.

3.3.2 Japan

In den Gegenrechtsbeziehungen zu Japan gelten nach wie vor die bereits in den Vorjahren (Jahresbericht 1988 S. 31 f., 1987 S. 47 f., 1986 S. 29 f.) angebrachten Vorbehalte der Bankenkommission. Trotz vieler anerkannter Liberalisierungsschritte sind die Geschäftsmöglichkeiten ausländischer Banken in Japan nach wie vor erheblich eingeschränkt, insbesondere im Vergleich zum Finanzplatz Schweiz, wo japanische Banken in ihrer Geschäftstätigkeit weder durch rechtliche noch durch administrative Hemmnisse behindert werden. Wegen der qualitativen Einschränkungen gewährleistet Japan das Gegenrecht also weiterhin nicht generell, sondern dieses kann nur von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken beurteilt werden.

Im Hinblick auf die mit der Revision der Bankenverordnung verbundene Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes (vgl. Ziff. 1.1 S. 13 ff.) wurden die Gespräche mit den japanischen Behörden vorübergehend sistiert. Da nunmehr feststeht, dass auch zahlreiche japanische Emissionshäuser und sonstige Finanzgesellschaf-

ten neu unter die Bestimmungen des Bankengesetzes fallen werden, ist die Gegenrechtsfrage für die betroffenen Institute im Sinne der bisherigen flexiblen Praxis zu prüfen.

3.3.3 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten

Folgende Staaten erfüllen zur Zeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Hong Kong, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien und in den USA die Staaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois, Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvania, Texas und Wisconsin.

3.3.4 Annahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz durch ausländische Banken

Mit der revidierten Verordnung vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz regelte die Bankenkommision auch die Entgegennahme fremder Gelder in der Schweiz durch ausländische Banken neu. Neben der Präzisierung der Bewilligungsvoraussetzungen, wonach die Bank in ihrem Land einer angemessenen Aufsicht zu unterstehen hat und die Werbung den Kunden klar erkennen lassen muss, dass er sein Geld bei einer im Ausland domizilierten Bank einlegt und diese nicht der schweizerischen Bankenaufsicht untersteht, wurden im Vergleich zur alten Verordnung vom 14. September 1973 verschiedene weitere Punkte revidiert. So wurde in Art. 17 Abs. 4 ABV die Bestimmung aufgenommen, wonach die Bankenkommision die Bewilligung auf die Annahme fremder Gelder von Personen beschränken kann, die sich in der Schweiz aufhalten und Staatsangehörige des Landes sind, in dem die Bank ihren Sitz hat. Zwar gibt diese Bestimmung der Bankenkommision die Möglichkeit, entsprechende Einschränkungen vorzunehmen, z.B. bei in der Schweiz allgemein unbekanntem Instituten. Der Grund für diese Ermessensbestimmung liegt allerdings nicht darin, dass die Staatsangehörigen des betreffenden Landes weniger schutzbedürftig wären als Schweizer oder Kunden aus Drittländern, sondern im Wissen,

dass die betreffenden Landsleute normalerweise privilegierte Beziehungen zu ihrem Land und damit bessere Kenntnisse «ihrer» Bank haben als Dritte. In der Tat hat die Bankenkommission bisher aber keinem Gesuchsteller unter Anrufung von Art. 17 Abs. 4 ABV besondere Einschränkungen auferlegt. Die scheinbar strenge Praxis der Bankenkommission, die Werbung nur für die eigenen Staatsangehörigen zuzulassen, lag seit je nicht in einer tatsächlichen und bewusst restriktiven Interpretation begründet, sondern im Umstand, dass lediglich Bedürfnissen der gesuchstellenden Banken entsprochen wurde.

Die Bankenkommission befasste sich im Rahmen der Behandlung eines Gesuches eingehend mit dieser Thematik. Die Gesuchstellerin, eine spanische Bank, der bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Bewilligung zur Entgegennahme fremder Gelder von spanischen Staatsangehörigen erteilt wurde, beantragte, den Personenkreis zu öffnen und die Begrenzung auf Staatsangehörige spanischer Nationalität aufzuheben. Sie zähle im Rahmen ihrer weit über Spanien hinausreichenden Tätigkeit und Präsenz zu ihrem Kundenkreis eine Vielzahl nicht spanischer Staatsangehöriger. Die beantragte Öffnung erlaube ihr, ihre Dienstleistungen im Rahmen der Entgegennahme von Geldern auf in der Schweiz wohnhafte Personen irgendwelcher Nationalität anzubieten, die bereits zu ihrer Kundschaft gehörten. Die Bankenkommission entsprach diesem Gesuch, indem die Bewilligung zur Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz auf die Gesamtheit der bestehenden Kundschaft der spanischen Bank, d. h. auf Personen, deren Kundenbeziehungen in Spanien begründet wurden, ausgedehnt wurde.

Um Aufschluss zu erhalten über die Entwicklung und die Bedeutung der Entgegennahme fremder Gelder in der Schweiz durch ausländische Banken, hat die Bankenkommission eine Erhebung durchgeführt. Danach wurde seit 1978 insgesamt 22 Banken aus Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei eine Bewilligung zur öffentlichen Empfehlung zur Annahme von Geldern bei einer Zahlstelle in der Schweiz erteilt. Die Summe der entgegengenommenen Gelder belief sich 1987 auf insgesamt rund Fr. 550 Mio.; 1988 erreichte dieser Betrag, u. a. dank neuen Bewilligungen, eine Grössenordnung von Fr. 650 Mio. Wie die Zusammensetzung der vertretenen Länder deutlich macht, handelt es sich bei diesen Überwei-

sungen im allgemeinen um Gelder von in der Schweiz tätigen Gastarbeitern, die ihre Ersparnisse in der Regel an ihre Familien in deren Heimatländer transferieren. Die meisten dieser Banken unterhalten in der Schweiz gleichzeitig eine Vertretung. Neben ihrer eigentlichen Vertreter Tätigkeit ermöglichen sie es ihren Landsleuten, auf effiziente und sichere Weise Überweisungen vorzunehmen.

3.4 Konzernaufsicht

3.4.1 Konsolidierte Überwachung von Banken-Holdinggesellschaften und -gruppen

Seit über zehn Jahren verstärkt die Bankenkommision, im Einklang mit den Bestrebungen auf internationaler Ebene, die konsolidierte Überwachung von Banken, die in stets komplexer konstruierte Holding- und Konzerngruppen eingeflochten sind. An alle Banken gerichtete Rundschreiben und eine Reihe von Verfügungen im Einzelfalle sind die Mittel dazu (vgl. Übersicht im Jahresbericht 1987 S. 48 f.).

Die Verfügung in Sachen Schweizerische Kreditanstalt/CS-Holding (vgl. Ziff. 3.4.2 S. 40 ff.) führt diese Praxis weiter. Sobald das Bundesgericht entschieden hat, wird für das vorbereitete «Rundschreiben über die konsolidierte Überwachung von Banken-Konzernen und -Holdinggesellschaften» das Vernehmlassungsverfahren eingeleitet werden können. Das Rundschreiben gliedert die verschiedenartigen Tochtergesellschaften von inländischen und grenzüberschreitenden Banken-Konzernen, regelt ihre aufsichtsrechtliche Behandlung, den Konsolidierungskreis, die Methode der Konsolidierung, die Behandlung von Minderheitsbeteiligungen sowie den Umfang der konsolidierten Überwachung. Ferner normiert es die umfassende Überwachung von Banken-Holdinggesellschaften.

3.4.2 CS Holding

Die Gruppe um die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) erfuh, wie die Bank der Öffentlichkeit ausführlich bekanntgab, im Frühjahr

1989 eine Umstrukturierung, als deren wesentliche Änderung die vormalige Publikumsgesellschaft SKA neu zur gewichtigsten Beteiligung ihrer ehemaligen Schwestergesellschaft CS Holding wurde. Weitere Beteiligungen neben der SKA sind die CS First Boston, die Fides, die Elektrowatt und als neuestes Mitglied der SKA-Gruppe die im November 1989 neugegründete Versicherungsgesellschaft CS Life.

Schon im Anschluss an die 1982 erfolgte Gründung der CS Holding und die damit verbundene Auslagerung von Beteiligungen der SKA auf die CS Holding waren 1982/83 zwischen der Bankenkommision und der SKA unterschiedliche Auffassungen über die konsolidiert erforderlichen Eigenmittel der SKA-Gruppe hervorgetreten. Die SKA erklärte sich damals schliesslich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht damit einverstanden, die ihr nahestehende Schwestergesellschaft (CS Holding) und die von dieser gehaltenen Beteiligungen im Bank- und Finanzbereich (Financière Crédit Suisse – First Boston) in ihre konsolidierte Eigenmittelberechnung einzubeziehen (vgl. Jahresbericht 1983 S. 21 f.).

Auf die neue Gruppenstruktur bezogen ist die SKA der Ansicht, dass die Bankenkommision auf Stufe Dachholding keine Konsolidierung verlangen dürfe, weil die CS Holding dem Bankengesetz gar nicht unterstehe. Auch der Kreis der gemäss Art. 12 Abs. 2 BankV bei der Konsolidierung der SKA zu erfassenden Gesellschaften des Bank- und Finanzbereiches sollte nach Auffassung der Bank auf ihre eigenen Beteiligungen beschränkt sein. Für einen Einbezug von Schwestergesellschaften einer Bank und deren Beteiligungen, insbesondere der CS-First-Boston-Gruppe, fehle eine Gesetzesgrundlage und darüber hinaus auch die aufsichtsrechtliche Notwendigkeit.

Die Bankenkommision hat am 1. September 1989 gestützt auf Art. 4 Abs. 3 BankG gegenüber der SKA eine Eigenmittel-Verschärfung verfügt, und zwar in dem Umfang, als der CS-Holding-Konzern nicht entsprechend den Vorschriften der Bankenverordnung über Eigenmittel verfügt. Dabei liess sie sich vom Grundgedanken leiten, dass eine auf die Bank und die von ihr beherrschten Gesellschaften beschränkte Aufsicht ungenügend ist, wenn weitere Bank- und Finanzgesellschaften im Gesamtkonzern als mögliche zusätzliche Risiken für die Bank nicht in Betracht gezogen werden. Die Bankenkommision hat in ihrem Entscheid offengelassen, ob diese konsolidierte

Erfüllung der Eigenmittel-Anforderungen für die SKA-Gruppe schon gestützt auf Art. 12 Abs. 2 BankV gefordert ist. Die gleichen Verhältnisse, welche im klassischen Bankkonzern eine Konsolidierung beherrschter Gesellschaften im Bank- und Finanzbereich rechtfertigen, sind im CS-Holding-Konzern gegeben. Insbesondere trifft die SKA für die CS-First-Boston-Gruppe aufgrund der in vielfacher Hinsicht deutlichen Verbindungen zwischen den beiden Konzerngesellschaften eine tatsächliche Unterstützungspflicht. Dafür ist ein Beteiligungsverhältnis der SKA an der CS First Boston nicht vorausgesetzt. Die SKA wäre zwar nicht rechtlich zu einer Hilfe an eine in Bedrängnis stehende CS First Boston verpflichtet, tatsächlich müsste sie aber in ihrem eigenen Interesse Unterstützung leisten, weshalb die Verfügung den Begriff «faktischer Beistandszwang» verwendet. Weil im CS-Holding-Konzern die primäre Verantwortung zur Unterstützung an die SKA-Schwestergesellschaften der CS-Holding obliegt, hat die SKA nur für den Fall, dass der CS-Holding-Konzern konsolidiert über zu wenig Eigenmittel verfügen sollte, selbst für die CS First Boston Eigenmittel bereitzuhalten. Das Erfordernis einer Eigenmittel-Unterlegung der Nichtbanken-Beteiligungen der CS Holding schliesslich ist nicht eine Folge des Beistandszwanges. Es vermeidet eine Verwässerung der Eigenmittel-Anforderungen an den CS-Holding-Konzern.

Diese Auffassung wurde von der SKA nicht geteilt. Ihre Verwaltungsgerichtsbeschwerde ist beim Bundesgericht hängig.

3.4.3 Konsolidierte Aufsicht über Investmentbanken

Wie bereits verschiedentlich dargelegt (vgl. Jahresbericht 1984 S. 33 f.; Jahresbericht 1987 S. 48 f.), verlangt die Bankenkommission im Sinne der vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht im «Basler Konkordat» erlassenen Grundsätze von der durch einen ausländischen Bankkonzern beherrschten Bank in der Schweiz die Bestätigung, dass die Bankenaufsichtsbehörde der Mutterbank eine konsolidierte Aufsicht unter Einschluss der Tochtergesellschaft in der Schweiz wahrnimmt. Nach Auffassung der Bankenkommission gehört diese konsolidierte Aufsicht zu den Bewilligungsvoraussetzungen (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG), die ständig erfüllt sein müssen (vgl. Bulletin 17 S. 28 f.). Im Lichte dieser Praxis ist es folgerichtig, wenn auch

für Finanzgruppen, welche von Holdinggesellschaften geführt werden, eine konsolidierte Überwachung gefordert wird.

Das Gesuch einer amerikanisch beherrschten Finanzgesellschaft um Erteilung einer Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Bank warf in diesem Zusammenhang aufsichtsrechtliche Probleme auf. Das amerikanische Recht kennt bekanntlich das sogenannte Trennbankensystem, welches zwischen dem «Commercial Banking» (kommerzielles Kreditgeschäft) und dem «Investment Banking» (Wertpapiergeschäft) unterscheidet. Die betreffende Finanzgruppe, deren Muttergesellschaft eine Nichtbanken-Holding ist, betreibt hauptsächlich das Wertschriften- und Vermögensverwaltungsgeschäft, somit eine «Investment-Banking»-Tätigkeit, ohne einer amerikanischen Bankenaufsicht unterstellt zu sein. Dagegen sind Teile der Gruppe als bei der Securities and Exchange Commission (SEC) registrierte Broker-Dealer hinsichtlich dieser Tätigkeit der Aufsicht der SEC unterstellt. Es stellte sich somit die Frage, ob die Gruppe als Ganzes angemessen beaufsichtigt sei. Abklärungen über die rechtlich und faktisch effektiv mögliche Aufsichtstätigkeit der SEC zeigten, dass diese den geforderten Standards des «Basler Konkordats» für die Bankenaufsicht noch nicht genügt.

Im Sinne der genannten Grundsätze verlangte die Bankenkommission im vorliegenden Falle, dass mittels Zusatzbedingungen dem Ziel der konsolidierten Aufsicht möglichst weitgehend entsprochen wird. Sie machte zur Auflage, dass die Gruppe eine konzerninterne konsolidierte Aufsicht sicherstellt und konsolidierte Schlüsselgrössen (Bilanz, Erfolgsrechnung, Liquidität, Risikopositionen) auf freiwilliger Basis und unaufgefordert der SEC zur Prüfung einreicht. Ferner hat in der Schweiz die bankengesetzliche Revisionsstelle in ihrem jährlichen Revisionsbericht das Ausmass der Geschäftstätigkeit der neuen Bank mit der Gruppe speziell und eingehend zu erläutern, und die neue Bank kann ihre Verpflichtungen und Guthaben gegenüber ausländischen Gesellschaften (Brokern) der Gruppe solange nicht als Bankenverpflichtungen bzw. -guthaben in ihrer Bilanz einstellen, als sie nicht nachzuweisen vermag, dass diese Gesellschaften, wie es die Praxis der Bankenkommission verlangt, einer der Bankenaufsicht gleichwertigen Aufsicht unterstehen (vgl. Bulletin 10 S. 29; Jahresbericht 1988 S. 37). Die Bankenkommission behält sich schliesslich das

Recht vor, jederzeit gestützt auf Art. 23ter BankG Auskünfte über die ganze Gruppe einzuverlangen.

Diese Grundsatzfrage kann indessen nicht allein durch Einzelverfügungen gelöst werden. Es bedarf vielmehr einer allgemeinen Regelung im Rahmen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht.

3.5 Bilanzwahrheit und -klarheit

3.5.1 Konsolidierte Erfolgsrechnungen

Gemäss Art. 12 Abs. 2 BankV haben die Banken konsolidierte Bilanzen der von ihnen direkt oder indirekt beherrschten, im Bank- oder Finanzbereich tätigen Unternehmungen und Immobiliengesellschaften zu erstellen und die Eigenmittelanforderungen sowohl aufgrund ihrer eigenen als auch aufgrund der konsolidierten Bilanz zu erfüllen. Die Bankenkommision erhält aber mit diesen Unterlagen allein keinen hinreichenden Einblick in die gesamte Ertragslage eines Bankenkonzerns. Um die Auswirkungen negativer Abschlüsse von ausländischen Tochtergesellschaften auf die Konzernjahresrechnung vertieft würdigen zu können, hat sie deshalb beschlossen, ab 1989 von verschiedenen Grossbanken neben der konsolidierten Bilanz probeweise auch eine konsolidierte Erfolgsrechnung einzuverlangen. Ab 1990 müssen die Revisionsstellen der entsprechenden Banken auch die konsolidierte Erfolgsrechnung prüfen.

3.5.2 Verbuchung von Aktionärszuschüssen

Die Bankenkommision hat sich wiederholt mit der Verbuchung eines Aktionärszuschusses zur Abdeckung eines Betriebsverlustes befasst (Bulletin 5, S. 48 ff., Jahresbericht 1987 S. 36–38). Im Verlaufe des Jahres hat das Bundesgericht in einem in BGE 115 Ib 55 ff. publizierten Entscheid den Standpunkt der Bankenkommision bezüglich der Einschätzung eines Verlustrisikos bei einer Forderung im Grundsatz geschützt. Wenn genügende Unterlagen (Art. 9 Abs. 3 BankV) sowie objektive Anhaltspunkte zur Beurteilung der Bonität des Schuldners fehlen und wenn die Umstände nach dem Bilanzstichtag nicht zu einer anderen Risikobeurteilung führen, ist von einem vollständigen Verlustrisiko auszugehen. Wird ein Verlustrisiko bei einer

Forderung angenommen, ist in der Gewinn- und Verlustrechnung zwingend eine Wertberichtigung in Form einer Rückstellung vorzunehmen. Diese beeinflusst das Geschäftsergebnis und kann gegebenenfalls zu einem empfindlichen Verlust und einer Abnahme der Eigenmittel der Bank führen. Die an die Banken durch Art. 6 BankG aus Gründen des Publikumsschutzes gestellten besonderen Anforderungen an die Transparenz verlangen, dass die durch einen Aktionär für zweifelhafte Forderungen übernommene Garantie in der Jahresrechnung ausdrücklich erwähnt werden muss.

Im vorliegenden Fall wurden die Forderungen als gefährdet betrachtet. Die durch den Aktionär (nach Abschluss der Jahresrechnung) angeordnete Sperre von mehreren Millionen Franken diente nicht der Sicherstellung der strittigen Forderungen, sondern der Sanierung der Eigenmittel der Bank. Eine den Risiken entsprechende Rückstellung musste folglich notwendigerweise in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Rubrik «Verluste, Abschreibungen und Rückstellungen» aufgenommen werden. Konsequenterweise müsste auch in der Gewinn- und Verlustrechnung ein «Netto-Verlust» und nicht ein «Netto-Gewinn» ausgewiesen werden. Ausserdem ist der Aktionärszuschuss nur dann als «à fonds perdu» zu betrachten, wenn die zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich benötigt wurden. Die entsprechende Verpflichtung ist in dem Jahr auszuweisen, in welchem sie eingegangen wurde.

Inzwischen wurde auch eine Verfügung der Bankenkommission angefochten, mit welcher diese in Befolgung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung eine Bank angewiesen hatte, im Zusammenhang mit einem Aktionärszuschuss in der Jahresrechnung 1989 gewisse Vergleichszahlen aus dem vorangegangenen Geschäftsjahr nachträglich zu korrigieren.

3.6 Verrechnungsrisiken bei Treuhandanlagen

Im Zusammenhang mit zwei im Jahre 1989 ausgesprochenen Bewilligungsentzügen (vgl. Ziff. 3.11 S. 50) ergab sich, dass die Banken, bei denen die Treuhandanlagen angelegt worden waren, die Aktivitäten der beiden inzwischen geschlossenen Institute refinanzierten. Als das Gesuch um Rückerstattung dieser Anlagen noch

hängig war, erklärten die Korrespondenzbanken, die zugleich Schuldner waren, die Verrechnung mit ihren Forderungen. Die Treugeber konnten daher nicht befriedigt werden und laufen Gefahr, dass im Falle eines Konkurses ihre Forderungen in der 5. Klasse kolloziert werden. Sofern keine konkreten Weisungen des Treugebers vorliegen, sind Banken, die Treuhandanlagen entgegennehmen, im Rahmen des übertragenen Mandates frei, selbst die Anlageart und den Schuldner auszuwählen. Allerdings müssen sie dabei die Interessen der Treugeber wahren. Im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht als Beauftragte müssen sie dafür sorgen, dass das Verrechnungsrisiko ausgeschlossen wird. Angesichts der Bedeutung dieser Frage und der möglichen Konsequenzen für die Treugeber prüft die Bankenkommission die durch die Banken und Revisionsstellen getroffenen Massnahmen zur Vorbeugung bzw. Verhinderung derartiger Situationen. Gemäss der Neufassung von Art. 44 Bst. g BankV (Änderung vom 4. Dezember 1989, in Kraft seit 1. Januar 1990) hat inskünftig die Revisionsstelle auch Stellung zu nehmen zur Angemessenheit des Schutzes der Treugeber vor dem Risiko der Verrechnung ihrer Guthaben mit Forderungen des Empfängers des Treuhandgeschäftes gegen die Bank.

3.7 Kantonalbanken

3.7.1 Nachrangige Darlehen

Die Bankenkommission hatte 1981 entschieden, dass auch Kantonalbanken von ihnen aufgenommene nachrangige Darlehen und Anleihen, deren Rückzahlung durch den Kanton garantiert ist, bis zu höchstens 10% der erforderlichen eigenen Mittel gemäss Art. 11 Abs. 1 Bst. g BankV als eigene Mittel anrechnen können (vgl. Jahresbericht 1983 S. 34). Im Berichtsjahr ist die Bankenkommission auf diesen Entscheid zurückgekommen. Sie lässt inskünftig die Anrechnung nachrangiger Darlehen an die eigenen Mittel bei denjenigen Kantonalbanken, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, nicht mehr zu. Diese Praxisänderung fand auch Eingang in die geänderten Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung (vgl. Ziff. 1.2 S. 19).

Ein durch eine Kantonalbank, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, ausgegebenes nachrangiges Darlehen unterscheidet sich nicht von einem gewöhnlichen, ebenfalls vom Kanton garantierten Darlehen an eine Kantonalbank. Die Garantie durch den Kanton lässt den Nachrang zur Fiktion werden, da ein solches Darlehen seinen Charakter als Risikokapital vollständig verliert. Der im Range nachgehende Gläubiger ist für die Rückzahlung seiner Einlage in jedem Fall vollumfänglich gesichert. Es wäre deshalb ungerechtfertigt, solche staatlich garantierten nachrangigen Darlehen und Anleihen weiterhin als eigene Mittel zu akzeptieren.

Der Entscheid über diese Praxisänderung wurde jenen zwei Kantonalbanken, die zurzeit als einzige in ihrer Jahresrechnung nachrangige Darlehen als eigene Mittel ausweisen, einzeln mitgeteilt. Die eine dieser beiden Kantonalbanken zeigte sich mit dem Entscheid nicht einverstanden und verlangte auf dem Weg der Verwaltungsgerichtsbeschwerde eine Beurteilung durch das Bundesgericht. Bei diesem war die Angelegenheit Ende 1989 noch rechtshängig.

3.7.2 **Organisation**

Die Kantone sind in der Errichtung und Organisation ihrer Kantonalbanken grundsätzlich frei. Diese bedürfen für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit nicht wie die übrigen Banken einer Bewilligung der Bankenkommission (Art. 3 Abs. 4 BankG). Die Verantwortung für die Organisation und die Führung einer Kantonalbank liegt bei den kantonalen Behörden, welche die entsprechenden kantonalen Gesetze und Verordnungen anzuwenden haben. 1988 stellte die Bankenkommission in verschiedenen Fällen fest, dass bei einer Anzahl von Kantonalbanken die gesetzlichen Grundlagen nicht mehr den aktuellen Verhältnissen entsprechen. Sie ist der Auffassung, die Kantonalbanken könnten nur dann flexibel auf Änderungen des Bankgeschäftes reagieren, wenn ihre Gesetze und Reglemente rasch an Änderungen der Finanzmärkte angepasst werden. Veraltete Geschäftsvorschriften gehen nicht selten mit überholten Organisationsstrukturen einher. Klaffen Geschäftsvorschriften, Geschäftstätigkeit und Organisationsstrukturen auseinander, sind Schäden für die Bank wahrscheinlich. Die Bankenkommission ist ferner der Auffassung, die Bankbehörden reagierten oft zu langsam und nicht ausreichend auf Beanstandun-

gen der Revisionsstellen. Weil sich nach Ansicht der Bankenkommission Änderungen in der Organisation einer Kantonalbank aufdrängten oder weil Beanstandungen der Revisionsstelle nicht behoben wurden, benachrichtigte sie in zwei Fällen die kantonalen Behörden.

3.8 Revisionsstellen

3.8.1 Prüfung der Bewilligungsvoraussetzungen

Im Unterschied zu der im Obligationenrecht vorgesehenen Kontrollstelle darf sich die Revisionsstelle nicht auf die Prüfung der Rechnungslegung beschränken, sondern sie hat sich in einer viel umfassenderen Weise zu vergewissern, dass die Bestimmungen des Bankengesetzes und der Bankenverordnung, wie namentlich die Bewilligungsvoraussetzungen, dauernd eingehalten worden sind (Art. 19 Abs. 1 BankG, Art. 44 Bst. a BankV).

Die Prüfung durch die bankengesetzliche Revisionsstelle besitzt in diesem Bereich ganz grosse Bedeutung. Der Ermessensspielraum des Revisors ist gross. Dessen Aufgabe beschränkt sich nicht auf den Hinweis auf bereits bestehende Mängel, sondern er muss rechtzeitig Schwachstellen erkennen, die mit Risiken behaftet sind. Das Gesetz verpflichtet ihn, dabei mit aller Sorgfalt eines ordentlichen und sachkundigen Revisors vorzugehen (Art. 20 Abs. 4 BankG). Die Bankenkommission ist verpflichtet, bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Verletzung dieser Vorschriften durch eine Revisionsstelle Strafanzeige beim Eidg. Finanzdepartement zu erstatten (Art. 23 Abs. 4 und Art. 46 Abs. 1 Bst. k BankG). Eine schwerwiegende Verletzung könnte sogar die durch die Aufsichtsbehörde erteilte Bewilligung in Frage stellen.

In den beiden Fällen, in denen die Bankenkommission im Berichtsjahr die Bankbewilligung entziehen musste (vgl. Ziff. 3.11, S. 50), wies die Bilanz bei der Eröffnung der Liquidation eine bedeutende Überschuldung aus, obwohl in den letzten Revisionsberichten bestätigt worden war, die in der Bilanz aufgeführten Verpflichtungen seien durch die Aktiven voll gedeckt und die Eigenmittel erhalten. Die Bankenkommission klärt zurzeit ab, wie diese Vorgänge zu beurteilen sind. Auch analysiert sie die Tätigkeit der Revisionsstellen.

3.8.2 Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds

Die Bankenkommission genehmigte die von der Treuhand-Kammer beantragte Teilrevision des Tarifes für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds (SR 952.715). Der neue Tarif trat auf den 1. Januar 1990 in Kraft und gilt für die Revision der Jahresabschlüsse vom 31. Dezember 1989 und später. Die Stundenentschädigungen wurden an die Teuerung angepasst und halten sich wie bisher an die Ansätze der Honorarordnung der Treuhand-Kammer.

3.9 Regionalbanken

Die Bankenkommission konnte feststellen, dass immer mehr Regionalbanken die Bestrebungen verstärken, durch Zusammenschlüsse oder jedenfalls durch Zusammenarbeit die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern (vgl. Jahresbericht 1988 S. 46 f.). Wegweisendes Beispiel waren die beiden Institute, die sich zur Neuen Aargauer Bank vereinigten. Weitere Fusionen wurden erfreulicherweise eingeleitet. Sie verhelfen zu wesentlichen Kosteneinsparungen, namentlich bei aufwendigen Investitionen in Bankgebäude und im EDV-Bereich, und bringen eine spürbare Entlastung im Personalbereich.

Die Bankenkommission begrüsst und fördert alle Bestrebungen, die zur Straffung und Stärkung dieser Bankengruppe führen.

3.10 Raiffeiseninstitute

Der Schweizer Verband der Raiffeisenkassen beschäftigt sich seit längerer Zeit mit dem Entwicklungskonzept «Raiffeisen 2000», mit der Zielsetzung, den Rahmen der Raiffeisenorganisation neu abzustechen, die statutarischen und reglementarischen Grundlagen für die zukünftige Gestaltung der Verbandstätigkeit zu schaffen und notwendige Anpassungen des Raiffeisensystems an neue Entwicklungen vorzunehmen. Die Bankenkommission, die vom Verband über das neue Leitbild umfassend informiert wurde, befasste sich mit den geplanten Neuerungen. Sie wird die entsprechenden Revisionen der Statuten und Geschäftsreglemente des Verbandes und der einzelnen Institute zu genehmigen haben. Als richtig beurteilt die Bankenkommission das Bestreben des Verbandes, von Neugründungen abzu-

sehen und statt dessen Zusammenschlüsse und Geschäftskreiserweiterungen der bestehenden Institute zu fördern.

3.11 Bewilligungsentzüge

Nach dem Wortlaut von Art. 23quinquies BankG entzieht die Bankenkommission der Bank, welche die Voraussetzungen der Bewilligung nicht mehr erfüllt oder ihre gesetzlichen Pflichten grob verletzt, die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit. Die Voraussetzungen des Bewilligungsentzuges sind somit alternativ. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Bankenkommission zwei Bewilligungsentzüge gegenüber ausländisch beherrschten Banken ausgesprochen.

Im Falle der Banca di Partecipazioni ed Investimenti SA, Lugano, hatte die Aufsichtsbehörde bereits im Jahre 1982 einen ersten Entzug vorgenommen, diesen Entscheid aber in der Folge widerrufen, da die neuen Eigentümer der Bank während des Beschwerdeverfahrens vor Bundesgericht organisatorische Verbesserungen vorgenommen hatten. Nachdem die Bankenkommission die Beseitigung zahlreicher organisatorischer Unregelmässigkeiten verlangt, einen Beobachter eingesetzt und der Bank den Bewilligungsentzug angedroht hatte, verfügte sie deren sofortige Schliessung, da die Situation unkontrollierbar geworden war. Zudem hatte sich die Liquidität der Mutterbank derart verschlechtert, dass sie ausserstande war, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dieser Entscheid ist nunmehr rechtskräftig. Die Liquidation wird durch die zuständige kantonale Nachlassbehörde durchgeführt.

Die Bankenkommission entzog ferner mit Entscheid vom 27. April 1989 auch der Mebco Bank SA, Genève, die Bewilligung. Der Entzug drängte sich auf wegen zahlreicher, nicht zufriedenstellend behobener Mängel in der internen Organisation, die insbesondere die Haupttätigkeit der Bank, das Kreditgeschäft, betrafen. Ein weiterer Grund lag in der Gewährung mehrerer wertberichtigungsbedürftiger Blankokredite, die unter Verletzung gesetzlicher Vorschriften und banküblicher Grundsätze gewährt worden waren und zu einer Überschuldung führten. Diese Verfügung der Bankenkommission ist Gegenstand einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht; das Urteil steht noch aus.

3.12 Unerlaubte Banktätigkeit

Die Bankenkommission untersuchte auch im Berichtsjahr (vgl. Jahresbericht 1986 S. 18., Bulletin 17 S. 11 ff.) wiederholt, ob Finanz- und Vermögensverwaltungsgesellschaften nicht eine nach dem Bankengesetz bewilligungspflichtige Tätigkeit ausüben (zum Anlagefondsgesetz s. hinten IV Ziff. 3.4 S. 70). Sie bejahte dies in einem Fall: Eine liechtensteinische Anstalt, Kingside Establishment, deren Geschäfte zumindest zu einem wesentlichen Teil in Zürich getätigt wurden, nahm über Vermittler im grossen Ausmass als «Vermögensverwalterin» Gelder von rund 1500 insbesondere deutschen Anlegern entgegen. Anfang 1989 wurde ihre Tätigkeit von einer neugegründeten Zürcher Aktiengesellschaft namens Aduva Finanz AG übernommen. Beide Gesellschaften nahmen rund 100 Mio. US-Dollar angeblich zur blossen Vermögensverwaltung entgegen. Gewissen Kunden wurde jedoch eine Rendite von 36% p.a. garantiert. Allfällige Währungsverluste wurden von den Gesellschaften übernommen. Die Kundengelder wurden zur Anlage zusammengefasst. Aus den von den Gesellschaften selbst erstellten Kundenabrechnungen ging die Art der getätigten Anlagen nicht hervor.

Die Bankenkommission gelangte deshalb zum Schluss, beide Gesellschaften hätten in der Schweiz einen Bankbetrieb im Sinne des Bankengesetzes geführt (Art. 1 Abs. 3 Bst. b Bank G). Sie ordnete die Liquidation der Zürcher Gesellschaft durch eine von ihr bezeichnete Liquidatorin an, da eine nachträgliche Bewilligungserteilung nicht möglich war, weil die Gesellschaft die Bewilligungsvoraussetzungen nicht erfüllte. Die liechtensteinische Gesellschaft hatte nach Auffassung der Bankenkommission in der Schweiz zumindest im bankaufsichtsrechtlichen Sinne eine Zweigniederlassung geführt, die im Handelsregister jedoch nicht eingetragen war. Die Bankenkommission verfügte deshalb zugunsten der Anleger auch die Liquidation aller zwangsvollstreckungsrechtlich in der Schweiz liegenden Vermögenswerte dieser liechtensteinischen Anstalt. Wie sich im Laufe des Verfahrens zeigte, konnte der Nachweis der Deckung der Anlegeransprüche nicht erbracht werden. Zusätzlich deuteten konkrete Anzeichen darauf hin, dass einer der Verantwortlichen Kundengelder zu privaten Zwecken verwendet hatte. Nach einer von der Bankenkommission gestützt auf Art. 23ter Abs. 4 des Bankengesetzes erstatteten Straf-

anzeige eröffneten die zuständigen kantonalen Untersuchungsbehörden ein Strafverfahren.

4. Beziehungen zu den Behörden und Verbänden

4.1 Behörden des Bundes

Mit dem Eidg. Finanzdepartement arbeitete die Bankenkommission zusammen bei den beiden Änderungen der Bankenverordnung über die Erweiterung des bankengesetzlichen Geltungsbereiches (vgl. Ziff. 1.1 S. 13 ff.) und über die Eigenmittelvorschriften (vgl. Ziff. 1.2 S. 15 ff.). Zuhanden des Departementes nahm die Bankenkommission Stellung zu parlamentarischen Vorstössen.

Die Sektion Finanzdepartement der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission und diejenige der Finanzkommission des gleichen Rates liessen sich von der Bankenkommission über deren Aufgaben und Tätigkeit orientieren.

Ferner äusserte sich die Bankenkommission gegenüber dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement zum Untersuchungsbericht der Kartellkommission über «Die gesamtschweizerisch wirkenden Vereinbarungen im Bankgewerbe». Sie wies darauf hin, dass aus ihrer Sicht auch die Gläubigersicherheit sowie struktur- bzw. regionalpolitische Aspekte in die Beurteilung einzubeziehen sind. Ein ausgeprägter Preiswettbewerb könnte im Sinne eines Zielkonfliktes einen Verdrängungsprozess auslösen, der die Risikosituation für schwächere Banken erheblich verschärfen würde. Die Bankenkommission empfahl deshalb, falls das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement den Anträgen der Kartellkommission folgt, von den ihrerseits angebotenen «angemessenen Fristen» für die Aufhebung der vier noch zur Diskussion stehenden Konventionen grosszügig Gebrauch zu machen.

4.2 Nationalbank

An den beiden jährlichen Aussprachen erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Nationalbank insbesondere

- die beiden Änderungen der Bankenverordnung über die Eigenmittelvorschriften und über die Erweiterung des Geltungsbereiches

des Bankengesetzes, wobei namentlich die künftige rechtliche Behandlung der bankähnlichen Finanzgesellschaften, auf die nur die Art. 7 und 8 BankG anwendbar sind, im Vordergrund der Diskussionen standen;

- den Bericht der Kartellkommission über «Die gesamtschweizerisch wirkenden Vereinbarungen im Bankgewerbe»;
- die in Ausarbeitung begriffene Strafgesetzgebung über die Geldwäscherei;
- die Schuldenproblematik.

4.3 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission besprachen bei drei Begegnungen vor allem

- die Höhe von tatsächlichem Unternehmenserfolg, ausgewiesenem und ausgeschüttetem Reingewinn bei den Jahresabschlüssen und, in engem Zusammenhang damit, die Bildung und Auflösung stiller Reserven;
- die Eigenkapitalbeschaffung durch die Banken;
- das Erstellen und allenfalls die Publikation von konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnungen;
- die künftige Regelung des professionellen Notenhandels (vgl. Ziff. 3.1.1 S. 22 ff.);
- die Überarbeitung des Anlagefondsgesetzes (vgl. IV Ziff. 1 S. 64).

Die Treuhand-Kammer (Schweizerische Kammer der Bücher-, Steuer- und Treuhandexperten) hat ihre Fachkommission Bankenrevision neu bestellt. Die Intensivierung der Zusammenarbeit und eine allfällige Umgestaltung der Revisionsstellenkonferenz (vgl. Ziff. 4.4) wurden eingeleitet.

4.4 Revisionsstellenkonferenz

Auf Einladung des Sekretariates fand am 30. November 1989 in Bern die Revisionsstellenkonferenz statt. Die Geschäftsleitungen der 22 anerkannten Revisionsgesellschaften und -verbände sowie die

Vertreter der Kantonalbanken-Inspektorate und der Treuhand-Kammer wurden insbesondere über folgende Themen informiert:

- die Revision der Bankenverordnung;
- die neuen Rundschreiben;
- die Lehren aus dem Entzug von Bewilligungen.

5. Internationale Angelegenheiten

5.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Ausschuss für Bankenbestimmungen und -überwachung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Cooke-Committee), in dem die Bankenkommission durch den Direktor ihres Sekretariates vertreten ist, gab sich den neuen Namen «Basler Ausschuss für Bankenaufsicht». Er trat zu vier Sitzungen zusammen. Dabei ging es vor allem darum, die Bestimmungen des Dokumentes «Konvergenz der Eigenkapitalmessung und -anforderungen» (vgl. Jahresbericht 1988 S. 47) näher auszulegen und zu verwirklichen. Der Ausschuss vertiefte weiter seine Arbeiten über die Frage, wie das Zinsänderungsrisiko zu gewichten und zu berücksichtigen ist. Die Gespräche über die Zusammenarbeit mit den Börsenaufsichtsbehörden wurden fortgeführt. Ferner nahm sich der Ausschuss des Wechselkursrisikos sowie des Positionsrisikos der Banken auf den Handelsbeständen an Wertschriften an. Er unterhielt sich über die aufsichtsrechtlichen Auswirkungen des Brady-Planes zur Milderung der internationalen Verschuldungskrise und leitete erste Schritte ein, um die Begrenzung von Grossrisiken zu vereinheitlichen.

Am 12. Dezember 1988 haben die Notenbank-Gouverneure der Zehnergruppe eine vom Basler Ausschuss erarbeitete Grundsatz-erklärung (Statement of Principles) über die «Verhütung des Missbrauchs des Bankensystems für die Geldwäscherei» verabschiedet (vgl. Jahresbericht 1987 S. 55 und 1988 S. 49). Die darin festgelegten ethischen Grundsätze der Geschäftsführung von Banken sind in der Schweiz mit der Sorgfaltspflichtvereinbarung bereits seit Jahren Bestandteil der bankgeschäftlichen Praxis. Die Bankenkommission liess zusammen mit der Nationalbank allen Banken diese Grundsätze

klärung zukommen mit dem Hinweis auf die grosse Bedeutung der strikten Befolgung der Sorgfaltspflichtvereinbarung.

5.2 Europäische Gemeinschaft

Der Bundesrat erteilte sämtlichen Bundesstellen den Auftrag, einen systematischen Rechtsvergleich mit der Europäischen Gemeinschaft in allen Gebieten durchzuführen, welche den Europäischen Binnenmarkt betreffen. Nachstehend sei auf die wichtigsten Unterschiede im Bankenbereich hingewiesen (zu den Anlagefonds vgl. IV Ziff. 1 S. 64 f.).

Angesichts der grossen Rolle, welche die Banken bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen spielen, kommt dem EG-Konzept der Bankenaufsicht für die Schaffung des «Europäischen Finanzraumes» grosse Bedeutung zu. Dieses basiert auf der gegenseitigen Anerkennung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, d.h. einer für die ganze EG gültigen Banklizenz einerseits, der EG-weiten Aufsicht jeder Bank durch die Behörden ihres Heimatlandes anderseits. Es ist jedoch nur funktionstüchtig, wenn gewisse bankenaufsichtsrechtliche Mindestgrundsätze, wie namentlich über Aufsicht, Eigenmittel, Rechnungslegung, Klumpenrisiken, Sanierung und Liquidation, Hypothekarinstitute und Einlagensicherungssysteme in Form von Richtlinien des EG-Rates erlassen werden. Hinzu kommen weitere Richtlinien in verwandten Bereichen, wie Anlagefonds, Börse, Wertschriftenhandel, Konsumkredite und Steuern.

Die sogenannte Erste Bankenrichtlinie vom 12. Dezember 1977 enthielt nur einige rudimentäre Regelungen und definierte insbesondere als «Kreditinstitut» jedes Unternehmen, welches das Zinsdifferenzgeschäft betreibt, so dass der schweizerische Bankbegriff seit der erfolgten Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes etwas umfassender ist als derjenige der EG. Ihre entscheidende Ausprägung wird das EG-Bankenaufsichtsrecht nunmehr durch die Zweite Bankenrichtlinie vom 15. Dezember 1989 erhalten. Kreditinstitute dürfen nur noch zugelassen werden, wenn das Anfangskapital mindestens 5 Mio. Ecu beträgt. Ähnlich wie in der Schweiz für die ausländisch beherrschten Banken sind den zuständigen Behörden Identität und Beteiligungsquote der direkten oder indirekten Aktionäre oder Gesellschafter mitzuteilen, welche für eine solide und umsich-

tige Führung des Kreditinstitutes Gewähr bieten müssen. Bis zuletzt umstritten war die Regelung des Gegenrechtes, für welches neu die Kommission zuständig sein soll. Die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten müssen der Kommission jede Zulassung und jeden Beteiligungserwerb seitens Unternehmen aus Drittstaaten melden sowie allfällige Schwierigkeiten mitteilen, auf welche die von ihnen überwachten Kreditinstitute im Bewilligungsverfahren oder im Rahmen der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit in Drittländern stossen. Gestützt darauf hat die Kommission dem Rat regelmässig Bericht zu erstatten über diejenigen Drittländer, in denen EG-Kreditinstitute keinen effektiven Marktzutritt haben oder keine Inländerbehandlung erfahren. Der Rat kann danach mit qualifizierter Mehrheit die Kommission beauftragen, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Gleichzeitig kann beschlossen werden, dass hängige Bewilligungsgesuche aus solchen Ländern einstweilen suspendiert werden müssen. Diese Definition des Gegenrechtes entspricht weitgehend der schweizerischen und dürfte für unser Land ohnehin keine Probleme aufwerfen, da das Gegenrecht mit fast allen EG-Mitgliedstaaten bereits gegeben ist (vgl. Ziff. 3.3.3 S. 38). Allerdings hatte die Bankenkommission noch keinen Anlass, diese Frage im Verhältnis zu Griechenland, Irland und Portugal zu prüfen. Ein Unterschied besteht aber insofern, als die Prüfung der Gegenrechtsvoraussetzung in der EG nicht in jedem Einzelfall zwingend vorgeschrieben ist und allfällige Sanktionen eines qualifizierten Mehrheitsbeschlusses des EG-Rates bedürfen. Das neue EG-Gegenrecht wird nur auf neue, nicht aber auf bereits zugelassene Tochtergesellschaften von Banken aus Drittstaaten angewendet werden können. Es gilt ferner nicht für rechtlich unselbständige Zweigniederlassungen, welche nur allfällige nationale Vorschriften ihres EG-Aufnahmestaates zu beachten haben.

Von Bedeutung in der Zweiten Bankenrichtlinie sind ferner Bestimmungen über die Harmonisierung der Bedingungen für die Ausübung der Banktätigkeit. Namentlich dürfen Kreditinstitute an Unternehmen ausserhalb des Finanzbereichs keine qualifizierte Beteiligung halten, deren Höhe 15% ihrer Eigenmittel überschreitet. Der Gesamtbetrag solcher Beteiligungen ist auf 60% der Eigenmittel beschränkt. Allerdings können die Mitgliedstaaten für den Erwerb von Versicherungsunternehmen Ausnahmen vorsehen. Eine ähnliche Beschränkung gibt es im Bankengesetz nicht. Diese neue Vorschrift gilt

auch für die sogenannten Finanzinstitute. Sie werden in der Zweiten Richtlinie definiert als Unternehmen, die weder Einlagen entgegennehmen noch Kredite gewähren, sondern eine oder mehrere von insgesamt 14 auf einer Liste verzeichneten Tätigkeiten, wie etwa Vermögensverwaltung, Emissionsgeschäfte oder Wertpapierhandel, ausüben. Die Aufsicht soll grundsätzlich den Behörden des Herkunftsstaates obliegen, mit Ausnahme der Zuständigkeit des Sitzlandes für die Liquidität und allfällige währungspolitische Massnahmen. Diese Aufgabenteilung ist in der Schweiz nach der 1984 erfolgten Revision der Auslandsbankenverordnung für Zweigniederlassungen ausländischer Banken bereits weitgehend verwirklicht. Neu ist die Bestimmung, dass die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates entweder selbst oder durch Beauftragte Prüfungen in den Zweigniederlassungen ihrer Kreditinstitute in anderen EG-Staaten vornehmen können. Eine solche Inspektion durch ausländische Aufsichtsbehörden ist hierzulande ausgeschlossen.

Zwei weitere Richtlinien enthalten Mindestvorschriften über die Eigenmittel-Ausstattung bzw. den Solvabilitätskoeffizienten, wodurch die eigenen Mittel der EG-Kreditinstitute gestärkt und Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden sollen. Die Richtlinie vom 17. April 1989 über die Eigenmittel von Kreditinstituten und die Richtlinie vom 18. Dezember 1989 über einen Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute basieren weitestgehend auf dem vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht ausgearbeiteten Dokument «Konvergenz der Eigenkapitalmessung und -anforderungen» (vgl. EBK-Jahresbericht 1988, S. 47). Es gibt zwar geringfügige Unterschiede zur schweizerischen Definition der zulässigen Eigenkapitalelemente (insbesondere lässt die EG die Nachschusspflicht der Genossenschafter und die bedingungslose Garantie einer Gemeinde nicht als Eigenmittel zu), aber davon sind nur schweizerische Regionalbanken betroffen, die ohnehin nicht im EG-Raum tätig sind. Wichtig ist ferner, dass die schweizerischen Eigenmittelvorschriften nach wie vor erheblich über dem auf Ende 1992 zu erreichenden Mindeststandard liegen. Bedeutendere Inkompatibilitäten dürfte es hingegen bei den Vorschriften über die Rechnungslegung von Banken geben. Die Richtlinie vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten, welche bis zum 31. Dezember 1990 in innerstaatliches Recht umzusetzen ist, enthält

namentlich Vorschriften über Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, Bewertung und Offenlegung, über den Inhalt des Anhangs zum Jahresabschluss und die Konsolidierung. Die grössten Probleme dürften sich hinsichtlich der Pflicht zur Veröffentlichung konsolidierter Jahresrechnungen, welche in der Schweiz noch nicht gesetzlich verankert ist, und generell hinsichtlich der Anforderungen an die Transparenz der Rechnungslegung, wie namentlich im Bereich der stillen Reserven, ergeben. Grundsätzlich gelten auch für Banken die Bewertungsgrundsätze der Vierten Richtlinie des Rates vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften, welche für Aktiva Unter-, für Passiven Obergrenzen festlegt. Im Gegensatz zu den Vorschriften unseres Obligationenrechtes besteht daher kein Spielraum für die Bildung von stillen Reserven. Allerdings räumt die Bankenrichtlinie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, «in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken und wegen des erforderlichen Vertrauensschutzes» eine um maximal 4% niedrigere Bewertung von Forderungen und solchen Wertpapieren, die weder Finanzanlagen darstellen noch zum Handelsbestand gehören, zu gestatten. Banken, welche von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, müssen jedoch gleichzeitig einen Passivposten «Rückstellungen für allgemeine Bankrisiken» einführen.

Obwohl eine abschliessende Würdigung der Konsequenzen der EG-Rechnungslegungsbestimmungen für unsere einschlägigen Normen zurzeit nicht möglich ist, wird es entscheidend darauf ankommen, dass unsere Gesetzgebung in diesem Bereich als gleichwertig anerkannt wird.

In diesem Zusammenhang ist auch die neue Richtlinie vom 13. Februar 1989 über die «Pflichten der in einem Mitgliedstaat eingerichteten Zweigniederlassung von Kredit- und Finanzinstituten mit Sitz ausserhalb dieses Mitgliedstaates zur Offenlegung von Jahresabschlussunterlagen» zu beachten. Demnach sind Zweigniederlassungen, deren Sitz sich in einem Drittland befindet, im Gegensatz zu EG-Zweigniederlassungen nur dann von der Pflicht zur separaten Rechnungslegung befreit, wenn die im betreffenden Drittstaat geltenden Vorschriften denjenigen der EG gleichwertig sind und zudem das Gegenrecht gewährleistet ist. Zweigniederlassungen von Schweizer Banken müssen daher entweder einen separaten Abschluss der

Zweigniederlassung vorlegen oder einen den EG-Normen entsprechenden Jahresabschluss der Gesamtbank einreichen. Die Kriterien für die Bestimmung der Gleichwertigkeit sind zurzeit aber noch nicht bekannt.

Des weiteren sind Richtlinien über die Niederlassungsfreiheit und grenzüberschreitende Dienstleistungen von Hypothekarinstituten, die Liquidation von Kreditinstituten, Einlagensicherungssysteme und Klumpenrisiken in Vorbereitung. Zudem soll die Richtlinie vom 13. Juni 1983 über die Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis neu unter anderem auch Bank-Konzerne mit einschliessen, an deren Spitze eine Holdinggesellschaft ohne Bankenstatus steht (vgl. zu dieser Problematik Ziff. 3.4.1 S. 40 ff.).

Das neue EG-Recht für Kreditinstitute wird zu einer Verschärfung des Wettbewerbs und einem erhöhten Anpassungsdruck auf Drittstaaten führen, sofern deren Gesetzgebung vom in Entstehung begriffenen EG-Standard im Bank- und Finanzbereich abweicht. Für die Schweiz stellt sich nun die Frage, inwiefern sie auch in diesem Sektor am Binnenmarkt teilnehmen kann und will. Zurzeit wird sondiert, ob zwischen der EG und den EFTA-Staaten eine institutionell neuartige Vereinbarung über die Schaffung eines «Europäischen Wirtschaftsraumes», der die insgesamt 18 Mitgliedstaaten beider Organisationen umfassen soll, abgeschlossen werden könnte. Da die EG jedoch verlangt, dass die EFTA-Staaten den relevanten «Acquis communautaire» übernehmen, wird in der Schweiz eine Auseinandersetzung mit unserer einschlägigen Gesetzgebung erforderlich sein.

5.3 Dreiländer-Treffen

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden Österreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz pflegten die Teilnehmer insbesondere einen wertvollen Informations- und Gedankenaustausch über die Anpassung des nationalen Rechts an die einschlägigen Normen der Europäischen Gemeinschaft, die fortschreitende Verwirklichung des Basler Eigenkapital-Modells (vgl. Jahresbericht 1988 S. 47), die konsolidierte Überwachung von Banken-Holdinggesellschaften und -Konzernen sowie die Bekämpfung der Geldwäscherei.

5.4 Fürstentum Liechtenstein

Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes ersuchte die Bankenkommission im März 1989 gestützt auf Art. 13 Abs. 3 ROG-EBK um einen Sonderbericht über die Rechtsordnung im Fürstentum Liechtenstein und deren Auswirkungen auf die Schweiz (Fluchtgelder, Geldwäscherei, Gesellschaftsrecht, Bankenaufsicht, Rechtshilfe). Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Direktors des Sekretariates und mit Vertretern der Schweizerischen Nationalbank und des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten nahm ihre Arbeit auf. Die Bankenkommission wird dem Eidgenössischen Finanzdepartement in der ersten Hälfte 1990 Bericht erstatten.

6. Behandelte Geschäfte (Statistik)

6.1 Sitzungen

Die Bankenkommission behandelte in 12 zum Teil zweitägigen Sitzungen 298 (im Vorjahr 310) Geschäfte.

6.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommission 91 (83) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	43 (45)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8)	14 (4)
• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	11 (20)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	6 (2)
• Jahresrechnung	1 (1)
• Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	1 (8)
• Strafanzeigen	7 (-)
• Verschiedenes	8 (3)

Von diesen 91 Verfügungen wurden deren 8 mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht weitergezogen.

6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommission versucht ihr Sekretariat, Einzelfälle zunächst mit sogenannten Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird der Bank ein bestimmtes Verhalten innert nützlicher Frist vorgeschlagen. Gleichzeitig wird sie aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die Empfehlung annehme. Lehnt die Bank ab, so unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung.

Im Berichtsjahr wurden 52 (64) Empfehlungen erlassen. Sie wurden alle von den Banken angenommen. Die Empfehlungen des Sekretariates erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

• Eigene Mittel	5	(1)
• Risikoverteilung	6	(11)
• Jahresrechnung	39	(52)
• Organisation	2	(-)

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungsmeldungen nach Art. 21 BankV erhöhte sich auf 261 (206).

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

7.1 Bestand Ende 1989

• Banken	517	(513)
– ausländisch beherrscht	122	(120)
– Zweigniederlassungen ausländischer Banken	30	(33)
• Raiffeisenkassen	1216	(1228)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	13	(14)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (voll unterstellt)	4	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)	143	(135)
• Vertreter ausländischer Banken	81	(76)
• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	22	(20)
• anerkannte Revisionsstellen	21	(22)

7.2 Erteilte Bewilligungen

Nach schweizerischem Recht organisierte Banken

- Banque Morval & Cie AG, Genf; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- Banque de Gestion Financière BAGEFI, Zürich; Neugründung
- Incabank SA, Genf; Neugründung
- Sydbank (Schweiz) AG, Zürich; Neugründung
- Lips, Burkhard & Partner AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- Banque Baring Brothers (Suisse) SA, Genf; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- Banque Hauslage, Wacker & Cie, Genf; Neugründung
- Landesbank Rheinland-Pfalz (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- Bank Morgan Stanley AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank

Zweigniederlassungen und Agenturen ausländisch beherrschter Banken

- SEB Investment Management Skandinaviska Enskilda Banken SA, Luxemburg; Zweigniederlassung in Genf

Vertretungen

- Ceskoslovenska Obchodni Banka AS, Prag; Vertretung in Zürich
- Türkiye Is Bankasi, Ankara; Vertretung in Zürich
- Caja de Ahorros de Galicia, La Coruña; Vertretung in Zürich
- Banco Bilbao Vizcaya SA, Bilbao; Vertretung in Zürich
- Banco de Sabadell, Sabadell; Vertretung in Genf

Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Türkiye Is Bankasi, Ankara
- Yapi ve Kredi Bankasi A.S., Istanbul

Bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)

- Universal Securities (Switzerland) Co. Ltd., Zürich
- Taiheyo (Schweiz) AG, Zürich
- BMS Finanz AG, Zürich

- Eurasco Zürich AG, Zürich
- Towa (Schweiz) AG, Zürich
- Maruman Securities (Schweiz) AG, Zürich
- Norinchukin Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Fusterie Financière (FESA), Genf
- Samba Finance SA, Genf
- Globo Investkredit AG, Pfäffikon SZ
- KEB Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Citation SA, Zürich
- Ryoko Securities (Schweiz) AG, Zürich
- Bansabadell Finance SA, Genf

7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit

- Allgemeine Aargauische Ersparniskasse, Aarau; Fusion mit der Aargauischen Hypotheken- & Handelsbank, Brugg, zur Neue Aargauer Bank
- Caisse de Crédit Mutuel de Genolier; Fusion mit der Caisse de Crédit Mutuel de Bassin-le-Vaud
- Banque Romande, Genf; Übernahme durch die Banca della Svizzera Italiana, Lugano

Aufgabe der Tätigkeit als bankähnliche Finanzgesellschaft

- Schweizerische Elektrizitäts- und Verkehrsgesellschaft, Basel
- Schweizerisch-Amerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft, Zug
- Cloverhill Finance S.A., Genf
- Security Pacific (Switzerland) SA, Genf
- Morgan Grenfell Securities SA, Genf
- Forfaitierungs- und Finanz AG, Zürich
- CIBC Finanz AG, Zürich
- Magestic Investment & Finance Corporation Ltd., Zürich
- Baring Brothers SA, Zürich
- Morgan Stanley SA, Zürich
- Morval & Cie SA, Genf
- Rheinland-Pfalz Finanz AG, Zürich

Aufgabe der Tätigkeit als Revisionsstelle

- Swirex Bancontrol, Zürich; Fusion mit Ernst & Young, Zürich

IV. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Revision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds

Im Dezember 1989 erhielt die Bankenkommission von der Schweizerischen Bankiervereinigung deren auf Ersuchen des Vorstehers des Eidg. Finanzdepartementes ausgearbeiteten Entwurf eines revidierten Bundesgesetzes über die Anlagefonds (vgl. Jahresbericht 1988 S. 56). Hauptzweck dieses Entwurfes ist die Angleichung der schweizerischen Gesetzgebung an die EG-Richtlinie vom 20. Dezember 1985.

Seit dem 1. Oktober 1989 ist der durch die «Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren» (OGAW-Richtlinie) geschaffene Europäische Binnenmarkt für Wertschriftenfonds Tatsache geworden. Auch wenn noch nicht alle EG-Länder ihre einschlägige Gesetzgebung dieser Richtlinie angepasst haben und weder das Vertriebs- noch das Steuerrecht in diese Harmonisierung einbezogen wurde, wird hier ein Markt entstehen, dessen Volumen auf etwa 250 Mia. US-Dollar geschätzt wird.

Daher ist zu prüfen, inwiefern die Schweiz ebenfalls an diesem Gemeinsamen Markt teilhaben könnte. Nachdem zuerst bilaterale Gespräche zwischen der Schweiz und der EG stattgefunden hatten (vgl. Jahresbericht 1988 S. 66), stehen nunmehr multilaterale Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA über die Schaffung eines «Europäischen Wirtschaftsraumes» im Vordergrund, deren Ausgang zurzeit noch ungewiss ist.

Ein Vergleich zwischen den Bestimmungen der OGAW-Richtlinie und den einschlägigen Bestimmungen des Anlagefondsgesetzes ergibt nur wenige Unterschiede von Bedeutung. So kennt die Schweiz im Gegensatz zur EG einen starren Typenzwang, sind doch nur Anlagefonds in der Vertragsform zugelassen, nicht jedoch Investmentgesellschaften. Ferner kann in der Schweiz eine Bank gleichzeitig als Fondsleitung fungieren, während in der EG die juristische Trennung von Fondsleitung und Depotstelle – welche nicht zwingend eine Bank sein muss – verbindlich vorgeschrieben ist. Ein OGAW darf höchstens 10% seines Vermögens in Wertpapieren desselben Emittenten anlegen (Schweiz: 7,5%). Für Wertpapiere, die von bestimmten nationalen oder multilateralen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bege-

ben oder garantiert werden, kann diese Risikoverteilungsvorschrift von den Mitgliedstaaten weiter gelockert werden. Im Gegensatz zu schweizerischen Anlagefonds ist den OGAW ferner eine vorübergehende Kreditaufnahme von maximal 10% des Fondsvermögens gestattet. Erheblich umfassender sind die EG-Vorschriften im Bereich der Information der Anteilscheininhaber. Namentlich hat die Fondsleitung für jeden OGAW sowohl einen Prospekt als auch einen Jahresbericht und einen Halbjahresbericht zu veröffentlichen, deren Mindestinhalt in der Richtlinie vorgeschrieben ist.

Die Bankenkommission wird nunmehr ihrerseits dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes Revisionsvorschläge unterbreiten.

2. Neues Musterreglement und neues Rundschreiben Nr. 18

2.1 Risikoverteilung

Gemäss Art. 7 Abs. 1 AFG dürfen im gleichen Unternehmen nicht mehr als 7,5% des gesamten Vermögens des Anlagefonds angelegt werden.

Bisher vertrat die Bankenkommission die Auffassung, dass diese Limite von 7,5% auch für festverzinsliche Wertschriften jeder Art gelte. Im Rahmen der Prüfung des neuen Musterreglementes der Schweizerischen Bankiervereinigung beschloss die Bankenkommission gestützt auf eine neue Auslegung dieser Gesetzesbestimmung eine etwas flexiblere Regelung für Anlagen in solche Staatsanleihen, welche von einem Zentralstaat als Schuldner begeben werden.

Um die Wettbewerbsstellung der schweizerischen Anlagefonds im Verhältnis zu denjenigen ausländischer Provenienz zu verbessern, genehmigte die Bankenkommission daher einen neuen Passus in § 10 lit. d des Musterreglementes, wonach der maximale Anteil der Anlagen in Staatsanleihen in der jeweiligen Landeswährung des Schuldners unbegrenzt ist, sofern der Zentralstaat als Schuldner auftritt und die Anleihe in der jeweiligen Landeswährung begeben wird. Von dieser Praxisänderung können jedoch nur diejenigen Fonds profitieren, deren Reglemente diese neue Bestimmung enthalten.

2.2 Anpassung bestehender Fondsreglemente

Um von der neuen Praxis der Bankenkommission im Bereiche der Risikoverteilung einerseits, den erweiterten Anlagemöglichkeiten im Bereich der Options und Futures im Sinne des Rundschreibens Nr. 18 andererseits profitieren zu können, müssen die Fondsleitungen beim zuständigen Zivilrichter die Anpassung der einschlägigen Fondsreglemente an das neue Musterreglement beantragen.

Im Lauf des Jahres 1989 beschritten zahlreiche Fondsleitungen diesen Weg. Gemäss Art. 10 AFG holt der Richter zu jedem Änderungsbegehren eine Stellungnahme der Aufsichtsbehörde ein. Diese hat ihrerseits zu bestätigen, dass der neue Text des betreffenden Fondsreglementes die gesetzlichen Erfordernisse erfüllt.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Immobilien-Anlagefonds: Neues Rundschreiben Nr. 19

Wie im Vorjahr (vgl. Jahresbericht 1988 S. 59 ff.) setzte sich die Bankenkommission auch im Berichtsjahr wiederholt ausführlich mit der Problematik der Verkehrswertschätzung von Immobilienfonds, der damit zusammenhängenden Berichterstattung und der Frage der Gewährung von Bezugsrechten bei Emissionen auseinander. Namentlich fand am 31. Januar 1989 eine Konferenz mit Vertretern der Fondsleitungen und Revisionsstellen sowie mehreren unabhängigen Schätzungsexperten statt.

Am 8. August 1989 erliess die Bankenkommission sodann das neue Rundschreiben Nr. 19 «Verkehrswertschätzung und Emissionspolitik der Immobilienfonds». Obwohl die Schweizerische Bankiervereinigung im vorangegangenen Vernehmlassungsverfahren Zweifel an der Rechtmässigkeit einer «Emissionskontrolle» geäussert hatte, hält die Bankenkommission, welche sich durchaus der Tatsache bewusst ist, dass der Aufsichtsbehörde Eingriffe in die eigentliche Geschäftspolitik der Fondsleitungen verwehrt sind, die getroffenen Massnahmen angesichts der Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt für unumgänglich. Im einzelnen hält das Rundschreiben folgendes fest:

1. Die Höhe der bei der Verkehrswertschätzung angewandten Kapitalisierungssätze ist von der Fondsleitung gegenüber der Revisionsstelle ausführlich und unter Angabe der massgeblichen Faktoren (Alter, Zustand, Lage und Art der Liegenschaft, allfällige Leerstände, Planungen etc.) zu begründen. Diese hat die Sätze ihrerseits im Revisionsbericht kritisch zu würdigen.
2. Den Fondsleitungen wird nahegelegt, neue Anteilscheine nur noch in Tranchen auszugeben und den bisherigen Anteilscheininhabern ein Bezugsrecht im Verhältnis zu ihren bisherigen Anteilscheinen einzuräumen. In jedem solchen Fall sind vorgängig die Verkehrswerte aller Grundstücke des Anlagefonds durch die ständigen Schätzungsexperten zu überprüfen.
3. Die Fondsleitungen haben Emissionsvorhaben mindestens 20 Tage vor deren Bekanntgabe der Eidg. Bankenkommission zu melden, unter Angabe der festgelegten Konditionen.
4. Die Revisionsstellen haben sich im Revisionsbericht zur Einhaltung dieses Rundschreibens zu äussern.

3.2 Umstellung der Buchführung auf eine Fremdwährung

Bis 1985 war für alle Anlagefonds der Schweizerfranken die einzig mögliche Rechnungseinheit, und die Buchführung erfolgte in unserer Landeswährung, selbst wenn die Anlagen des Fonds in einer Fremdwährung getätigt wurden.

Seit der Änderung der Anlagefondsverordnung vom 6. November 1985 kann ein Fondsreglement eine Fremdwährung als Rechnungseinheit festlegen, wenn beabsichtigt ist, die Aktiven mehrheitlich in dieser Währung anzulegen.

Im Jahre 1989 haben verschiedene Fondsleitungen den Wunsch geäussert, beim Richter eine Änderung der Reglemente seit langem bestehender Fremdwährungs-Obligationenfonds zu verlangen, um als Rechnungseinheit diejenige Fremdwährung zu wählen, in welcher die Anlagen getätigt werden. Eine derartige Reglementsänderung erfordert die Umstellung der Buchführung auf die Fremdwährung. Es stellte sich somit die Frage, wie diese Umstellung verwirklicht werden könnte.

Zwei Fälle müssen dabei unterschieden werden:

1. Wenn von Beginn weg neben der Buchführung in Schweizerfranken ebenfalls eine Parallel-Buchhaltung in der Fremdwährung geführt wurde und der Richter das Reglement ändert, so kann die Buchführung in Schweizerfranken aufgehoben und einzig diejenige in Fremdwährung beibehalten werden.
2. Erfolgte im Gegensatz dazu die Buchführung bisher lediglich in Schweizerfranken, so verursacht ihre Umstellung auf eine Fremdwährung Probleme. Wenn nämlich heute zum aktuellen Kurs der entsprechenden Fremdwährung eine Konversion in die neue Rechnungswährung erfolgen würde, so ergäbe sich ein Einstandspreis, der dem historischen, in Fremdwährung berechneten Gesteuerungswert nicht mehr entspräche.

Da im nachhinein eine vollständige Rekonstruktion einer Buchhaltung in Fremdwährung praktisch nicht möglich ist, gilt es, eine pragmatische Lösung zu finden, die ohne grosse Komplikationen verwirklicht werden kann, es aber trotzdem erlaubt, die für Anlagefonds geltenden Buchhaltungsgrundsätze zu respektieren.

Nach der Prüfung zweier Varianten, welche die Grossbanken im Jahre 1987 unterbreiteten, entschied sich die Bankenkommision für die folgende Lösung:

- Der effektive Einstandspreis jeder Wertschriftenposition in Fremdwährung wird in der Buchhaltung eingesetzt;
- auf dieser Grundlage wird der historische Devisendurchschnittskurs errechnet;
- wenn für gewisse Titelpositionen der effektive Einstandspreis nur in Schweizerfranken bekannt ist, so wird für die Berechnung des Einstandspreises in Fremdwährung der historische Devisendurchschnittskurs angewandt;
- auf der Basis des historischen Devisendurchschnittskurses werden die Bilanzpositionen, die ja historischen Charakter haben, umgerechnet, so vor allem das Konto für angesammelte Kursgewinne bzw. -verluste, das Konto für Ausschüttungen aus den Vorjahren und das Zertifikatskonto;

- hingegen werden die Liquiditäts- und Bankkonti, die Debitoren und Kreditoren sowie die transitorischen Posten zu aktuellen Wechselkursen umgerechnet;
- die durch die Anwendung zweier unterschiedlicher Wechselkurse entstehende Bilanzdifferenz wird über das Zertifikatskonto ausgeglichen.

Bevor sie zu einem Gesuch um eine Reglementsänderung gegenüber dem Richter Stellung nimmt, verlangt die Bankenkommision von der Revisionsstelle des Anlagefonds eine Bestätigung, wonach das Vorgehen zur Umstellung der Buchführung korrekt erfolgt sei und diese Buchführung den gesetzlichen Auflagen entspreche.

3.3 Europrogramme

Im Verlaufe des Jahres 1989 wurde im Liquidationsverfahren des Anlagefonds Europrogramme 1969 (EPR 69) ein grosser Schritt getan. Der Verkauf sämtlicher Immobilien konnte realisiert werden. Sie wurden «en bloc» von der Gruppe SASEA Holding gekauft. Eine erste Anzahlung des Käufers im Umfang von 40% des Kaufpreises erlaubte Ende November 1989, den Anlegern eine erste Zahlung von Fr. 47.– pro Anteil zu überweisen. Der Rest des Kaufpreises wird in den kommenden Jahren in Tranchen bezahlt, was erlauben wird, nach und nach weitere jährliche Zahlungen vorzunehmen. Die vollständige Liquidation des Fonds EPR 69 kann nun in relativ naher Zukunft ins Auge gefasst werden.

Die Liquidation des Fonds Europrogramme International (EPR) ist ebenfalls fortgeschritten. Die letzten Immobilien wurden realisiert. Der Abschluss der Liquidation dieses Fonds sollte in einem der kommenden Rechnungsjahre erfolgen können.

Im Verlauf des Jahres 1989 ging die Gesamtheit der Aktien der Fondsleitungsgesellschaft der beiden Anlagefonds in die Hände einer Gesellschaft in Lugano über, die ihrerseits die Tochtergesellschaft einer Firma in Mailand ist, welche von einer bedeutenden Gruppe von Anlegern des Fonds EPR 69 gegründet wurde.

Die Fondsleitung eines schweizerischen Anlagefonds muss den Fonds frei und ungebunden verwalten und die Gleichbehandlung

unter den Anlegern sicherstellen. Dieser Grundsatz wird nicht mehr respektiert, und es können Interessenkonflikte entstehen, wenn die Fondsleitung unter die Kontrolle einer Anlegergruppe gerät.

Da die Fondsleitung die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, entzog ihr die Bankenkommission die Bewilligung zur Verwaltung der EPR-Fonds und ernannte die Fiducia Bankenrevision AG, Basel, zum Sachwalter. Die Hauptaufgabe des Sachwalters wird darin bestehen, die Liquidation der beiden Fonds so rasch wie möglich abzuschliessen. Zwei gegen diesen Entscheid erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerden sind zur Zeit beim Bundesgericht hängig.

3.4 Bancor SA, Genf

Mit Verfügung vom 12. Oktober 1989 entschied die Bankenkommission, dass die von der Bancor SA, Genf, ausgeübte Tätigkeit sämtliche Merkmale eines Anlagefonds (öffentliche Werbung, gemeinschaftliche Kapitalanlage nach dem Grundsatz der Risikoverteilung, Verwaltung des Sondervermögens durch einen Dritten) erfüllte. Sie verfügte daher die sofortige Liquidation dieses nicht bewilligten Anlagefonds durch einen Sachwalter, eine anerkannte Revisionsstelle. Gegen diese Verfügung wurde beim Bundesgericht Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben, welche zurzeit noch hängig ist.

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden

4.1 Eidg. Finanzdepartement

Im Februar 1988 machte die Bankenkommission den Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes darauf aufmerksam, dass schweizerische Banken immer mehr Anlagefonds im Ausland gründen (vgl. Jahresbericht 1987 S. 63 f.). Seither hat die Zahl ausländischer Fondsgründungen weiter zugenommen. Mehrere Schweizer Banken bekräftigten ihre Absicht, im Ausland, namentlich in Luxemburg, Anlagefonds zu errichten, ohne dort eine eigene Verwaltungsorganisation zu besitzen. Die Bankenkommission informierte den Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes über diese Entwicklung.

4.2 Treffen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung

Anlässlich ihrer regelmässigen Treffen diskutierten die Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission auch Fragen im Bereich der Anlagefonds. Zwei Themen standen dabei im Vordergrund.

- Die Frage der Verkehrswertschätzung der Liegenschaften von Immobilienfonds sowie die Massnahmen der Bankenkommission zur Verhinderung der Kapitalverwässerung bei der Ausgabe neuer Anteilscheine;
- die Vorschläge einer Arbeitsgruppe der Schweizerischen Bankiervereinigung für eine Revision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds zwecks Anpassung an das neue EG-Recht.

4.3 Kontaktgruppe

Alljährlich findet zwischen Vertretern der Aufsichtsbehörden der EG-Staaten, Schwedens, der USA, Kanadas und der Schweiz ein Erfahrungs- und Informationsaustausch statt. Dieses Treffen, an welchem erstmals eine japanische Delegation teilnahm, wurde 1989 in London durch die Securities and Investments Board SIB durchgeführt.

Gegenstand der Beratungen war die Entwicklung der Anlagefondsgesetzgebung in den vertretenen Ländern, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung des EG-Binnenmarktes. Das Treffen ermöglichte zudem einen breiten Meinungs austausch über aktuelle Probleme der Anlagefonds und deren Beaufsichtigung.

5. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden von der Bankenkommission 105 (87) Geschäfte behandelt. Die beiden im Vorjahr eingereichten Verwaltungsbeschwerden sind noch beim Bundesgericht hängig.

6. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1989

	Anzahl per 31.12.		Fondsvermögen per 31.12. in Mio. Fr.		Einzahlungen ./ Rückzüge per 31.12. in Mio. Fr.	
	1989	1988	1989	1988	1989	1988
Schweiz. Anlagefonds						
Wertschriftenfonds	173	151	30 110	28 606	272	3 150
Immobilienfonds	32	33	9 411	9 083	2	1 017
Total	205	184	39 521	37 689	274	4 167
Ausländische Fonds						
zur Werbung in der Schweiz zugel. Fonds	143	110			2 087	2 091

Weitere statistische Angaben enthalten die Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank (Tabellen 53 und 53 a).

Im Berichtsjahr wurden 23 (12) neue Wertschriftenfonds errichtet:

- CBI Europe 1992
- CS Tiger Fund
- Euromed Fund
- FAR
- Fortuna Anlagefonds
- Hentsch Balanced Investment Fund
- IberiaValor
- Leu Foreign Bonds
- Multibond High Yield
- Pictet Valsuisse
- RCB Equity Fund
- Rothschild Am-Equity
- Rothschild Swiss Equity
- UBS Portfolio Invest – D-Mark Capital Gain
- UBS Portfolio Invest – D-Mark Income
- UBS Portfolio Invest – Ecu Capital Gain
- UBS Portfolio Invest – Ecu Income
- UBS Portfolio Invest – Swiss Franc Capital Gain
- UBS Portfolio Invest – Swiss Franc Income
- UBS Portfolio Invest – US-Dollar Capital Gain

- UBS Portfolio Invest – US-Dollar Income
- ZKB – Fonds Aktien
- ZKB – Fonds Fremdwährungsobligationen

Im Berichtsjahr wurde namentlich ein weiterer Anlagefonds durch eine Versicherungsgesellschaft gegründet. Ferner erhielt erstmals eine Kantonalbank die Bewilligung zum Vertrieb von zwei Fonds unter ihrem eigenen Namen, d.h. ausserhalb der bestehenden Gemeinschaftseinrichtungen der Kantonalbanken für das Fondsgeschäft.

Infolge der einseitigen Kündigung des Kollektivanlagevertrages durch die Depotbank trat der UTO-Immobilienfonds in Liquidation. Somit befinden sich nunmehr 3 (2) Anlagefonds in Liquidation, nämlich die Immobilienfonds Europrogramme International, Europrogramme International Serie 1969 sowie neu der UTO-Immobilienfonds. Ferner wurde im Berichtsjahr die Liquidation des Anlagefonds Grobar abgeschlossen.

Auch im Bereich der ausländischen Anlagefonds war ein namhafter Zugang um 33 auf neu 143 Fonds zu verzeichnen. Von den Neuzugängen haben deren 22 ihr Domizil in Luxemburg.

Nach Herkunftsländern sieht die Statistik per Ende 1989 wie folgt aus:

- Länder ohne eine der schweizerischen ähnliche Aufsicht
(Niederländische Antillen, Cayman Islands, Guernsey,
Jersey, Britische Jungferninseln, Liechtenstein, Panama) 40 (38)
- Bundesrepublik Deutschland 23 (14)
- Luxemburg 77 (55)
- USA 2 (3)
- Österreich 1 (-)

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnungen nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entsprechen und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstellen geprüft.

Die Prüfungsergebnisse gaben im Jahre 1989 zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

Das Sekretariat der Bankenkommission beauftragte den Revisionsverband schweizerischer Regionalbanken, künftig unter Beibehaltung seiner endgültigen Verantwortung die Jahresrechnung und die gesetzeskonforme Tätigkeit der Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute in den Einzelheiten zu prüfen. Eine analoge Regelung bewährt sich seit vielen Jahren schon bei der Prüfung der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken.

VI. Interna

1. Bankenkommission

Auf Ende 1989 schied Herr Prof. Dr. iur. Alain Hirsch, seit 1974 Mitglied, seit 1987 Vizepräsident, nach Ablauf der für ausserparlamentarische Kommissionen festgelegten maximalen Amtszeit aus der Kommission aus.

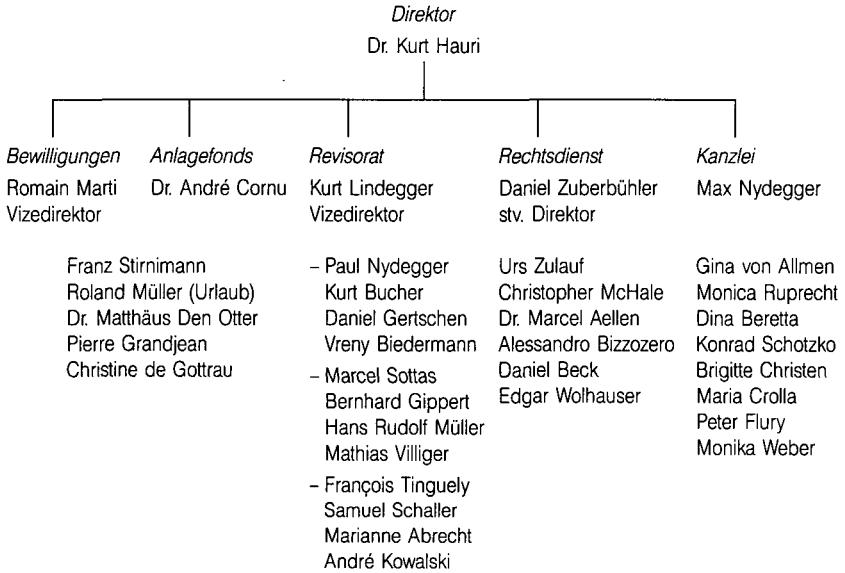
2. Sekretariat

Vor Jahresfrist sah sich die Bankenkommission gezwungen, ihrer lebhaften Sorge über den ungenügenden Personalbestand ihres Sekretariates Ausdruck zu geben (vgl. Jahresbericht 1988 S. 49 f). Erfreulicherweise entsprach das Eidg. Finanzdepartement in der Zwischenzeit weitgehend ihren Anträgen. Der Personaletat wurde im laufenden Jahr um 6,8 auf 34,3 Stellen erhöht. Für das Jahr 1990 ist ein weiterer, dringend erforderlicher Ausbau vorgesehen. Die Stellung des Personals konnte, seiner ausserordentlichen Verantwortung wegen, verbessert werden.

3. Rechnung

	Aufwand		Ertrag	
	1989 Fr.	1988 Fr.	1989 Fr.	1988 Fr.
Behörde und Sekretariat	3065302	2891496		
Gemeinkosten	2727471	2541966		
Aufsichtsgebühren				
– Banken			4471585	4110588
– Anlagefonds			588000	605000
Spruch- und Schreibgebühren			796068	802692
Vortrag aus den Vorjahren			356716	271898
Vortrag auf neue Rechnung	419596	356716		
	6212369	5790178	6212369	5790178

4. Organigramm



Verzeichnisse
Listes

Anerkannte Revisionsstellen

Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds

Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. ATAG Bankenprüfung, Basel ¹
4. AUDIBA, Genève
5. Bankrevisions- und Treuhand AG, Zürich
6. Coopers & Lybrand AG, Basel ²
7. Ernst & Young AG, Zürich ¹
8. EXPERTA Revision AG, Zürich
9. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel ²
10. Gesellschaft für Bankrevision GBR, Basel
11. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen, St. Gallen
12. KPMG Fides Peat, Zürich
13. KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich
14. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
15. Price Waterhouse AG, Zürich
16. Revisa Treuhand AG, Zug ³
17. Revisionsstelle Berner Regionalbanken, Ostermundigen
18. Revisionsverband schweizerischer Regionalbanken, Zürich
19. Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich
20. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne ¹
21. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

¹⁾ mit der ATAG Allgemeine Treuhand AG, Basel, verbunden
liée à la Fiduciaire Générale SA, Bâle

²⁾ mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse, Bâle

³⁾ mit der Schweizerischen Revisionsgesellschaft, Zürich, verbunden
liée à la Société Suisse de Revision, Zürich

2. Nur für Anlagefonds

Uniquement pour fonds de placement

22. ATAG Allgemeine Treuhand AG, Basel
23. Columbus Treuhand AG, Basel
24. Curator Revision, Zürich
25. Fidiconsult SA, Fribourg
26. Fidirevisa SA, Lugano
27. Fiduciaire OFOR SA, Genève
28. Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel
29. Société Fiduciaire et de Gérance SA, Genève
30. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Statistische Erhebung der VSB-Formulare B

Enquête statistique relative au formulaire B (CDB)

	Kantonal- banken B. cantonales	Grossbanken Grandes banques	Regional- banken B. régionales	Übrige Banken Autres banques	Ausl. beherrschte Banken/B. en mains étrangères	Filialen ausl. Banken/Succ.de b. étrangères	Privatbankiers Banquiers privés	Total
Bestand per 30. September 1987 an alten Formularen B gemäss VSB 77 und 82 Etat au 30 septembre 1987 des anciens formulaires B selon CDB 77 et 82								
B1	527	10 487	141	8 581	7 586	529	2 282	30 133
B2	287	6 496	122	3 450	2 927	418	665	14 365
Total	814	16 983	263	12 031	10 513	947	2 947	44 498
Bestand per 31. März 1989 an alten Formularen B mit aktenkundig gemachten wirtschaftlich Berechtigten Etat au 31 mars 1989 des anciens formulaires B avec indications de l'ayant droit économique								
B1	157	1 705	31	3 429	2 414	210	679	8 625
B2	39	859	17	1 156	782	97	168	3 118
Total	196	2 564	48	4 585	3 196	307	847	11 743
Bestand per 31. März 1989 an neuen Formularen B gemäss VSB 87 Etat au 31 mars 1989 des nouveaux formulaires B selon CDB 87								
B1	462	8 000	151	4 046	4 665	284	1 089	18 697
B2	287	6 678	167	1 484	2 379	241	411	11 647
Total	749	14 678	318	5 530	7 044	525	1 500	30 344

B1 = Rechtsanwälte und Notare / Avocats et notaires

B2 = Treuhänder und Vermögensverwalter / Fiduciaires et gérants de fortunes

Name des Anlagefonds

Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung

Direction du fonds

AMCA
America-Canada Trust Fund

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

AMERIAC

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

AMERICA-VALOR
Schweizerischer Anlagefonds
für amerikanische Wertpapiere

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

ANFOS_1
Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds

Himac
AG für Verwaltung
von Anlagefonds
Postfach 3279
4002 Basel

ANFOS 2
Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds

Himac
AG für Verwaltung
von Anlagefonds
Postfach 3279
4002 Basel

ANGLOVALOR
Anlagefonds für englische
Wertschriften

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

APOLLO-FUND

Tempus Management Co. AG
Genferstrasse 8
8027 Zürich

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile

O = Obligationen

I = Immobilien

S = in der Schweiz

E = im Ausland

** = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Stand am 31. Dezember 1989
 Etat au 31 décembre 1989

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1961	30. September	IS
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyertzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE

Légende: A = actions et autres partes de capital
 O = obligations
 I = immeubles
 S = en Suisse
 E = à l'étranger
 ** = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

ASIAC

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

ASIA PORTFOLIO

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

ASIAVALOR
Fondo di investimento in
valori mobiliari dell'Asia e
dell'Australia

Gestivalor
Gestione Fondi SA
c/o Banca del Gottardo
Viale S. Franscini 8
6901 Lugano

Automation-Fonds

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

BAERBOND
Anlagefonds für Obligationen

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

BERNFONDS
Anlagefonds für Immobilien

Berninvest AG
Weltpoststrasse 17
3000 Bern 15

B-FUND
Schweizerischer Wertschriften-
fonds für festverzinsliche Anlagen
in kontinentaleuropäischen
Währungen

UBZ Fondsleitung AG
Oberdorfstrasse 2
8024 Zürich

BOND-INVEST Obligationenfonds
für internationale Anlagen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. September	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Fondsleitung Direction du fonds
BONDSELEX Fonds de placement pour valeurs à revenu fixe	Capdirex SA rue Saint-Victor 12 1200 Genève
BOND VALOR D-MARK Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Deutsche Mark lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR £ STERLING Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf £ Sterling lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR SCHWEIZER- FRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizer- franken lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR YEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Yen lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BONDWERT Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 59 8022 Zürich
BRIT-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Grossbritannien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
HandelsBank Nat West Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

CANAC Anlagefonds für kanadische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
CANASEC Anlagefonds für kanadische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
CBI-BOND Fonds de placement en obligations	Compagnie de Banque et d'Investissements CBI Boîte postale 171 1211 Genève 3
CBI-EUROPE 1992	Compagnie de Banque et d'Investissements CBI Boîte postale 171 1211 Genève 3
CBI-INTERCONTINENTAL Fonds de placement en valeurs mobilières internationales	Compagnie de Banque et d'Investissements CBI Boîte postale 171 1211 Genève 3
CENTRALFONDS Zentralschweizerischer Immobilienfonds	Imovag Immobilien Verwaltungs AG Postfach 2263 6002 Luzern
CLAIR-LOGIS Fonds suisse de placements immobiliers **	Investissements collectifs SA rue Centrale 5 1003 Lausanne
CONBAR Anlagefonds für Wandelobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8022 Zürich
CONVERT BOND SELECTION Anlagefonds für Wandelobligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1952	31. Mai	AE
	1971	31. Dezember	OSE
	1989	31. Dezember	ASE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	OSE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

CONVERT-INVEST
Wertschriftenfonds für
internationale Anlagen in
Wandelobligationen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

CONVERT VALOR
SCHWEIZERFRANKEN
Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in auf Schweizer-
franken lautenden Wandel- und
Optionsanleihen

CS-Fondsleitung AG
Selnaustrasse 6
8002 Zürich

CONVERT VALOR US-DOLLAR
Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in auf US-Dollar
lautenden Wandel- und
Optionsanleihen

CS-Fondsleitung AG
Selnaustrasse 6
8002 Zürich

COOP
Anlagefonds fifty-fifty

Coop Anlage-Genossenschaft
Postfach 312
4002 Basel

CREDIT SUISSE FONDS-BOND
Anlagefonds für festverzinsliche
Werte

Schweiz. Kreditanstalt
Postfach
8021 Zürich

CREDIT SUISSE FONDS-
INTERNATIONAL
Anlagefonds für internationale
Werte

Schweiz. Kreditanstalt
Postfach
8021 Zürich

CROSSBOW FUND

BVE Capital Management SA
rue Robert-Estienne 10
1211 Genève 3

CSF Fund

BVE Capital Management SA
rue Robert-Estienne 10
1211 Genève 3

CS GOLD VALOR

CS-Fondsleitung AG
Selnaustrasse 6
8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

CS TIGER FUND

CS-Fondsleitung AG
Selnaustrasse 6
8021 Zürich

DIVERBOND INDOSUEZ

Succursales de Suisse

Fonds de placement

collectif en obligations

Investarco Compagnie de Gestion
et d'Investissements SA
avenue de la Gare 4
1003 Lausanne

D-MARK BOND SELECTION

Anlagefonds für

D-Mark-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

D-MARK-INVEST

Anlagefonds für

D-Mark-Obligationen

Intrag AG

Verwaltung von Investmenttrusts

Bahnhofstrasse 45

8021 Zürich

DOLLAR BOND SELECTION

Anlagefonds für

US-Dollar-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

DOLLAR-INVEST

Anlagefonds für US-\$- und

can. \$-Obligationen

Intrag AG

Verwaltung von Investmenttrusts

Bahnhofstrasse 45

8021 Zürich

ECU BOND SELECTION

Anlagefonds für Ecu-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

E-FUND

Schweizerischer Wertschriften-
fonds für europäische Anlagen
und Währungen

UBZ Fondsleitung AG

Oberdorfstrasse 2

8024 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	AE
Banque Indosuez Paris succ. de Lausanne	1971	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

ELDERS FONDS DE
PLACEMENT AUSTRALIEN
Fonds de placement suisse en
valeurs mobilières australiennes

Elders (Switzerland)
Investment Management SA
Postfach 180
2004 Neuenburg

ELDERS FONDS DE
PLACEMENT INTERNATIONAL
Fonds de placement suisse en
valeurs mobilières mondiales

Elders (Switzerland)
Investment Management SA
Postfach 180
2004 Neuenburg

EMETAC

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

ENERGIE-VALOR
Anlagefonds für Werte der
Energiewirtschaft

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

EQUIBAER AMERICA
Anlagefonds für amerikanische
Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

EQUIBAER EUROPE
Anlagefonds für europäische
Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

EQUIBAER PACIFIC
Anlagefonds für Aktien und
Wandelobligationen des
pazifischen Raumes

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

ESPA
Anlagefonds für spanische Aktien

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1987	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

EURAC

Kafag
AG für die Verwaltung von
Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

EUREF
Fonds suisse de placements
en papiers-valeurs

Banque Pariente
Rive 12
1211 Genève 3

EURIT
Investmenttrust für europäische
Aktien

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

EUROMED FUND

Gérifonds SA
14, place St-François
1002 Lausanne

EUROPA-VALOR
Anlagefonds für europäische
Werte

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

Europrogramme International
in Liq.

Fiducia Bankenrevision AG
Postfach
4002 Basel (Gérant)

Europrogramme International
Serie 1969 **in Liq.**

Fiducia Bankenrevision AG
Postfach
4002 Basel (Gérant)

FACEL FUND
Fonds de placement en valeurs
nord-américaines et
internationales

Hentsch & Cie
15, rue de la Corraterie
1211 Genève 11

FAR
Fonds en actions romandes

Société pour la gestion de
placements collectifs GEP SA
2, rue du Maupas
1000 Lausanne

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	30. September	ASE
	1963	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

FIR Fonds immobilier romand
(Romande Immobilière)

Société pour la gestion de
placements collectifs GEP SA
rue du Maupas 2
1000 Lausanne

FIR 1970
Fonds immobilier suisse

Société pour la gestion de
placements collectifs GEP SA
rue du Maupas 2
1000 Lausanne

FLORIN BOND SELECTION
Anlagefonds für holländische
Gulden-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

Foco International Bond Fund

Overland Banca
Via Serafino Balestra 5
6900 Lugano

Foco International Stock Fund

Overland Banca
Via Serafino Balestra 5
6900 Lugano

FONCIPARS Série Ancienne

Sagepco Société Anonyme de
gérances et placements collectifs
rue du Midi 4
1003 Lausanne

FONCIPARS Série II

Sagepco Société Anonyme de
gérances et placements collectifs
rue du Midi 4
1003 Lausanne

Fonds de placement en
obligations de la Banque
Scandinave en Suisse

Banque Scandinave en Suisse
Rondpoint de Rive
1211 Genève 3

Fonds de placement en valeurs
internationales de la Banque
Scandinave en Suisse «Intelsec»

Banque Scandinave en Suisse
Rondpoint de Rive
1211 Genève 3

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
	1972	31. August	OSE
	1972	31. August	ASE
Société de Banque Suisse, Lausanne	1943	31. Dezember	IS
Société de Banque Suisse, Lausanne	1961	31. Dezember	IS
	1973	28. Februar	OSE
	1976	30. September	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
FONSELEX Fonds de placement en valeurs internationales	Capdirex SA rue Saint-Victor 12 1200 Genève
FORTUNA Anlagefonds	Fortuna Investment AG Tessinerplatz 5 8027 Zürich
FRANCEVALOR Anlagefonds für französische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
FRANCIT Investmenttrust für französische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GAM (CH) America	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GAM (CH) Mondial	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GAM (CH) Pacific	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GERFONDS Fonds de placement en valeurs internationales	Société d'Etudes et de Placements SA, c/o Société Bancaire Julius Baer SA Genève 2, boulevard du Théâtre 1211 Genève 11

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève Genève	1958	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Fondsleitung Direction du fonds
GERMAC Anlagefonds für deutsche Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GERMANIAVALOR Anlagefonds für deutsche Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
GESTI CH Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Gestivalor Gestione Fondi SA c/o Banca del Gottardo Viale S. Franscini 8 6901 Lugano
GESTIVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA c/o Banca del Gottardo Viale S. Franscini 8 6901 Lugano
GLOBINVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GOLD-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GOLD PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1987	30. Juni	AS
Banca del Gottardo Lugano	1977	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AE

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Fondsleitung Direction du fonds
GULDEN-INVEST Anlagefonds für Gulden-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
HELVETBAER Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
HELVETINVEST Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
Hentsch Balanced Investment Fund	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
Hentsch-Swiss Franc Bond Portfolio	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
HOLLAND-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in den Niederlanden	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
IBERIAVALOR	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
IFCA Immobilien-Anlagefonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG Weltpoststrasse 19 3000 Bern
IMMOFONDS Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	AG für Fondsverwaltung Poststrasse 12 6300 Zug

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1989	30. Juni	ASE
	1986	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1989	31. Dezember	AE
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS
HandelsBank Nat West Zürich	1955	30. Juni	IS

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Fondsleitung Direction du fonds
IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Pelikanplatz 15 8000 Zürich
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Case postale 4002 Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
JAPAC FUND Fonds de placement en valeurs mobilières du Japon et de la zone du Pacifique	Gérifonds SA 14, place St-François 1002 Lausanne
JAPAN-INVEST Anlagefonds für japanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1970	30. Juni	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

JAPAN-PORTFOLIO
Schweizerischer Anlagefonds für
japanische Wertschriften

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

J-FUND
Schweizerischer Wertschriften-
fonds für japanische Anlagen
und diverse Währungen

UBZ Fondsleitung AG
Oberdorfstrasse 2
8024 Zürich

LA FONCIERE
Fonds suisse de placement
immobilier

Investissements Fonciers SA
Case postale
1000 Lausanne 13

Leu-Ausschüttungs-Fonds

Leu Fondsleitung AG
Bahnhofstrasse 32
8001 Zürich

Leu Foreign Bonds

Leu Fondsleitung AG
Bahnhofstrasse 32
8001 Zürich

Leu-Wertzuwachs-Fonds

Leu Fondsleitung AG
Bahnhofstrasse 32
8001 Zürich

Lloyds International Dollar Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International Europe Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International Growth Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1989	30. September	OSE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1976	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

Lloyds International Income Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International
North America Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International Pacific Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

M-AUSSCHÜTTUNGS-FUND
Schweizerischer Wertschriften-
fonds für multinationale Anlagen

UBZ Fondsleitung AG
Oberdorfstrasse 2
8024 Zürich

M-FUND
Schweiz. Wertschriftenfonds
für multinationale Anlagen

Überseebank AG
Postfach
8024 Zürich

MULTIAMERICA
Fondo d'investimento in valori
nordamericani

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND DM
Fondo d'investimento in
obbligazioni denominate in
marchi tedeschi

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND FRS
Fondo d'investimento in
obbligazioni denominate in
franchi svizzeri

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND HIGH YIELD

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1973	30. September	OSE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	AE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	31. Dezember	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
	1985	31. Dezember	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1989	31. März	OSE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

MULTIBOND INTERNATIONAL
Fondo d'investimento in
obbligazioni internazionali

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND US-\$
Fondo d'investimento in
obbligazioni denominate in
dollari USA

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIHELVETIA
Fondo d'investimento in valori
mobiliari svizzeri

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTINIPPON
Fondo d'investimento in valori
mobiliari giapponesi

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

OBLIGESTION

Banque Paribas (Suisse) SA
Case postale
1211 Genève 11

OP-INVEST

Bank Oppenheim Pierson
(Schweiz) AG
Postfach
8022 Zürich

PACIFIC-INVEST
Wertschriftenfonds für Anlagen
im pazifischen Raum

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

PACIFIC-VALOR
Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in Japan und weiteren
Anrainerstaaten des Pazifiks

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

PARFON
Fonds de participations foncières
suisses, Genève

Sofid SA
Rue de la Fontaine 5
1211 Genève 3

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

PARJAPON

Banque Paribas (Suisse) SA
Case postale
1211 Genève 11

PARSUISSE

Banque Paribas (Suisse) SA
Case postale
1211 Genève 11

PAZIFIKWERT

Anlagefond für Werte des
pazifischen RaumesFolag Fondsleitung AG
Talstrasse 58
8022 Zürich

PHARMAFONDS

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

PICTET VALSUISSE

Pictet & Cie
29, bd Georges-Favon
1211 Genève 11

POLY-BOND-INTERNATIONAL

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

RBC Dollar Prime Bond Fund

The Royal Bank of Canada
(Suisse)
rue Diday 6
1211 Genève 11

RBC Equity Fund

The Royal Bank of Canada
(Suisse)
rue Diday 6
1211 Genève 11RBC Government
Securities FundThe Royal Bank of Canada
(Suisse)
rue Diday 6
1211 Genève 11

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
	1986	31. Dezember	AE
	1986	31. März	AS
HandelsBank Nat West Zürich	1986	31. Januar	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. September	ASE
	1989	30. Juni	AS
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	31. Mai	OSE
	1988	31. Dezember	OSE
	1989	31. Dezember	ASE
	1987	31. März	OSE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

RBC Swiss Franc Bond Fund

The Royal Bank of Canada
(Suisse)
rue Diday 6
1211 Genève 11

RBC Worldwide Fund

The Royal Bank of Canada
(Suisse)
rue Diday 6
1211 Genève 11

REALITE

Fonds de placement immobilier

Sogefonds SA
20, rue de la Corratierie
1200 Genève

RENTVALOR

Fondo di investimento in
obbligazioni internazionali

Gestivalor
Gestione Fondi SA
c/o Banca del Gottardo
Viale S. Franscini 8
6901 Lugano

RENTVALOR 75

Fondo di investimento in
obbligazioni internazionali

Gestivalor
Gestione Fondi SA
c/o Banca del Gottardo
Viale S. Franscini 8
6901 Lugano

RENTVALOR US-\$

Fondo di investimento in
obbligazioni espresse in US-\$

Gestivalor
Gestione Fondi SA
c/o Banca del Gottardo
Viale S. Franscini 8
6901 Lugano

REVIT

Immobilienfonds bernischer
Banken **

Revit AG Bern
Kapellenstrasse 5
3000 Bern

ROMETAC-INVEST

Fonds für internationale Anlagen
in Rohstoff- und Energiewerten

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
	1988	31. Dezember	OSE
	1987	31. Dezember	ASE
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	1959	30. September	IS
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1975	30. September	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1985	30. September	OE
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

ROTHSCHILD AM-EQUITY
Anlagefonds für amerikanische
Wertschriften

Rothschild Fund
Management AG
Bellerivestrasse 201
8034 Zürich

ROTHSCHILD SWISS EQUITY
Anlagefonds für schweizerische
Wertschriften

Rothschild Fund
Management AG
Bellerivestrasse 201
8034 Zürich

SAFIT South Africa Trust Fund

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

SAMURAI PORTFOLIO

Gertrust SA
rue de la Cité 22
1200 Genève

«SBC 100» Index-Fund Switzerland
Anlagefonds basierend auf dem
«SBV 100»-Index der Schweizer
Aktien

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

SCHWEIZERAKTIE
Anlagefonds für Schweizerwerte

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

Schweizerischer Liegenschaften-
Anlagefonds Swissreal

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

SEAPAC FUND

Gérifonds SA
14, place St-François
1002 Lausanne

SFR-BAER
Anlagefonds für
Schweizerfranken-
Auslandobligationen

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Rothschild Bank AG Zollikerstrasse 181 8034 Zürich	1989	31. März	AE
Rothschild Bank AG Zollikerstrasse 181 8034 Zürich	1989	31. März	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Hentsch & Cie, Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1973	30. Juni	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

SIAT Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Postfach 459 4600 Olten
SIAT 63 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Postfach 459 4600 Olten
SIMA Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SKANDINAVIEN-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SOGENAL-ZÜRICH Anlagefonds für internationale Werte	Sogenal Fondsleitung AG Bleicherweg 1 8022 Zürich
SOLVALOR 61 Fonds de placement immobilier	Solvalor SA Avenue Mon Repos 14 1000 Lausanne
STERLING BOND SELECTION Anlagefonds für Pfund-Sterling- Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
STERLING-INVEST Anlagefonds für Pfund-Sterling- Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	30. September	AE
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Strasbourg, succursale de Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1988	31. März	OE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

STOCKBAR
Anlagefonds für Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

SWISSAC
Anlagefonds für Schweizer
Dividendenwerte

Kafag
AG für die Verwaltung von
Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

SWISSBAR
Anlagefonds für Schweizer Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

SWISSCA INTERPART

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSCA INTERRENT

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSCA PART

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSCA RENT

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSFONDS 1
Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds (geschlossen)

Himac
AG für Verwaltung von Anlagefonds
Postfach 3279
4002 Basel

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

SWISSFONDS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISSFONDS 10 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds **	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISS FOREIGN BOND SELECTION Anlagefonds für Schweizerfranken- Auslandobligationen und Notes	Interfonds, Internationale Investmentgesellschaft Postfach 4002 Basel
SWISS FRANC BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte, lautend auf Schweizer- franken	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
SWISS FRANC-INVEST Anlagefonds für Schweizerfranken- Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SWISSIMMOBIL 1961 Anlagefonds für Schweizerische Immobilienwerte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSIMMOBIL, NEUE SERIE Schweizerische Immobilien-Anlagen	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSIMMOBIL SERIE D Immobilien-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

SWISSINVEST
Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds

Adimosa AG
Dufourstrasse 21
4052 Basel

SWISS RE GLOBAL FUND

Schweizer Rück Fondsleitung AG
Mythenquai 50/60
8022 Zürich

SWISSVALOR
Neue Serie, Anlagefonds für
schweizerische Werte

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

UBS PORTFOLIO INVEST
D-Mark Capital Gain

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UBS PORTFOLIO INVEST
D-Mark Income

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UBS PORTFOLIO INVEST
Ecu Capital Gain

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UBS PORTFOLIO INVEST
Ecu Income

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UBS PORTFOLIO INVEST
Swiss Franc Capital Gain

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UBS PORTFOLIO INVEST
Swiss Franc Income

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

UBS PORTFOLIO INVEST
US- $\text{\$}$ Capital Gain

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UBS PORTFOLIO INVEST
US- $\text{\$}$ Income

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

UNIM
Fonds de placements
immobiliers **

Progestfonds SA
rue de la Fontaine 5
1204 Genève

UNIVERSAL BOND SELECTION
Internationaler Anlagefonds für
Obligationen und aus
Wandelrechten bezogene Aktien

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

UNIVERSAL FUND
Fonds de placement en actions
des pays industriels européens et
d'outre-mer

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

UNIWER
Anlagefonds für Wertschriften

Folag Fondsleitung AG
Talstrasse 58
8022 Zürich

USSEC
Anlagefonds für amerikanische
Werte

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

UTO **in Liq.**
Immobilienfonds

Uto Fondsverwaltung AG
Beethovenstrasse 24
8002 Zürich

VALCA
Wertschriftenfonds der
Schweizerischen Kantonalbanken

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE
HandelsBank Nat West Zürich	1973	31. Januar	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1951	31. August	AE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

WERT-INVEST

Schweizerischer Liegenschaften-
Anlagefonds **

Wert-Invest AG

Rennweg 50
4020 Basel

YEN BOND SELECTION

Anlagefonds für Yen-Obligationen

Interfonds, Internationale

Investmenttrustgesellschaft

Postfach

4002 Basel

YEN-INVEST

Anlagefonds für Yen-Obligationen

Intrag AG

Verwaltung von Investmenttrusts

Bahnhofstrasse 45

8021 Zürich

ZKB-Fonds Aktien

Zürcher Kantonalbank

Postfach

8022 Zürich

ZKB-Fonds Fremdwährungs-
obligationen

Zürcher Kantonalbank

Postfach

8022 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE
	1989	30. September	ASE
	1989	30. September	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz (Art. 2 AusLAFV)

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Nationalität Nationalité
Asia Pacific Currencies Bond Citiportfolio	Luxembourg
* Barclays Unibond Trust	Jersey
* Barclays Uni-American Growth Trust	Jersey
* BIL Precious Metal Fund	Grand Cayman
* BIL US-Dollar Cash Fund	Grand Cayman
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 8	Luxembourg
Capital International Fund SA	Luxembourg
CB German Index Fund	Deutschland
Citicurrencies DM	Luxembourg
Citicurrencies £ Sterling	Luxembourg

* untersteht überhaupt keiner oder einer der schweizerischen nicht ebenbürtigen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

<i>Bewilligungsträger Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss Clôture</i>
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Barclays Bank SA (Suisse), Genève	31. Mai
Barclays Bank SA (Suisse), Genève	30. September
Schweiz. Depositen- und Kreditbank, Basel	31. Dezember
Schweiz. Depositen- und Kreditbank, Basel	31. Dezember
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
Chase Manhattan Bank (Suisse), Genève	31. Dezember
Commerzbank (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse sur les fonds de placement ou n'est l'objet d'aucune surveillance

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalité**

Citicurrencies Managed Portfolio	Luxembourg
Citicurrencies US-Dollar	Luxembourg
Citicurrencies Yen	Luxembourg
Citi-Liquid	Oesterreich
Citinvest Ecu Income	Luxembourg
Citinvest Guardian US-Dollar Portfolio	Luxembourg
Citinvest Guardian Euro Portfolio	Luxembourg
Citinvest Managed Growth Euro Portfolio	Luxembourg
Citinvest Managed Growth US-\$ Portfolio	Luxembourg
Citinvest Selector Portfolio	Luxembourg
Continental European Equity Citiportfolio	Luxembourg
CS Ecu Bond	Luxembourg
CS Euro Blue Chips	Luxembourg
CS Euro Finance Fund	Luxembourg
CS Europa Bond	Luxembourg
CS Euro Pharma	Luxembourg
CS Gold Mines	Luxembourg
CS Gulden Bond	Luxembourg
CS Money Market Fund DM	Luxembourg
CS Money Market Fund £ Sterling	Luxembourg
CS Money Market Fund US-Dollar	Luxembourg
CS Money Market Fund YEN	Luxembourg
CS Prime Bond	Luxembourg
CS Prime Metal	Luxembourg
CS Short-Term Bond DM	Luxembourg

Bewilligungsträger Autorisation délivrée à	Abschluss Clôture
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	31. Oktober
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalité**

CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxembourg
* D-MARK-BAER, Julius Baer D-Mark Bond Fund Ltd	Cayman Islands
* DOLLAR BAER, Julius Baer U.S. Dollar Bond Fund Ltd	Cayman Islands
European Currencies Bond Citiportfolio	Luxembourg
Eurorenta	Luxembourg
Eurovesta	Deutschland
Fidelity Global Industries Fund	Luxembourg
First Liechtenstein Swiss Fonds	Liechtenstein
* Formula Selection Fund	Panama
Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
* Hentsch Portfolios Ltd, classe A US Dollar Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
* Hentsch Portfolios Ltd, classe B Yen Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
Hill Samuel Global Portfolio European Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio European Fixed Interest	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Bond	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Managed	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Japanese Equity	Luxembourg

<i>Bewilligungsträger Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss Clôture</i>
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Privat Kredit Bank, Zürich	31. Juli
HandelsBank Nat West, Zürich	31. Dezember
PBZ Privatbank Zürich AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember

Name des Anlagfonds Dénomination du fonds de placement	Nationalität Nationalité
Hill Samuel Global Portfolio North American Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Pacific Basin Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Sterling Fixed Interest	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Smaller Companies Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.S. Smaller Companies Equity	Luxembourg
Iberia Fonds	Deutschland
Inrenta	Deutschland
* International Income Fund Unit A	Jersey
* International Income Fund Unit B	Jersey
* International Income Fund Long Term Unit	Jersey
Inter-Renta	Deutschland
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxembourg
Interspezial II	Deutschland
Interzins	Deutschland
Investa	Deutschland
* ITF Fund N.V.	Antilles néerlandaises
Japanese Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Japan Selection Fund	Panama
* Kleinwort Benson International Fund N.V.	Antilles néerlandaises

Bewilligungsträger Autorisation délivrée à	Abschluss Clôture
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Caisse d'Épargne de la République et Canton de Genève, Genève	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
PBZ Privatbank Zürich AG, Zürich	30. September
Banque Kleinwort Benson SA, Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalité**

* Liqibär, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Liquidity Deutsche Mark Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Sterling Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity US-Dollar Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Yen Fund	Luxembourg
Lloyds International Smaller Companies Fund	Luxembourg
* Mercury Bond Fund Ltd	Bermudas
MK Alfakapital	Deutschland
MK Analytik	Deutschland
MK Interrent	Deutschland
MK Investors Fonds	Deutschland
Multinvest International SA	Luxembourg
Nippon Dynamik Fonds	Deutschland
Nomura Fund – Asian Pacific Portfolio	Luxembourg
North American Dollar Bond Citiportfolio	Luxembourg
North American Equity Citiportfolio	Luxembourg
Obli-Dollar	Luxembourg
* Obliflex Limited Convertibles	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., court terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., moyen terme	Jersey

Bewilligungsträger Autorisation délivrée à	Abschluss Clôture
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Bank S. G. Warburg Soditic AG, Zürich	30. September
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Nomura Bank (Switzerland) Ltd, Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	30. September
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalität**

* Obliflex Limited Dollar E. U., long terme	Jersey
* Obliflex Limited Florin néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge	Jersey
* Obliflex Limited Franc français	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse	Jersey
* Obliflex Limited Livre sterling	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en dollars US, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en francs suisses, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises suisses	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en Deutsche Mark, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en dollars canadiens	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en florins hollandais	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais	Jersey
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne	Jersey
Rentak Fonds	Deutschland
Rentex Fonds	Deutschland
SBC Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg
SCI/TECH SA	Luxembourg
Smaller Asian Markets Equity Citiportfolio	Luxembourg
SoGen International Fund Inc.	USA

Bewilligungsträger Autorisation délivrée à	Abschluss Clôture
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Strasbourg, Zweigniederlassung Zürich	31. März

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalité**

Swiss Bank Corporation US-Dollar Money Market Fund	Luxembourg
* Techno-Growth Fund	Panama
Turquoise Fund	Luxembourg
UBS Bond Invest Ecu	Luxembourg
UBS Money Market Invest – Ecu	Luxembourg
UBS Money Market Invest £ Sterling	Luxembourg
UBS Money Market Invest US Dollar	Luxembourg
UBS Money Market Invest – Yen	Luxembourg
U. K. Equity Citiportfolio	Luxembourg
Unico Investment-Fund	Luxembourg
Unifonds	Deutschland
Uniglobal	Deutschland
Unikapital	Deutschland
Unirak	Deutschland
Unirenta	Deutschland
Unispecial I	Deutschland

Bewilligungsträger Autorisation délivrée à	Abschluss Clôture
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
PBZ Privatbank Zürich AG, Zürich	31. August
Mirabaud & Cie, Genève	31. März
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
DG Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich	31. März
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. März

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Nationalität
Nationalité

Unizins	Deutschland
UOB Super Ecu Fund	Luxembourg
* US Treasury Securities Fund Ltd Short term shares	Guernsey
* US Treasury Securities Fund Ltd fixed income shares	Guernsey
World Fund SA	Luxembourg

<i>Bewilligungsträger</i> <i>Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss</i> <i>Clôture</i>
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	30. April

Sommaire

Page

Version allemande	5
Listes (institutions de revision et fonds de placement)	77
Version française	149

Inhaltsübersicht

Seite

Deutsche Fassung	5
Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds)	77
Französische Fassung	149

Table des matières	Page
Abréviations	155
Commission des banques et Secrétariat	156
I. Introduction	157
II. Points essentiels	158
III. Surveillance des banques	159
1. Revision de la loi sur les banques	159
1.1 Champ d'application de la loi sur les banques	159
1.2 Prescriptions en matière de fonds propres	161
1.3 Prescriptions sur les liquidités	166
2. Circulaires	167
2.1 Constitution et dissolution de réserves latentes	167
2.2 Revision interne (inspectorat)	167
2.3 Répartition des risques: devoir d'annonce	168
3. Pratique de l'autorité de surveillance	168
3.1 Garantie d'une activité irréprochable	168
3.1.1 Blanchissage d'argent; Libanon-Connection	168
3.1.2 Blanchissage d'argent; législation pénale	171
3.1.3 Convention de diligence 1987	176
3.1.4 Gains illégaux résultant d'une application illicite des cours (Kursschnitte)	180
3.1.5 Bourses	181
3.2 Risques-pays	182
3.3 Banques en mains étrangères	183
3.3.1 Réciprocité	183
3.3.2 Japon	184
3.3.3 Liste des Etats garantissant la réciprocité	184
3.3.4 Acceptation de fonds en dépôt en Suisse par des banques étrangères	184

3.4	Surveillance des groupes	186
3.4.1	Surveillance consolidée des sociétés holdings et groupes bancaires	186
3.4.2	CS Holding	187
3.4.3	Surveillance consolidée sur les Investment Banks	188
3.5	Clarté et sincérité du bilan	190
3.5.1	Comptes de résultat consolidés	190
3.5.2	Comptabilisation de l'apport de l'actionnaire	190
3.6	Risques de compensation lors de placements fiduciaires	191
3.7	Banques cantonales	192
3.7.1	Prêts subordonnés	192
3.7.2	Organisation	192
3.8	Organes de revision	194
3.8.1	Examen des conditions d'autorisation	194
3.8.2	Tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement	194
3.9	Banques régionales	195
3.10	Caisses Raiffeisen	195
3.11	Retraits d'autorisation	196
3.12	Activité bancaire non autorisée	197
4.	Relations avec d'autres Autorités et des Associations	198
4.1	Autorités fédérales	198
4.2	Banque Nationale Suisse	198
4.3	Associations	199
4.4	Conférence des institutions de revision	199
5.	Affaires internationales	200
5.1	Comité de Bâle sur le contrôle bancaire	200
5.2	Communauté Européenne	201
5.3	Rencontre tripartite	205
5.4	Principauté du Liechtenstein	206
6.	Affaires traitées (statistiques)	206
6.1	Séances	206
6.2	Décisions	206
6.3	Recommandations et annonces de répartition des risques	207

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi	207
7.1 Etat à la fin 1989	207
7.2 Autorisations délivrées en 1989	208
7.3 Cessation de l'activité	209

IV. Surveillance des fonds de placement 211

1. Revision de la loi fédérale sur les fonds de placement	211
2. Nouveau règlement modèle et nouvelle circulaire no 18	212
2.1 Répartition des risques	212
2.2 Adaptation des règlements de fonds existants	213
3. Pratique de l'autorisation de surveillance	213
3.1 Fonds de placements immobiliers: nouvelle circulaire no 19	213
3.2 Conversion de la comptabilité dans une monnaie étrangère	214
3.3 Europrogramme	216
3.4 Bancor SA, Genève	217
4. Relations avec d'autres Autorités et des Associations	217
4.1 Contacts avec le Département fédéral des finances	217
4.2 Entretiens avec l'Association suisse des banquiers	218
4.3 Groupe de contact	218
5. Affaires traitées	218
6. Développement des fonds de placement en 1989	219

V. Surveillance des lettres de gage 221

VI. Commission des banques et Secrétariat 222

1. Commission des banques 222

2. Secrétariat 222

3. Comptes annuels 222

4. Organigramme 223

Enquête formulaire B 80

Listes 77

Institutions de revision reconnues
– pour banques et fonds de placement
– uniquement pour fonds de placement

Enquête statistique relative au formulaire B (CDB)

Fonds de placement suisses
Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel
au public en Suisse

Abréviations

CDB	Convention du 1er juillet 1987 relative à l'obligation de diligence des banques
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 25 juin 1930 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance d'exécution du 17 mai 1972 de la loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFF	Ordonnance du 20 janvier 1967 sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFF étr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.41)
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président

Hermann Bodenmann, docteur en droit, Brigue

Vice-président

Alain Hirsch, docteur en droit, professeur à l'Université, Genève
(jusqu'au 31 décembre 1989)

Membres

Amilcare Berra, docteur en sciences politiques, Montagnola

Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich

Peter Nobel, professeur à l'Université, Zurich

Hans Schmid, docteur en sciences politiques, professeur
à l'Université, St-Gall

Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur

Kurt Hauri, docteur en droit

Service juridique

Daniel Zuberbühler, avocat, directeur-suppléant

Service des autorisations

Romain Marti, sous-directeur

Service de revision

Kurt Lindegger, sous-directeur

Service des fonds de placement

André Cornu, docteur en sciences économiques

Adresse

Marktgasse 37, Case postale, 3001 Berne

Téléphone 031/61 69 11, Téléc 912 449, Téléfax 031/61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières: les banques (art. 23 al. 1 LB), les fonds de placement (art. 40 LFP en liaison avec l'art. 23 al. 1 LB) et les lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1989, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des *fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance* ainsi que celle des institutions de révision agréées par la Commission des banques pour la révision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du système bancaire suisse. A ce sujet, on se référera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1989» qui paraîtra en automne 1990. A côté de commentaires des données statistiques, elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

Aux termes de l'art. 2 OB, la Commission des banques dresse une liste des établissements assujettis à la loi. Après avoir questionné les abonnés, la Commission des banques a décidé à l'avenir de renoncer à envoyer cette liste une fois par année aux intéressés. Ceux-ci peuvent toutefois l'obtenir sur demande auprès du Secrétariat.

En plus de ce rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (dernier fascicule 1988: Bulletin CFB 18).

II. Points essentiels

En 1989, deux revisions de l'ordonnance sur les banques ont été adoptées par le Conseil fédéral. Leur entrée en vigueur a été fixée au 1er janvier 1990. Les maisons d'émission, ainsi que les intermédiaires financiers particulièrement actifs sur le marché interbancaire seront dorénavant soumis à la loi sur les banques. Il s'agit d'assurer le bon fonctionnement des marchés bancaires et financiers, une meilleure protection des investisseurs ainsi que le respect des exigences en matière de réciprocité contenues dans la législation bancaire. D'autre part, les prescriptions en matière de fonds propres ont été modifiées, dans le sens d'une harmonisation internationale pour les opérations hors bilan. En même temps, certains allègements ont été introduits, particulièrement la possibilité de prendre en compte dans une plus grande mesure comme fonds propres les emprunts obligataires de rang subordonné.

Un projet de nouvelle circulaire sur la constitution et la dissolution de réserves latentes a été mis en consultation par la Commission des banques. La circulaire a pour but d'améliorer la transparence des comptes annuels, conformément à la loi.

Suite à son enquête sur l'affaire de blanchissage d'argent sale «Libanon-Connection», la Commission des banques a décidé que le commerce professionnel en gros des billets de banque, qui n'est exercé en Suisse que par les trois grandes banques, nécessitait à l'avenir son consentement exprès et devait être soumis à des prescriptions plus sévères sur le plan de l'organisation; des directives à ce sujet sont en préparation.

Dans le cadre de la restructuration d'une grande banque suisse, la Commission des banques a dû traiter de questions fondamentales relatives aux fonds propres exigibles des groupes bancaires sur une base consolidée. La décision rendue par la Commission des banques à ce sujet a fait l'objet d'un recours de droit administratif sur lequel le Tribunal fédéral doit encore se prononcer.

La Commission des banques s'est occupée à plusieurs reprises de questions concernant la bourse, notamment du problème déjà évoqué des gains illégaux résultant d'une application illicite des cours (Kursschnitte) et du «Mini-Crash» du 16 octobre 1989.

III. Surveillance des banques

1. Revision de la loi sur les banques

1.1 Champ d'application de la loi sur les banques

Le 23 août 1989, le Conseil fédéral a adopté la revision de l'Ordonnance sur les banques présentée par la Commission des banques. L'entrée en vigueur a été fixée au 1er janvier 1990 (cf. Rapports de gestion 1986 p. 116, 1987 p. 143 s., 1988 p. 144 s.). A l'avenir, les maisons d'émission ainsi que les intermédiaires financiers qui sont particulièrement actifs dans les activités interbancaires seront considérés comme des banques et soumis à la loi sur les banques. Il s'agit d'assurer le bon fonctionnement des marchés financiers, de renforcer la protection de l'investisseur sur le marché suisse des capitaux et, finalement, d'assurer le respect des dispositions légales en matière de réciprocité (Rapport de gestion 1987 p. 144). L'ordonnance correspond largement au projet envoyé en consultation. La plus importante modification par rapport à celui-ci concerne les intermédiaires financiers particulièrement actifs dans les opérations hors bilan. Le Conseil fédéral a renoncé à les assujettir (art. 2a let. c du projet (cf. Rapport de gestion 1987 p. 145). On a ainsi voulu éviter d'assujettir à la loi sur les banques d'importants commerçants de marchandises à terme ou sociétés holdings qui se portent cautions dans une grande mesure pour leurs filiales. D'un autre côté, lors de toute revision ultérieure de la liste des affaires hors bilan pour lesquelles des fonds propres sont requis en vertu de la modification de l'ordonnance sur les banques (cf. ch. 1.2), cette disposition aurait pu avoir des effets indésirables sur le champ d'application de la loi.

L'art. 2a définit désormais la notion de banque au sens de l'art. 1 al. 1 de la loi sur les banques, mais de manière non exhaustive:

a) Pour des raisons systématiques, la notion traditionnelle de banque est définie à la let. a. Par banques il faut entendre «toutes les entreprises actives principalement dans le secteur financier et qui font appel au public pour obtenir des fonds en dépôt dans le but de financer pour leur propre compte, de quelque manière que ce soit, un nombre indéterminé de personnes ou d'entreprises avec lesquelles elles ne forment pas une entité économique». Les banquiers privés ne sont pas visés par cette définition. Ils restent naturellement assujet-

tis comme auparavant à la loi sur les banques. Ils sont expressément mentionnés à l'art. 1 de la loi.

b) Selon la let. b, il faut entendre par banques les entreprises actives principalement dans le secteur financier et qui «se refinancent dans une mesure importante auprès de plusieurs banques ne participant pas de manière notable à leur capital dans le but de financer pour leur propre compte, de quelque manière que ce soit, un nombre indéterminé de personnes ou d'entreprises avec lesquelles elle ne forment pas une entité économique». L'assujettissement de ces intermédiaires financiers importants ne résulte pas de considérations relatives à la protection des créanciers mais a pour but d'assurer le fonctionnement du marché des crédits et des capitaux. Par lettre adressée aux sociétés financières à caractère bancaire connues, la Commission des banques a demandé que toutes ces sociétés s'annoncent lorsqu'elles se sont refinancées en moyenne, lors des quatre derniers bilans trimestriels, auprès de plus de cinq banques pour plus de frs. 500 mio.

Lorsqu'une société place de manière prépondérante les fonds ainsi obtenus auprès de débiteurs appartenant au même groupe qu'elle, elle n'est pas assujettie à la loi sur les banques. De même ne sont pas concernées les sociétés dont les actifs se composent de manière prépondérante de papiers-valeurs qui ont été acquis pour être revendus.

c) Selon la let. c, sont finalement assimilées à des banques les maisons d'émission, c'est-à-dire les sociétés qui «prennent ferme ou à la commission des papiers-valeurs ou des droits ayant une fonction identique (droits-valeurs) en les offrant publiquement sur le marché primaire». Sont considérés comme telles aussi par la Commission des banques les sociétés principalement actives dans le domaine financier qui offrent publiquement sur le marché primaire de nouveaux instruments financiers comme les options, sauf si cela intervient en émettant leurs propres actions ou obligations. Le but de cette nouvelle disposition est la protection des investisseurs sur le marché suisse des capitaux.

Aux termes de l'art. 3, fait appel au public pour obtenir des fonds en dépôt celui qui, de quelque manière que ce soit, fait de la publicité pour les obtenir ou qui, sur une longue période, accepte des fonds

de plus de 20 créanciers émanant du public. Si l'appel au public émane d'une société financière, alors celle-ci est assujettie à la loi sur les banques. Cette nouvelle disposition prévoit une règle spéciale pour les banquiers privés en les autorisant comme auparavant à recevoir des fonds de personnes liées à leurs clients. Le nouvel art. 3 OB est seulement applicable de manière limitée aux gérants de fortune. Selon la Commission des banques, ceux-ci exercent une activité bancaire et sont par conséquent soumis à la loi si les avoirs des clients ne résultent pas uniquement d'opérations de gérance.

En raison de la modification de l'ordonnance, 60 sociétés, pour la plupart des maisons d'émission, seront vraisemblablement assujetties à la loi. Elles doivent s'annoncer jusqu'à la fin du mois de juin 1990 auprès de la Commission des banques.

A l'échéance des dispositions transitoires, les sociétés concernées par la modification de l'ordonnance devront remplir toutes les conditions d'autorisation de la loi sur les banques. Pour les sociétés en mains étrangères, la condition de réciprocité devra aussi pouvoir être garantie. De manière à pouvoir tenir compte des progrès en matière de libéralisation dans chaque pays des sociétés concernées, le Conseil fédéral a adopté une réglementation transitoire flexible et large. D'une part, la Commission des banques a la compétence de prolonger la période transitoire. D'autre part, lorsque la condition de réciprocité ne peut pas être garantie même après l'échéance du délai prolongé, elle peut, à la place de la liquidation, prendre d'autres mesures appropriées telles que par exemple la limitation de l'activité. Afin d'éviter des distorsions de la concurrence, une prolongation de délai au-delà de 1992 ne peut toutefois être octroyée que si toutes les autres conditions, à l'exception de celle relative à la réciprocité, sont remplies.

1.2 Prescriptions en matière de fonds propres

Après plusieurs années de travaux préparatoires (cf. Rapports de gestion 1986 p. 122 s., 1987 p. 147 ss, 1988 p. 145 s.) qui ont porté sur la façon de traiter les opérations hors bilan sous l'angle de la surveillance bancaire, la Commission des banques a transmis le 9 octobre 1989 au Conseil fédéral son projet pour une révision partielle des

prescriptions de l'Ordonnance sur les banques en matière de fonds propres (art. 11–13). Dans sa séance du 4 décembre 1989, celui-ci a adopté la révision et a décidé sa mise en vigueur au 1er janvier 1990. La modification des prescriptions en matière de fonds propres présente les caractéristiques suivantes:

a) Le concept de base introduit lors de la dernière révision des prescriptions en matière de fonds propres le 1er décembre 1980 est maintenu. Les exigences en fonds propres sont toujours calculées sur la base de taux dont le pourcentage est fixé d'après l'importance des risques de crédits des différentes catégories d'actifs et des opérations hors bilan, ainsi que d'après les risques de variation de prix sur les positions ouvertes en devises ou en métaux précieux. Les prescriptions ont toutefois été adaptées à l'évolution de l'activité bancaire qui s'est produite depuis lors, plus particulièrement le transfert croissant vers des transactions qui ne figurent pas au bilan et l'utilisation de nouveaux instruments financiers, parfois complexes, ainsi qu'aux efforts d'harmonisation internationale en matière de surveillance bancaire. La modification de l'ordonnance s'inspire dans plusieurs domaines du document de juillet 1988 établi par le «Comité de Bâle sur le contrôle bancaire» de la Banque des Règlements Internationaux intitulé «Convergence internationale de la mesure et des normes des fonds propres» (ci-après: Modèle de Bâle, cf. Rapport de gestion 1988 p. 145 s.). Ce Modèle a été repris par la Communauté Européenne dans ses directives. En Suisse, la systématique et les catégories de pondération des risques, souvent plus basses dans le Modèle de Bâle, n'ont cependant pas été reprises. Les exigences suisses en matière de fonds propres sont ainsi encore sensiblement plus sévères que celles prescrites par les standards minimaux du Modèle de Bâle et les directives de la Communauté européenne. Dans l'intérêt de la compétitivité internationale des banques suisses, les différences existant entre nos exigences et celles requises à l'étranger pour certaines opérations et la prise en compte des éléments constituant les fonds propres ont cependant été diminuées. En contrepartie de l'augmentation des taux de pondération pour les affaires hors bilan, des réductions d'exigences pour des opérations de bilan transfrontalières sont prévues de sorte que pour l'ensemble du système bancaire suisse le total des exigences en fonds propres diminue de 3,5% à environ 60 mia. de francs.

En accord avec le Modèle de Bâle, un allègement important est prévu lors de la constitution de fonds propres. La part des emprunts obligataires subordonnés pouvant être comptés comme fonds propres est augmentée de 10% à 25% des fonds propres exigibles. Les emprunts subordonnés permettent aux banques de réduire sensiblement le coût de leur refinancement puisque les augmentations de capital en Suisse sous forme d'émissions d'actions coûtaient ces dernières années deux fois plus cher qu'une augmentation faite sous forme d'emprunts subordonnés. Ceux-ci ne constituent cependant pas économiquement un capital effectif. C'est pourquoi l'augmentation de leur prise en compte n'est pas sans risque et a été admise uniquement pour équilibrer les conditions de concurrence des banques suisses par rapport à la concurrence étrangère.

b) Le but prioritaire de la modification de l'Ordonnance est de déterminer les exigences en fonds propres pour les opérations hors bilan selon le Modèle de Bâle de manière complète et adaptée aux risques. Sont dorénavant soumises à des exigences de fonds propres les limites de crédits non couverts et irrévocables, avec un engagement ferme d'une durée d'échéance résiduelle de plus d'un an. A cette catégorie appartiennent aussi les «note issuance facilities» et les «revolving underwriting facilities», répandues sur les autres places financières étrangères. Ont été également relevées au minimum standard du Modèle de Bâle les garanties irrévocables résultant d'accréditifs (standby letters of credit) assurant le risque du ducroire, généralement utilisées aux Etats-Unis au titre de garantie. De même, la valeur nominale des contrats fermes sur intérêts traités hors bourse (swaps sur intérêts sur la base d'une seule devise, forward rate agreements, futures sur taux d'intérêts et instruments semblables) est également soumise à un taux de pondération. Au-delà des exigences du Modèle de Bâle, des fonds propres sont dorénavant requis pour les engagements fermes de reprise lors de l'émission de papiers-valeurs. Cette nouveauté aura une certaine importance compte tenu de l'extension du champ d'application de la loi sur les banques aux maisons d'émission (cf. ch. 1.1 p. 160).

Inversement, l'adaptation au Modèle de Bâle conduit à un allègement par l'échellonnement des taux de pondération selon la durée d'échéance des créances résultant d'opérations fermes sur devises.

Ce système implique une diminution sensible des exigences en fonds propres pour les opérations à court terme, qui constituent la partie principale de l'important volume des opérations à terme sur devises, en constante progression.

c) Pour les opérations figurant au bilan (actifs) la modification de l'Ordonnance apporte une réduction sensible des exigences en fonds propres pour les affaires à l'étranger. Le supplément de 1,5% calculé sur le montant total des actifs à l'étranger porté au bilan a été abrogé. Introduite autrefois pour couvrir le risque latent de transfert lors d'engagements transfrontaliers, cette disposition est dépassée en raison de l'évolution survenue à partir de 1980. Là où le risque de transfert est devenu actuel, particulièrement sur les engagements domiciliés dans des pays à risques, les banques doivent, selon les directives de la Commission des banques, prévoir des provisions forfaitaires qui atteignent un multiple de ce supplément (cf. Rapport de gestion 1988 p. 160). Pour les engagements domiciliés dans la plupart des pays de l'OCDE, le risque de transfert est en revanche négligeable. Pour cette catégorie de pays, ce supplément se trouvait en désaccord avec le traitement national recommandé par le Modèle de Bâle.

En accord avec le Modèle de Bâle, les créances envers des collectivités de droit public et des banques centrales des pays de l'OCDE ainsi qu'envers la Banque des Règlements Internationaux et des banques multilatérales de développement sont privilégiées. Toutefois, à l'inverse du Modèle de Bâle, l'assimilation des collectivités de droit public étrangères aux collectivités de droit public suisses ne se fait que dans des cas exceptionnels. Les créances envers des banques, de quelque nature que ce soit, sont dorénavant soumises à un même taux de pondération, indépendamment de leur comptabilisation au bilan sous différentes positions. Les seules différences résultent de l'échéance des créances et du siège de la banque débitrice (dans un pays de l'OCDE ou non).

d) Selon l'ordonnance révisée, les banques peuvent prendre en compte comme élément de fonds propres les emprunts subordonnés jusqu'à 25% au plus des fonds propres exigibles. Les emprunts subordonnés constituent économiquement des fonds étrangers remboursables et portant intérêts. Ils ne prennent la fonction de fonds pro-

pres qu'en cas de cessation de l'activité commerciale (liquidation, faillite ou concordat). Par conséquent, leur prise en compte vers la fin de l'échéance doit être fortement limitée. C'est pourquoi, en conformité avec le Modèle de Bâle, la prise en compte des emprunts subordonnés est réduite, dans les cinq dernières années qui précèdent le remboursement, d'une part annuelle cumulée de 20% de la valeur nominale originale. L'augmentation à 25% de la prise en compte maximale des emprunts subordonnés ne doit toutefois pas conduire les banques à délaisser leurs efforts pour la création de vrai capital (capital-social, réserves ouvertes et latentes). C'est pourquoi la banque est tenue d'informer la Commission des banques, en indiquant les motifs, lorsque ses emprunts subordonnés pris en compte comme fonds propres dépassent 15% des fonds propres exigibles. Cela permettra à la Commission des banques de faire plus souvent application de la compétence légale qui lui est donnée à l'art. 4 al. 3 LB et d'ordonner dans des cas spéciaux des renforcements par rapport aux règles générales des prescriptions en matière de fonds propres contenues dans l'ordonnance sur les banques. La quote-part maximale ne devrait être utilisée que par les banques qui ont entrepris tous les efforts possibles pour la création de capital effectif et qui peuvent remplir sans réserves les exigences en fonds propres aussi après le remboursement des dettes subordonnées.

En contrepartie de l'augmentation à 25%, la modification de l'ordonnance renforce le taux de pondération auquel sont soumises les créances de rang subordonné envers d'autres banques. En effet, assimilables à des participations au capital social, elles ont le caractère de capital-risque. Dans la mesure où les emprunts subordonnés sont pris en compte par la banque débitrice comme fonds propres, ils doivent être comptabilisés comme participation par la banque créancière et en conséquence soumis à des fonds propres plus importants, s'ils dépassent 20% des fonds propres exigibles de la banque débitrice (pris seuls ou avec des actions et d'autres titres de participation détenus par la banque créancière) ou si la banque créancière a la possibilité d'exercer d'une autre manière une influence notable sur la gestion. On veut éviter en particulier que les banques s'accordent mutuellement des prêts de rang subordonné pour gonfler artificiellement leurs fonds propres.

e) Les banques cantonales dont tous les engagements sont garan-

tis par le canton ne peuvent pas prendre en compte comme fonds propres les emprunts subordonnés (cf. ch. 3.7.1 p. 192). En revanche, eu égard à la garantie étatique existante, la déduction supplémentaire des fonds propres exigibles a été augmentée de 5% à 12,5%.

f) Reste réservé un ajustement systématique des exigences suisses aux normes internationales (Modèle de Bâle) et aux directives de la Communauté Européenne, lorsque celles-ci auront été introduites dans le droit national par les différents pays après la période transitoire échéant à la fin de l'année 1992 et lorsqu'elles auront été précisées dans différents domaines encore ouverts aujourd'hui. Dans le cadre d'une nouvelle révision de l'ordonnance, les exigences en fonds propres pour des risques de variation de prix sur actions ainsi que le risque lié aux taux d'intérêts pourraient être réglés de manière plus complète, en particulier si des concepts convaincants étaient développés à ce sujet sur le plan international.

Resterait éventuellement à examiner le cas des établissements bancaires et financiers liés entre eux soit par une société holding factière commune, soit par des personnes physiques comme actionnaires; si les holdings bancaires, aujourd'hui encore atypiques en Suisse et qui sont donc considérés par la Commission des banques comme des cas spéciaux sur la base de l'art. 4 al. 3 LB, se multipliaient, une révision de l'ordonnance pourrait s'imposer (cf. ch. 3.4.1 et 3.4.2 p. 186).

1.3 Prescriptions sur les liquidités

Les nouvelles prescriptions sur les liquidités (art. 15 – 20 OB) sont entrées en vigueur le 1er janvier 1988 (cf. Rapport de gestion 1988 p. 146 s.). Malgré l'allègement des exigences, certaines banques ne remplissent toujours pas leurs obligations de manière permanente, en particulier en ce qui concerne la liquidité de caisse. A cet égard, les insuffisances constatées résultent souvent de déficiences de l'organisation interne et la Commission des banques se réserve d'intervenir, le cas échéant, pour rétablir l'ordre légal. Quant aux questions d'interprétation liées à l'application des nouvelles prescriptions sur les gros risques du côté passif d'une part (art. 18 al. 2 OB) et à la liquidité adéquate dans le cadre des groupes bancaires d'autre part (art. 18 al. 3 OB) elles ont pu être réglées de manière ponctuelle.

2. Circulaires

2.1 Constitution et dissolution de réserves latentes

En octobre 1989, la Commission fédérale des banques a mis en consultation un projet de nouvelle circulaire intitulée «Constitution et dissolution de réserves latentes». Ce projet a été élaboré par un groupe de travail qui comprenait les représentants de l'Association suisse des banquiers et des sociétés de revision ainsi que des collaborateurs du Secrétariat de la Commission des banques.

La nouvelle circulaire doit, en prenant en considération la pratique actuelle de la Commission des banques, régler d'une manière plus complète la constitution et la dissolution de réserves latentes, contribuer ainsi à renforcer l'application des principes de tenue régulière des comptes et augmenter la véracité des comptes annuels.

Elle définit d'abord les notions de réserves latentes, d'immobilisations et de matérialité. La constitution et la dissolution de réserves latentes font ensuite l'objet de deux chapitres distincts. Le premier indique les procédés de constitution de réserves latentes qui sont admis et leurs conséquences sur la publication des comptes annuels. Le second précise quand une dissolution de réserves latentes peut intervenir, à partir de quelle ampleur ces dissolutions deviennent significatives et comment elles doivent être commentées et mentionnées dans toute publication des comptes annuels.

La Circulaire s'appliquera donc déjà aux comptes annuels 1990.

2.2 Revision interne (inspectorat)

L'introduction de la nouvelle circulaire «Revision interne (inspectorat)» du 3 octobre 1988, en vigueur depuis le 1er décembre 1988 (cf. Rapport de gestion 1988 p. 149 ss), n'a pas occasionné de problèmes particuliers. La nécessité d'une revision interne efficace et indépendante est reconnue par l'ensemble de la profession bancaire. La plupart des banques concernées ont institué un organe de revision interne ou confié cette tâche une société de revision.

Quelques petites banques disposant de succursales ont adressé une requête en vue d'obtenir une exemption totale à l'obligation d'insti-

tuer une revision interne. Elles ont notamment invoqué les difficultés liées au recrutement du personnel. Des exemptions ont pu être accordées aux banques ayant fourni la preuve que les succursales ne disposaient d'aucune compétence propre.

2.3 Répartition des risques: devoir d'annonce

Les travaux d'élaboration d'une nouvelle circulaire destinée à remplacer la circulaire no 1 du 19 septembre 1972 ont été poursuivis durant l'année écoulée. Une coordination interviendra peut-être sur le plan international (Comité de Bâle sur le contrôle bancaire) pour la saisie et le traitement des gros risques; cette coordination serait susceptible d'entraîner des modifications de l'ordonnance d'exécution de la loi sur les banques.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Garantie d'une activité irréprochable

3.1.1 Blanchissage d'argent; Libanon-Connection

Au début du mois de novembre 1988, la presse avait annoncé, à propos de l'affaire de blanchissage d'argent Libanon-Connection, que les trois plus grandes banques suisses auraient accepté des frères libanais Magharian des fonds pour environ 1,5 mia. de francs provenant en partie du trafic de la drogue. La Commission des banques a immédiatement ouvert une enquête (Rapport de gestion 1988 p. 152 ss). Après de multiples échanges de correspondance avec les banques et suite à l'analyse de la documentation volumineuse produite par les banques ainsi qu'à de longues auditions de cadres des banques et à l'examen de la documentation faisant partie des dossiers pénaux auprès du Procureur tessinois du Sopraceneri et du Procureur général de la Confédération, il a été mis fin à l'enquête administrative à la fin du mois de mars 1989. Lors de la conférence de presse annuelle du 11 avril 1989, la Commission des banques a rendu publics en détail les résultats de cette enquête.

Il a été établi que deux des trois grandes banques avaient entretenu des relations commerciales avec les frères Magharian – qui étaient des professionnels dans le commerce de billets de banque – et que pour une période de trois ans environ (jusqu'au moment de leur arrestation), elles avaient reçu de leur part des billets de banque provenant du Moyen et du Proche-Orient pour une valeur d'environ 1,5 mia. de francs. Parmi les billets de banque remis par les Magharian aux banques en question se trouvaient US-\$ 36 mio. qui, selon la documentation pénale tessinoise, proviennent du commerce de la cocaïne exercé par une bande colombienne et qui ont été amenés aux Magharian par des courriers venant des Etats-Unis en passant par un intermédiaire arménien. Les transactions en question ont été découvertes par hasard aux Etats-Unis à la fin du mois de novembre 1986. Les banques ne savaient rien du caractère illicite de ces transactions et de leur provenance des USA. La Commission des banques n'a pas pu estimer si et dans quelle mesure d'autres valeurs provenant du commerce de la drogue ou d'autres crimes ont été versés en faveur des Magharian auprès des deux grandes banques. Cet aspect fait surtout l'objet de la procédure pénale encore pendante au Tessin.

L'enquête de la Commission des banques a relevé que, eu égard à la convention de diligence des banques (CDB), les grandes banques concernées avaient examiné et documenté correctement l'identité des Magharian en tant que parties au contrat et d'ayants droit économiques des capitaux. Lors d'entretiens, les deux banques avaient demandé – comme c'est d'usage pour le commerce en gros de billets – des informations aux frères Magharian sur leur activité. Les services de sécurité des deux banques avaient également entrepris une vérification concernant la personne des frères Magharian. Des références complémentaires avaient été prises auprès d'autres participants au marché. Dans le cadre des relations d'affaires en cours, un examen de la vraisemblance des affirmations des Magharian au sujet de leur activité commerciale avait également eu lieu. Ces recherches n'ont donné aucun indice qui aurait pu fonder des doutes sur l'intégrité et la compétence des Magharian. Dans la deuxième moitié de l'année 1986, le Crédit Suisse – partenaire le plus important des Magharian – avait examiné à la suite d'une analyse critique ouverte par son inspectorat interne s'il existait des liens entre les Magha-

rian et leurs clients d'une part et, d'autre part, des personnes connues du Crédit Suisse à la suite de la procédure pénale Pizza-Connection et dans une autre affaire de drogue. En interrogeant les Magharian sur la possible provenance de leur argent du commerce de la drogue, la banque avait obtenu d'eux des informations détaillées sur l'arrière-plan économique des transactions. Les collaborateurs responsables de la banque n'avaient eu aucun doute sur la provenance légale des fonds des Magharian. Les éclaircissements supplémentaires avaient confirmé leur confiance.

Dans son enquête, la Commission des banques a examiné les témoignages et les documents ressortant de la procédure pénale tessinoise mettant en cause des banques, en particulier le Crédit Suisse. Il s'agissait notamment: du prétendu avertissement fait par le propriétaire d'un autre établissement actif dans le commerce de billets de banque selon lequel les fonds des Magharian provenaient de la drogue, de l'acceptation de cadeaux de la part des Magharian – en violation des directives internes – par des collaborateurs actifs dans le secteur du commerce de billets de banque et des métaux précieux, de la restitution aux Magharian de faux billets oblitérés en contradiction avec les anciennes directives de l'Association suisse des banquiers ainsi que de l'établissement de lettres de confirmation à l'attention de représentations diplomatiques suisses en vue du délivrement de visas à des courriers. La procédure menée par la Commission des banques n'a donné aucune preuve d'une participation, en connaissance de cause, de collaborateurs des banques en question au blanchissage de capitaux de provenance délictuelle.

De l'enquête circonstanciée, onéreuse pour toutes les parties concernées, sur l'affaire Libanon-Connection, la Commission des banques est arrivée à la conclusion qu'aucune mesure administrative ne devait être prise à l'égard des personnes chargées de la direction des grandes banques visées. Aux termes des normes sur l'organisation interne, la compétence en matière de relations d'affaires dans le commerce professionnel de billets de banque ne se situait pas au niveau de la direction supérieure (direction générale) qui, selon l'art. 3 al. 2 let. c LB, devrait garantir une activité irréprochable. Il faut cependant relever après coup que l'attribution du commerce professionnel de billets de banque à un degré de responsabilité relativement bas constitue un défaut d'organisation car une banque dans ce domaine

– eu égard au grand mouvement d'argent au comptant – s'expose d'une manière accrue aux risques d'être utilisée pour des opérations de blanchissage d'argent. L'organisation qui était en place s'explique néanmoins par le fait que, en règle générale, les opérations de commerce de billets de banque se déroulent normalement avec couverture et que des découverts de comptes à court terme ne sont permis que pour des montants limités et ne présentent donc qu'un risque de solvabilité modeste. Il est également vrai que dans d'autres domaines, le devoir de diligence est aussi exercé par des personnes ayant un niveau bas de responsabilité. Le défaut d'organisation concernant le commerce professionnel de billets de banque en question ne justifie cependant pas de prendre des mesures d'ordre personnel. Il y a plutôt lieu de tirer de cette expérience des conséquences utiles quant à l'organisation et de formuler clairement la responsabilité directe de la direction.

Lors de la conférence de presse annuelle du 11 avril 1989, la Commission des banques a annoncé que désormais le commerce professionnel en gros de billets de banque fait par une banque nécessite son consentement explicite et que, par conséquent, lors de l'examen des conditions relatives à l'autorisation d'exercer l'activité bancaire qui doivent être remplies en tout temps, cette activité sera soumise à des exigences plus sévères. Elle ne pourra être exercée que si le règlement, l'organisation et une dotation suffisante en personnel garantissent un contrôle interne adéquat. Parmi les banques soumises à la loi bancaire en Suisse, seules les trois grandes banques (Union de Banques Suisses, Société de Banque Suisse, Crédit Suisse) sont actives dans ce secteur. La Commission des banques édictera des directives concernant l'organisation et les prescriptions de gestion qui auront pour objet d'empêcher et de découvrir les transactions de blanchissage d'argent dans un domaine particulièrement exposé.

3.1.2 Blanchissage d'argent; législation pénale

Durant l'année sous revue, les travaux concernant l'introduction dans le Code pénal d'une norme réprimant le blanchissage d'argent ont beaucoup avancé (cf. Rapports de gestion 1987 p. 158 s.; 1988 p. 152 ss). Le 12 juin 1989, le Conseil fédéral a remis aux Chambres

fédérales son message relatif au projet de modification du Code pénal suisse introduisant des normes réprimant d'une part le blanchissage intentionnel d'argent (art. 305bis) et, d'autre part, le défaut de vigilance en matière d'opérations financières (art. 305ter). La proposition du Conseil fédéral a accueilli un large consensus au sein du Conseil national et sera soumis au Conseil des Etats lors de la session de printemps 1990. Aux termes de l'art. 305bis du projet, sera puni celui qui aura commis un acte propre à entraver l'identification de l'origine, la découverte ou la confiscation de valeurs patrimoniales, dont il savait ou devait présumer qu'elles provenaient d'un crime. Le Conseil fédéral a repris pour l'essentiel la proposition de l'expert Paolo Bernasconi – que la Commission des banques avait appuyée lors de la procédure de consultation – ainsi que le projet élaboré par la Commission d'étude dans laquelle la Commission des banques était aussi représentée.

Contrairement à l'avant-projet, le projet renonce à la répression de la participation au blanchissage d'argent par négligence et propose, en contrepartie, la punissabilité du défaut de vigilance en matière d'opérations financières en tant que délit abstrait de mise en danger (art. 305ter). Selon cette disposition, sera puni de l'emprisonnement pour une année au plus, des arrêts ou de l'amende, celui qui, professionnellement, aura accepté, conservé, aidé à placer ou à transférer des valeurs patrimoniales d'un tiers et qui aura omis de vérifier, conformément à la vigilance requise par les circonstances, l'identité de l'ayant droit économique. Le devoir incombant aux banques de vérifier l'identité des cocontractants et des ayants droit économiques des fonds déposés – qui jusqu'à présent avait son fondement dans la condition d'autorisation de la garantie d'une activité irréprochable exigée par la loi sur les banques (art. 3 al. 2 let. c LB, cf. en particulier Rapport de gestion 1986 p. 124 ss) et dans la convention de caractère privé relative à l'obligation de diligence des banques (CDB, cf. ch. 3.1.3 p. 176) – sera expressément ancré dans le Code pénal et de ce fait renforcé. Dès lors, la question souvent posée de savoir s'il ne serait pas judicieux d'introduire dans la loi sur les banques les règles d'identification de la convention de diligence devient sans objet (Rapport de gestion 1988 p. 154). Il faut surtout relever le fait que la nouvelle disposition pénale ne s'applique pas exclusivement aux banques mais qu'elle englobe toutes les personnes qui exercent une activité

dans le secteur financier, telles que les fiduciaires, les conseillers en placement, les gérants de fortune, les agents de change (money changers), les marchands de métaux précieux et les avocats d'affaires. Par la nouvelle disposition pénale, les devoirs stricts d'identification en vigueur dans le secteur bancaire seront étendus à toutes les personnes actives sur la place financière suisse. Un contournement de ces devoirs au moyen d'instituts parabancaires non soumis à la surveillance est ainsi rendu plus difficile. De même, est réduite la distorsion concurrentielle existant entre les instituts financiers soumis à la surveillance et ceux qui ne le sont pas. Cependant, en règle générale, les autorités chargées de la poursuite pénale ne peuvent intervenir qu'en cas de soupçon d'une violation déjà commise de la norme pénale. De surcroît, contrairement à la surveillance administrative, elles n'exercent aucun contrôle préventif d'ensemble. Dès lors, l'imposition du devoir d'identification des instituts financiers non soumis à la surveillance de l'autorité administrative dépendra fondamentalement de l'efficacité de l'autorégulation et de l'effet dissuasif qu'auront les procédures pénales engagées. Le droit pénal seul ne saurait remplacer une surveillance globale du marché financier.

L'avantage de l'art. 305ter du projet, par rapport à une norme pénale réprimant également le blanchissage d'argent par négligence, consiste dans le fait que la violation du devoir d'identification représente déjà en soit un délit, sans qu'il soit nécessaire de prouver que, dans le cas d'espèce, les fonds proviennent d'un crime ou ont une origine délictuelle quelconque. La renonciation à la répression du blanchissage d'argent commis par négligence – qui avait été recommandée par l'expert Paolo Bernasconi ainsi que par la majorité de la Commission d'étude instituée par le Conseil fédéral – ne change rien au devoir des banques, issu de l'exigence légale d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB), d'examiner avec une diligence raisonnable compte tenu des circonstances si les fonds offerts ou confiés proviennent d'un crime ou sont destinés à la commission d'un crime. La vérification de l'identité ne représente qu'une condition nécessaire mais non suffisante pour pouvoir reconnaître la provenance criminelle des fonds. Cet examen n'est pas une fin en soi mais il est, au contraire, le point de départ d'autres considérations et d'éventuelles recherches supplémentaires qui sont d'ailleurs faites dans la pratique bancaire afin de diminuer le risque d'une utilisation abusive de la banque pour

des transactions illicites ou contraires aux moeurs. L'enquête menée par la Commission des banques dans l'affaire Libanon Connection a confirmé que les banques étaient allées avec raison, eu égard aux circonstances concrètes, au-delà de la simple vérification et documentation de l'identité des cocontractants et des ayants droit économiques. Il y a lieu de rappeler en outre la pratique de la Commission des banques confirmée par le Tribunal fédéral selon laquelle les banques ont l'obligation d'examiner l'arrière-plan économique et de se documenter lorsqu'il s'agit d'une transaction qui, notamment en raison de sa nature compliquée, inhabituelle ou importante permet de supposer un contenu illégal ou immoral (Rapport de gestion 1986 p. 124).

Sont pourtant encore ouvertes des questions se rapportant à la relation existant entre la future disposition pénale (art. 305ter) et les normes déontologiques de la CDB – en particulier en rapport avec la vérification de l'ayant droit économique représenté par des catégories professionnelles étrangères à la branche – et le sort du formulaire B.

Pour la notion «d'ayant droit économique», le message du Conseil fédéral concernant la législation sur le blanchissage d'argent et le défaut de vigilance en matière d'opérations financières renvoie en effet à la CDB. Selon le message, le juge pénal devra, lors de l'interprétation de la norme pénale, s'inspirer des règles de déontologie contenues dans la CDB et de la pratique de la Commission de surveillance. Le message indique aussi que la CDB contient notamment de précieuses règles de comportement à l'égard des sociétés de domicile et des personnes tenues à un secret professionnel. En même temps il souligne que le secret professionnel des avocats ne doit pas servir à entraver l'identification des clients d'une banque et créer ainsi une sorte de supersecret bancaire (Rapport de gestion 1988 p. 158 s.). On pourrait en conclure que l'art. 305ter n'exige, pour l'identification de l'ayant droit économique, rien de plus que ce qui est prévu dans la CDB et que partant il serait toujours permis à une banque de renoncer à connaître personnellement l'ayant droit économique si les conditions pour l'utilisation des formulaires B 1 et B 2 sont remplies. Le texte de l'art. 305ter exige toutefois que la détermination de l'ayant droit économique soit effectuée conformément à la vigilance requise par les circonstances. Dès lors, ne serait pas suffisante une délégation de ce devoir à des personnes étrangères à la branche, soumises

au secret professionnel, et qui ne sont connues par la banque qu'en leur qualité de cocontractant. De même, selon le but de la norme pénale qui veut empêcher que la place financière suisse soit utilisée abusivement pour le blanchissage d'argent, la renonciation de la part des banques, en tant qu'élément central de la place financière, à la connaissance de l'ayant droit économique, n'est guère soutenable. De surcroît, l'utilisation du formulaire B rend difficile la recherche de fonds de provenance délictuelle faite par les autorités pénales si seul le nom de l'ayant droit économique est connu mais qu'en revanche son compte ou le nom de son représentant soumis au secret professionnel ne le sont pas. Il ne peut être exigé de l'autorité pénale et des autorités d'entraide d'étendre la recherche à tous les souscripteurs de formulaires B. L'enquête statistique menée par la Commission des banques sur le formulaire B a malheureusement démontré que le but visé par le changement apporté à la CDB en 1987, soit une diminution importante des ayants droit économiques rendus anonymes par l'utilisation du formulaire B, n'a pas été entièrement atteint. Partant, les règles de déontologie en vigueur s'y rapportant doivent être en tout cas soumises à un examen critique (cf. ch. 3.1.3 p. 176 ss).

Est aussi ouverte la question de savoir s'il y a lieu de maintenir la CDB dans sa forme actuelle de convention de l'Association suisse des banquiers avec des sanctions d'ordre privé et sa propre Commission de surveillance, ou de la transformer en une simple directive sans peines conventionnelles afin d'éviter un cumul avec des procédures pénales pour violation de l'art. 305ter. L'art. 305ter suppose cependant l'existence de règles de déontologie permettant aux autorités pénales d'interpréter le devoir d'identification et que ces règles continuent à être développées par les organisations professionnelles concernées. Pour cette raison déjà, la Commission de surveillance organisée par l'Association suisse des banquiers devrait être maintenue. De surcroît, une suppression générale des sanctions édictées par la CDB aurait pour fâcheuse conséquence que la violation des autres devoirs exprimés par la CDB (interdiction de l'assistance active en matière de fuite de capitaux; interdiction de l'assistance active en matière de fraude fiscale et d'actes analogues au moyen d'attestations incomplètes ou pouvant induire en erreur) ne serait plus punie par une peine conventionnelle, bien qu'elle ne constitue pas une violation de l'art. 305ter. Même en cas de violation du devoir d'identification, la peine

conventionnelle prévue par la CDB n'apparaît pas superflue malgré l'introduction de l'art. 305ter car elle touche la banque en tant que personne morale, tandis que les dispositions pénales ne s'appliquent qu'aux personnes physiques. Dans le cadre de la révision de la partie générale du Code pénal, le souhait exprimé depuis des années par la Commission des banques quant à une application des normes pénales aussi aux personnes morales et aux entreprises (Rapports de gestion 1983 p. 8, 1988 p. 155 s.) est heureusement examiné aujourd'hui. Jusqu'à sa réalisation, la peine conventionnelle de la CDB garde cependant une fonction utile. Du fait que la Commission organisée par l'Association suisse des banquiers transmet ses décisions à l'autorité administrative, son activité a également une importance du point de vue de la surveillance des banques. La Commission des banques examine en effet la nécessité de prendre d'éventuelles sanctions en relation avec la garantie d'une activité irréprochable.

Par la nouvelle législation pénale en matière de blanchissage d'argent, la réputation de la Suisse au niveau international sera renforcée. La Suisse collabore aussi activement au sein de la Commission d'experts mise en place par les Chefs d'Etats des pays du groupe des sept à l'occasion de la rencontre au sommet de juillet 1989 à Paris (Financial Action Task Force on Money Laundering) dont font partie les représentants de quinze Etats ainsi que de la Communauté européenne. Le chef de la délégation suisse, nommé par le Département fédéral des finances, est le directeur-adjoint du Secrétariat de la Commission des banques. Jusqu'au mois d'avril 1990, cette Commission d'experts élaborera en particulier des recommandations à l'attention des gouvernements des pays représentés en vue d'établir des mesures contre l'utilisation abusive du système financier pour blanchir des fonds de provenance délictuelle – en premier lieu du commerce de la drogue – ainsi qu'en vue d'améliorer la collaboration internationale. La transposition dans la législation suisse de ces recommandations, dont plusieurs parties sont calquées sur les règles suisses de déontologie et sur notre pratique issue de la surveillance bancaire, occupera aussi la Commission des banques.

3.1.3 Convention de diligence 1987

La nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques du 1er juillet 1987 – entrée en vigueur le 1er octobre 1987

signée par l'Association suisse des banquiers d'une part et les banques d'autre part (CDB 87) – limite considérablement, comparative-ment aux précédentes conventions de diligence (CDB 77 et CDB 82), les exceptions au devoir des banques d'identifier les ayants droit économiques des fonds confiés à la banque lorsque ceux-ci sont représentés par d'autres groupes professionnels. Une banque peut renoncer, selon la définition plus restrictive des formulaires B 1 et B 2, à l'identification de l'ayant droit économique des fonds confiés à la banque lorsque celui-ci est en premier lieu client d'un autre groupe professionnel auquel il demande des prestations de services spécifiques, soit d'une part les avocats ou notaires suisses ou, d'autre part, les membres d'un groupement affilié à la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables agissant pour leur propre compte. Sur la base des dispositions transitoires de la CDB 87, les banques devaient inscrire dans leur dossier jusqu'au 30 septembre 1988 l'identité des ayants droit économiques qui leur était connus de facto et, pour les autres cas, remplacer jusqu'au 31 mars 1989 les anciens formulaires B par de nouveaux formulaires A (en indiquant l'ayant droit économique) ou B 1/B 2. Cette nouvelle réglementation avait pour but de réduire sensiblement le nombre des relations d'affaires où la banque ne connaît pas l'identité de l'ayant droit économique (cf. Rapport de gestion 1987 p. 151 ss).

Par une enquête statistique effectuée auprès de toutes les banques, à l'exception des banques et caisses Raiffeisen, la Commission des banques a recensé les formulaires B délivrés sous les anciennes conventions de diligence et la nouvelle CDB 87. L'enquête avait premièrement pour but de mettre en évidence l'ampleur des relations d'affaires anonymes dues à l'interposition d'avocats et de fiduciaires et, deuxièmement, d'examiner si les objectifs visés par la nouvelle convention avaient été atteints. Par lettre circulaire du 20 décembre 1988, la Commission des banques invita les banques à annoncer jusqu'au 30 juin 1989 l'état des formulaires B à deux échéances déterminées en opérant une distinction selon l'origine des formulaires: d'un côté ceux provenant d'avocats et de notaires suisses et de l'autre ceux émanant des membres de groupements affiliés à la Chambre Fiduciaire. Les échéances suivantes avaient été retenues: le 30 septembre 1987 pour les formulaires B délivrés sous les anciennes conventions de diligence et le 31 mars 1989 (fin du délai transitoire) pour les for-

mulaires B 1 et B 2 délivrés sous la CDB 87. En outre, la Commission des banques a recensé le nombre d'anciens formulaires B qui n'avaient pas été remplacés par de nouveaux formulaires et pour lesquels la banque avait inscrit dans ses dossiers l'ayant droit économique qui lui était connu. Par contre, la Commission des banques a renoncé à déterminer le montant des fonds gérés au moyen de formulaires B, car cela aurait représenté un travail disproportionné pour les banques (cf. Rapport de gestion 1988 p. 156 ss).

L'examen des formules d'enquête retournées a permis de faire les constatations suivantes (une répartition par groupes de banques est donnée en annexe, p. 80):

- Juste avant l'entrée en vigueur de la nouvelle CDB 87, il existait, au 30 septembre 1987, 44 498 anciens formulaires B, dont 30 133 provenant d'avocats et de notaires suisses et 14 365 émanant de fiduciaires et gérants de fortune. Au 31 mars 1989, il y avait encore 11 743 anciens formulaires B pour lesquels la banque a inscrit dans ses dossiers l'ayant droit économique (avocats et notaires 8625; fiduciaires et gérants de fortune 3118). Partant du principe que ces ayants droit économiques étaient déjà connus par la banque avant l'entrée en vigueur de la CDB 87, seules environ 33 000 relations d'affaires étaient réellement anonymes. A la rigueur, il faudrait encore y ajouter le nombre non-recensé de clients avec formulaire B qui, depuis l'entrée en vigueur de la CDB 87, ont rompu leurs relations d'affaires avec les banques suisses.
- Au 31 mars 1989, ont été recensés 30 344 formulaires B selon la CDB 87, dont 18 697 formulaires B 1 et 11 647 formulaires B 2. Considérée dans son ensemble, la diminution de formulaires B, par rapport aux anciennes CDB est de 14 154 unités, soit 31,8%. Cependant, si on prend en considération le nombre des ayants droit économiques connus avant l'entrée en vigueur de la nouvelle CDB et qui ont été inscrits dans les dossiers de la banque, la régression des relations d'affaires anonymes n'atteint pas même les 3000 unités et partant doit être considérée comme très faible.
- Conformément aux expectatives, la version plus restrictive du formulaire B 1 a fait en sorte que son nombre régresse d'une façon plus forte que celui des formulaires B 2. Le transfert de la clientèle

ayant besoin de discrétion des avocats aux fiduciaires – que l'on pouvait initialement craindre – n'a pas eu lieu. Contrairement à ce qui était prévu, la diminution chez les avocats n'atteint cependant pas les proportions envisagées, surtout si l'on déduit le nombre des ayants droit économiques de facto déjà connus.

Dans l'ensemble, il y a lieu de constater que le but recherché – soit une importante diminution des relations d'affaires anonymes dues aux formulaires B – n'a pas été atteint dans la mesure espérée. En particulier, il faut relever qu'auprès de quelques banques le nombre de formulaires B selon la nouvelle CDB 87, par rapport à l'état des formulaires recensés au 30 septembre 1987, s'est même accru d'une façon prononcée. Dans certains cas, ce fait s'explique par l'introduction de l'activité de gérance de fortune. D'autres banques attribuent cette augmentation au fait qu'elles auraient noué de nombreuses nouvelles relations d'affaires ou qu'elles auraient désormais exigé un formulaire B pour tous les comptes qui autrefois étaient couverts par un seul formulaire B. Dans d'autres cas encore, les banques invoquent le fait qu'à l'occasion de vérifications systématiques, des dossiers de clients datant d'avant les premières conventions de diligence ont été mis à jour et pourvus du formulaire B. Avec une enquête statistique générale, il n'est cependant pas possible de déterminer avec satisfaction les raisons pour lesquelles les formulaires, spécialement B 1, ont regressé de manière relativement modeste. La Commission des banques, avec le concours des sociétés de revision, devra à ce sujet rechercher des éclaircissements auprès des banques. Les banques peuvent certes partir du principe que les formulaires B sont remplis d'une façon véridique par des personnes appartenant à des catégories professionnelles étrangères à la branche. Cela ne décharge cependant pas la banque du devoir d'examiner d'une façon critique la vraisemblance des déclarations fournies en raison des relations d'affaires en cours et d'entreprendre des investigations s'il existe des indices d'un emploi abusif du formulaire B. Constitue en particulier un motif d'une attention accrue le fait qu'une personne soumise au secret professionnel entretient auprès de la banque un nombre considérable de relations d'affaires au moyen de formulaires B ou qu'il s'agit d'un compte très important. En cas de violation, la Commission des banques examine la nécessité de prendre des mesures administratives.

3.1.4 **Gains illégaux résultant d'une application illicite des cours (Kursschnitte)**

En 1988, la société de revision de l'une des banques admises à la corbeille de la bourse de Zurich avait remis à la Commission des banques, en complément au rapport de revision ordinaire, un rapport spécial relatif aux applications illicites des cours (Kursschnitte). Le reviseur résumait les résultats d'une enquête portant sur des transactions de bourse qu'il qualifiait de non correctes et arrivait à la conclusion que des gains illégaux avaient été obtenus. Lors de l'exécution de mandats de clients, la banque – concluant avec elle-même sur le compte nostro – avait partiellement omis d'indiquer d'une part sur les fiches du crieur le caractère nostro des opérations et, d'autre part, l'heure sur les décomptes de bourse. La société de revision reprochait à la banque d'avoir décompté au client un cours différent de celui obtenu ou traité sans avoir pris à sa charge un risque propre de cours.

L'enquête menée par la Commission des banques a confirmé les insuffisances de la documentation constatées par la société de revision. Des gains illégaux au détriment des clients n'ont cependant pas pu être prouvés. En se fondant sur des décomptes de bourse déterminés, la banque a démontré que, dans les cas retenus par la société de revision, elle avait pris à sa charge les risques de cours. De plus, il a été constaté que la banque en traitant sur des positions propres avait également subi des pertes. La Commission des banques a blâmé la banque pour les lacunes concernant la documentation du compte nostro.

Les banques qui sont directement actives à la corbeille de la bourse doivent tenir compte des principes suivants (cf. également Rapports de gestion 1986 p. 129 s., 1987 p. 159 s. et Bulletin CFB 18 p. 16 ss):

- Lors d'une conclusion avec soi-même selon l'art. 436 CO (Selbsteintritt), il est permis d'exécuter sur ses propres avoirs des ordres reçus par des clients.
- En cas d'ordres d'achat, il est autorisé de vendre au client le titre demandé à découvert (nostro-short position).

- Dans ces cas de conclusion avec soi-même au sens propre (en opposition avec celle plutôt technique qui se limite à ne pas désigner le contractant à la corbeille, cf. art. 437 CO), la banque se déclare vendeur ou acheteur (art. 436 al. 3 CO) et assume le risque de cours.
- Pour la fixation du prix, la banque est obligée de décompter le prix d'après le cours de la bourse au moment de l'exécution de l'ordre (art. 436 al. 2 CO).
- Afin de pouvoir suivre la conclusion d'une transaction avec soi-même et en particulier la reprise du risque de cours, l'indication sur la fiche du crieur du caractère nostro de l'opération revêt une grande importance. Pour la fixation des cours à décompter aux clients, la documentation du moment de la conclusion de la transaction avec soi-même, au moyen de l'indication de l'heure sur le décompte de bourse du compte nostro revêt également une importance considérable.
- L'activité fébrile de la bourse et la pression du temps ne sont pas des motifs qui permettent de négliger ce devoir d'indication.
- Les mandats provenant du département de gérance de fortune de la banque doivent être traités par le département de bourse de même manière que les autres mandats des clients. Une claire séparation au niveau de l'organisation et du personnel entre les deux départements est partant nécessaire. Si cette séparation n'existe pas, les mandats relevant de contrats de gérance de fortune doivent être exécutés directement à la corbeille et ne peuvent pas passer par le compte nostro afin d'éviter des conflits d'intérêts (cf. Rapport de gestion 1986 p. 129 s.).

3.1.5 Bourses

Groupe de travail «Mini-Crash» 1989: Après la forte baisse survenue aux bourses suisses le 16 octobre 1989, le Chef du Département fédéral des finances a chargé la Commission des banques d'enquêter sur les circonstances du Mini-Crash (art. 13 al. 3 RO-CFB). La Commission des banques a institué un groupe de travail (sous la direction du Prof. Nobel, membre de la Commission des banques) pour enquêter sur les faits survenus à la bourse de Zurich les 13, 16

et 17 octobre 1989 et examiner une quarantaine de titres représentatifs traités par toutes les banques admises à la corbeille. Il devra également questionner de manière approfondie des experts de la bourse sur les événements survenus le 16 octobre 1989.

Groupe d'étude sur les bourses: Dans le groupe d'étude sur les bourses institué par le Département des finances, la Commission des banques était représentée par un de ses membres. Le groupe d'étude a procédé à une enquête minutieuse et a, entre-temps, déposé son rapport.

3.2 Risques-pays

Les problèmes de l'endettement international n'ont toujours pas été résolus en 1989. La situation des pays les plus endettés s'est au contraire plutôt aggravée. Malgré une croissance économique qui se chiffrait encore à 0,4% pour 1989, ces pays ont vu s'accroître leur inflation. Les indices de l'endettement laissent même présager des perspectives plus sombres qu'au début des années 80. Afin de réactiver le processus de désendettement, le ministre américain des finances, M. Brady, a proposé en mars un concept visant à résoudre sur le plan international la crise de l'endettement. Le principe de cette nouvelle stratégie consiste à réduire les dettes à un niveau supportable tout en respectant les principes reconnus dans le marché, du libre choix ou toutes tentatives allant dans ce sens. Par la diminution des dettes et par l'assurance financière du remboursement du capital et du service de la dette, la valeur résiduelle des engagements s'en trouve améliorée. L'exonération des dettes doit aussi amener les pays débiteurs à développer une politique économique plus responsable. Une série de pays traite d'ores et déjà le problème de l'endettement dans l'esprit de cette nouvelle stratégie.

Eu égard à cette situation, la Commission des banques n'a retenu aucun motif de s'écarter de la pratique constante qu'elle mène depuis plusieurs années et qui consiste à exiger des provisions forfaitaires pour tous les engagements domiciliés dans des pays confrontés à des difficultés (cf. Rapports de gestion 1981 p. 24 ss, 1982 p. 33 ss, 1983 p. 18 ss, 1984 p. 25, 1985 p. 18, 1986 p. 137 s, 1987 p. 161 s, 1988 p. 160 s).

Au 31 décembre 1989, les taux des provisions requises s'élevaient à:

- 50% sur toutes les créances ordinaires, à l'exception des engagements commerciaux à court terme et
- 10% pour les engagements commerciaux à court terme d'une durée maximale de 360 jours.

Compte tenu de cette augmentation significative des taux des provisions requises par rapport à l'année précédente, la Commission des banques a décidé de se renseigner, au début de 1990, auprès d'un nombre représentatif de banques, des effets de cette augmentation des taux. La Commission des banques examinera au cours du premier semestre 1990, en fonction de l'évolution de la crise de l'endettement international, s'il y a lieu de décider une augmentation du taux des provisions requises. Une solution ne sera possible que par une réglementation internationale des dettes. Eu égard à l'ampleur des dettes, une action isolée des banques suisses dans le sens d'une renonciation unilatérale aux créances resterait sans effet. Néanmoins, il est attendu des banques suisses qu'elles appuyent activement et sans restrictions tous les efforts internationaux dans cette direction.

3.3 Banques en mains étrangères

3.3.1 Réciprocité

Une banque organisée selon le droit suisse mais qui est en mains étrangères n'est autorisée à exercer son activité que si la réciprocité est garantie par les Etats où les personnes physiques ou morales, qui exercent sur elle directement ou indirectement une influence notable, ont leur domicile ou leur siège (art. 3bis al. 1 let. a LB). La réciprocité est garantie par un Etat étranger si des banques suisses ont de réelles possibilités d'y fonder et d'y exploiter, sous n'importe quelle forme, un établissement bancaire stable et d'y exercer en fait et en droit une activité suffisamment complète et lucrative.

A la suite de l'extension du champ d'application de la loi sur les banques (cf. ch. 1.1 p. 161), les sociétés financières étrangères nouvellement soumises à la loi devront aussi remplir la condition de réciprocité.

3.3.2 Japon

En ce qui concerne la réciprocité avec le Japon, il y a lieu de se rapporter aux réserves déjà émises les années précédentes par la Commission des banques (cf. Rapports de gestion 1988 p. 162; 1987 p. 174; 1986 p. 131 ss). Malgré plusieurs efforts remarquables de libéralisation, les possibilités d'activité des banques étrangères au Japon restent encore considérablement limitées, notamment si l'on considère qu'en Suisse les banques japonaises peuvent développer leurs affaires sans entraves juridiques ou administratives. Compte tenu des restrictions qualitatives existant au Japon, la réciprocité par ce pays n'est pas garantie de manière générale. Elle ne peut être examinée que de cas en cas en tenant compte des circonstances concrètes et des améliorations obtenues quant aux possibilités d'activité ouvertes aux banques suisses.

En raison de la modification de l'ordonnance sur les banques relative à l'extension du champ d'application de la loi sur les banques (cf. ch. 1.1 p. 159), les entretiens avec les autorités japonaises compétentes ont été temporairement suspendus. Vu qu'un certain nombre de maisons d'émission et d'autres sociétés financières japonaises tomberont sous le coup de ces nouvelles dispositions, la question de la réciprocité pour ces différents instituts devra être examinée au regard de la pratique souple en vigueur.

3.3.3 Liste des Etats garantissant la réciprocité

Aujourd'hui, la réciprocité est garantie par les pays suivants, parfois avec des restrictions pour certains d'entre eux: l'Autriche, la Belgique, le Canada, le Danemark, l'Espagne, pour les Etats-Unis: l'Etat de Californie, du Colorado, du Connecticut, de Floride, de l'Illinois, de l'Indiana, du Massachusetts, de New York, d'Ohio, du Texas et du Wisconsin, la Finlande, la France, la Grande-Bretagne, Hongkong, Israël, l'Italie, le Japon, le Luxembourg, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, les Pays-Bas, la République Fédérale d'Allemagne et la Suède.

3.3.4 Acceptation de fonds en dépôt en Suisse par des banques étrangères

L'acceptation de fonds en dépôt en Suisse par des banques étrangères a été réglée lors de la révision de l'Ordonnance du

22 mars 1984 sur les banques étrangères en Suisse (OBE). Outre la précision relative aux conditions d'autorisation selon lesquelles la banque doit être soumise dans son pays à une surveillance appropriée et que sa publicité doit faire clairement comprendre aux clients qu'ils déposent leur argent auprès d'une banque domiciliée à l'étranger ne relevant pas de la surveillance bancaire suisse, différents autres points avaient été révisés par rapport à l'ancienne ordonnance du 14 septembre 1973. Ainsi, l'art. 17 al. 4 OBE autorise l'acceptation de fonds provenant de personnes qui séjournent en Suisse et qui sont des ressortissants du pays dans lequel la banque a son siège. Sans doute, cette disposition permet à la Commission des banques de prévoir des restrictions, par exemple pour des établissements généralement inconnus en Suisse. Le fondement de cette norme discrétionnaire ne réside pas dans le fait que les ressortissants du pays de la banque requérante sont moins dignes de protection que les Suisses ou que les clients de pays tiers, mais dans le fait qu'ils ont des relations privilégiées avec leur pays d'origine et ont, par là, une meilleure connaissance de «leur» banque que des tiers. Mais en réalité, la Commission des banques n'a jusqu'ici jamais imposé de limitations particulières à une demande d'autorisation en se fondant sur l'art. 17 al. 4 OBE.

La Commission des banques s'est occupée de cette problématique lors du traitement d'une requête. La requérante, une banque espagnole, à laquelle une autorisation d'accepter des fonds en dépôt de la part de ressortissants espagnols avait déjà été octroyée, a demandé l'élargissement de l'autorisation par la suppression de l'exigence de la nationalité espagnole de ses clients. Elle prétendait compter dans le cadre de son activité et de sa présence internationale hors d'Espagne une clientèle très nombreuse de ressortissants de pays tiers. L'élargissement requis devait lui permettre de proposer ses services, dans le cadre de l'acceptation des fonds de personnes de toutes nationalités domiciliées en Suisse, à tous ceux qui faisaient déjà partie de sa clientèle. La Commission des banques a admis la requête dans le sens d'une autorisation d'accepter des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse à l'ensemble de la clientèle déjà existante de la banque espagnole, à savoir les personnes qui avaient noué des relations avec la banque en Espagne.

Pour se tenir au courant du développement et de l'importance de l'acceptation de fonds en dépôt en Suisse par des banques étrangè-

res, la Commission des banques a réalisé un sondage. Depuis 1978, 22 banques d'Italie, de Yougoslavie, du Portugal, d'Espagne et de Turquie ont été autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds auprès d'un intermédiaire en Suisse. La somme des fonds reçus s'élevait en 1987 à environ frs. 550 mio., en 1988, le montant avait atteint, notamment grâce à de nouvelles autorisations, un ordre de grandeur de frs. 650 mio. Comme l'indique la liste des pays représentés, ces montants sont en général des fonds de travailleurs étrangers en Suisse qui envoient, en principe, leurs économies à leurs familles dans leur pays d'origine. La majorité de ces banques détient en même temps une représentation en Suisse. A côté de leur véritable activité de représentants, elles offrent ainsi aux ressortissants de leur pays des services qui permettent à ceux-ci de pouvoir entreprendre des versements d'une manière efficace et simple.

3.4 Surveillance des groupes

3.4.1 Surveillance consolidée des sociétés holdings et groupes bancaires

Depuis plus de dix ans, la Commission des banques, en conformité avec la tendance existant sur le plan international, renforce la surveillance consolidée des banques qui sont placées dans des structures de groupes toujours plus complexes. Elle peut à cet effet édicter des circulaires adressées aux banques et prendre des décisions dans des cas particuliers (cf. Rapport de gestion 1987, p. 175 ss).

La décision dans l'affaire Crédit Suisse / CS Holding (cf. ch. 3.4.2 p. 187) poursuit cette pratique. Aussitôt que le Tribunal fédéral aura rendu son arrêt, la procédure de consultation relative au projet de la «Circulaire sur la surveillance consolidée des groupes bancaires» pourra être ouverte. La circulaire qui a été élaborée à cet effet définit d'une part les différentes catégories de filiales de groupes bancaires nationaux et internationaux. D'autre part, elle règle le traitement de la surveillance sur le plan juridique, le périmètre de consolidation, les méthodes de consolidation, le traitement des participations minoritaires ainsi que l'étendue de la surveillance consolidée. Elle normalise enfin le vaste domaine de la surveillance des sociétés holdings bancaires.

3.4.2 **CS Holding**

Comme la banque l'a rendu public, le groupe du Crédit Suisse (CS) a subi au début de l'année 1989 une restructuration importante. Le Crédit Suisse, dont les actions étaient largement réparties dans le public, est devenu la participation la plus importante de son ancienne société soeur «CS Holding» dont les actions sont désormais réparties dans le public. Au côté du CS les autres participations sont le CS First Boston, Fides, Electrowatt et comme membre le plus récent du groupe CS, la société d'assurances CS Life, créée en novembre 1989.

Déjà en 1982 (Rapport de gestion 1983 p. 23), lors de la création du CS Holding et du transfert de certaines participations du CS au CS Holding, la Commission des banques et le CS ont eu des vues différentes s'agissant des fonds propres consolidés du groupe CS. Le CS s'était finalement déclaré prêt, sans reconnaître l'existence d'une obligation légale, à consolider pour le calcul des fonds propres la société soeur qui lui était proche (CS Holding) et les participations bancaires et financières détenues par cette dernière (Financière Crédit Suisse – First Boston).

Compte tenu de la structure nouvelle du groupe, le CS est d'avis que la Commission des banques ne peut pas exiger une consolidation au niveau de la société faitière, parce que le CS Holding n'est pas assujéti à la loi sur les banques. Selon la banque, le cercle des sociétés bancaires et financières à prendre en considération selon l'art. 12 al. 2 OB dans la consolidation du CS devrait être limité à ses propres participations. Il manquerait une base légale, et partant aussi une nécessité d'exercer une surveillance légale, pour inclure, dans la consolidation d'une banque, des sociétés soeurs et ses participations, en particulier le groupe CS First Boston.

Sur la base de l'art. 4 al. 3 LB, la Commission des banques a exigé le 1er septembre 1989 du CS un renforcement des fonds propres, cela dans la mesure où le groupe CS Holding ne disposerait pas de fonds propres conformément aux prescriptions de l'ordonnance sur les banques. Elle considère en général qu'une surveillance limitée sur une banque et sur les sociétés qu'elle domine est insuffisante si d'autres sociétés bancaires ou financières au sein du groupe entier – représentant des risques supplémentaires possibles pour la banque – ne sont pas prises en considération. Dans sa décision, la Commis-

sion des banques a laissé ouverte la question de savoir si ces exigences en matière de fonds propres consolidés pour le groupe CS pouvaient déjà être basées sur l'art. 12 al. 2 OB. Les circonstances qui, dans un cas classique de groupe bancaire, justifient une consolidation des sociétés dominées par la banque sont également réunies dans le cas du groupe CS Holding. En particulier le CS a une obligation de soutien *de fait* pour le groupe CS First Boston, compte tenu des nombreuses relations existant à tous égards entre ces deux entités du groupe. Il n'est pas nécessaire à cet effet que le CS détienne une participation dans le CS First Boston. Certes, le CS n'est pas légalement tenu d'apporter une aide à CS First Boston en cas de difficultés de celui-ci. Il est toutefois pratiquement amené à apporter ce soutien, dans son propre intérêt. C'est pourquoi la décision emploie l'expression de «nécessité d'assistance» (faktischer Beistandszwang). Dans le groupe du CS Holding, la responsabilité primaire de soutenir les sociétés soeurs du CS appartient au CS Holding. Le CS n'a donc le devoir de réserver des fonds propres pour le CS First Boston que dans le cas où le groupe CS Holding ne dispose pas suffisamment de fonds propres de manière consolidée. Le fait de requérir des fonds propres pour les participations non bancaires du CS Holding n'est pas une conséquence de la nécessité d'assistance; cela évite simplement d'altérer les exigences de fonds propres au niveau du groupe CS Holding.

Le recours du droit administratif interjeté contre cette décision est encore pendant.

3.4.3 Surveillance consolidée sur les Investment Banks

Ainsi que cela a déjà été relevé à plusieurs reprises (cf. Rapports de gestion 1984 p. 33 ss, 1987 p. 48 s.), la Commission des banques exige (en accord avec les principes émis dans le «Concordat de Bâle» par le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire) de la filiale suisse d'un groupe bancaire étranger une attestation selon laquelle l'autorité de surveillance étrangère de la banque-mère exerce une surveillance consolidée incluant la filiale. L'existence effective d'une telle surveillance consolidée est pour la Commission des banques une condition d'autorisation au sens de l'art. 3 al. 2 let. c LB, condition qui doit être remplie en tout temps (cf. Bulletin CFB 17, p. 28 ss). Compte

tenu de cette pratique, il est logique qu'une surveillance consolidée soit aussi exigée des groupes financiers qui sont dirigés par des sociétés holdings.

Dans ce contexte, la requête d'une société financière dominée par des américains, afin d'obtenir l'autorisation d'exercer une activité bancaire a soulevé quelques problèmes. Le droit américain connaît le système de la séparation des banques qui distingue le «Commercial Banking» (crédit commercial) du «Investment Banking» (commerce de papiers-valeurs). Le groupe financier concerné, dont la société-mère est une holding non bancaire, s'occupe surtout de commerce de papiers-valeurs et de gestion de fortune, donc une activité d'«Investment Bank» qui n'est pas soumise à la surveillance bancaire américaine. Par contre, certains éléments du groupe sont enregistrés comme «Broker-Dealer» par la «Securities and Exchange Commission (SEC)», soumis dans leur activité à la surveillance de cette dernière. La question qui s'est posée était de savoir si le groupe en tant que tel était contrôlé d'une manière appropriée. Après avoir examiné les possibilités effectives en droit et en fait de la surveillance exercée par la SEC, il est apparu qu'elle était insuffisante, comparée au standard exigé dans le domaine bancaire par le «Concordat de Bâle».

Se référant aux principes susmentionnés, la Commission des banques a exigé dans le cas d'espèce que, par des conditions supplémentaires, on s'approche le plus possible du but d'une surveillance consolidée du groupe financier américain aux Etats-Unis. Elle a ainsi exigé que le groupe assure une surveillance consolidée sur le plan interne et qu'il transmette pour examen à la SEC de manière spontanée des chiffres clefs consolidés (bilan, compte de résultat, liquidités, positions à risques). En Suisse, l'organe de revision agréé devra, dans son rapport de revision annuel, commenter de manière spéciale et détaillée l'importance des liens commerciaux entre la nouvelle banque et le groupe. Enfin, la nouvelle banque ne pourra pas introduire dans son bilan ses engagements et créances contre d'autres sociétés étrangères (brokers) du groupe comme des engagements et créances bancaires, aussi longtemps qu'elle ne pourra pas prouver que ces sociétés sont soumises à une surveillance bancaire équivalente, ainsi que l'exige la pratique de la Commission des banques (cf. Bulletin CFB 10 p. 29; Rapport de gestion 1988 p. 167).

La question de principe ici en cause ne peut cependant pas seulement être réglée par une seule décision de ce genre. Il faudra bien plutôt le faire dans le cadre de la réglementation du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire.

3.5 Clarté et sincérité du bilan

3.5.1 Comptes de résultats consolidés

Aux termes de l'art. 12 al. 2 OB, les banques doivent établir un bilan consolidé des sociétés exerçant une activité bancaire ou financière et des sociétés immobilières qu'elles dominent directement ou indirectement. Elles doivent disposer des fonds propres exigés aussi bien sur la base de leur propre bilan que sur celle de leur bilan consolidé. Par ces documents, la Commission des banques n'obtient cependant pas un aperçu suffisant de la situation financière du groupe bancaire. Dans le but d'apprécier de manière plus approfondie les conséquences que pourraient avoir des résultats négatifs de filiales étrangères sur les comptes annuels du groupe, la Commission des banques a exigé, dès 1989 et à titre d'essai, en plus du bilan consolidé aussi un compte de résultats consolidé. Dès 1990, les sociétés de revision des banques concernées doivent examiner aussi le compte de résultats consolidé.

3.5.2 Comptabilisation de l'apport de l'actionnaire

A plusieurs reprises déjà, la Commission des banques s'est occupée de la comptabilisation de l'apport de l'actionnaire en couverture d'une perte d'exploitation (Bulletin CFB 5 p. 48 ss, Rapport de gestion CFB 1987 p. 162 – 165). En cours d'année, le Tribunal fédéral, dans un arrêt publié aux ATF 115 Ib 55 ss a donné raison sur le fond à la Commission des banques s'agissant de l'appréciation du risque de perte sur une créance. Faute de documents suffisants (art. 9 al. 3 OB) et à défaut d'éléments objectifs sur la situation du débiteur à faire face à ses obligations et si les circonstances postérieures à la date de clôture du bilan ne modifient pas l'appréciation du risque, le risque de perte demeure entier. Lorsqu'un risque de perte est admis sur une créance, une correction de valeur doit obligatoirement être enregis-

trée dans les comptes sous la forme d'une provision. Celle-ci influence le résultat de l'exercice et peut, le cas échéant, entraîner une perte susceptible d'entamer les fonds propres de la banque. Les exigences particulières de transparence imposées aux banques pour des motifs de protection du public par l'art. 6 LB requièrent que l'intervention de l'actionnaire garantissant des créances douteuses soit mentionnée clairement lors de la publication des comptes annuels.

En l'occurrence, les créances ont été tenues pour douteuses. Partant, une provision correspondant aux risques devait nécessairement apparaître dans les charges du compte de pertes et profits sous la rubrique «pertes, amortissements et provisions». Par voie de conséquence, le compte de pertes et profits devait également enregistrer une «perte nette» et non un «bénéfice net». Par ailleurs, l'apport de l'actionnaire doit être considéré comme «à fonds perdu» uniquement lorsque les fonds mis à disposition sont effectivement disponibles. En l'occurrence, le blocage de plusieurs millions de francs ordonné par l'actionnaire après le bouclage de l'exercice n'était pas formellement destiné à garantir les créances litigieuses mais devait servir au rétablissement des fonds propres de la banque. Enfin, le moment où naît l'obligation contractuelle d'effectuer une prestation complémentaire détermine l'exercice pour lequel cette prestation déploie des effets (étanchéité des périodes comptables).

Entre-temps, un recours avait été déposé également contre une décision de la Commission des banques par laquelle l'autorité de surveillance – conformément à la jurisprudence du Tribunal fédéral – ordonnait à la banque de corriger postérieurement certains chiffres comparatifs de l'exercice précédent en relation avec un apport de l'actionnaire intervenu en 1989.

3.6 Risques de compensation lors de placements fiduciaires

A la suite des deux retraits d'autorisation prononcés au cours de l'année 1989 (cf. ch. 3.11 p. 196), il est apparu que les banques auprès desquelles la banque suisse plaçait ses dépôts fiduciaires refinaient l'activité des deux banques concernées. Partant, lors de la demande de remboursement des placements, les banques correspondantes, également débitrices, ont invoqué la compensation. Les

clients fiduciaires n'ont dès lors pas pu être remboursés et risquent de voir leurs créances colloquées en 5ème classe dans la faillite de la banque fiduciaire.

Sauf indication précise de la part du client, la banque est libre, dans le cadre du mandat donné, de choisir elle-même la sorte de placement fiduciaire et le débiteur. Elle doit toutefois veiller à la situation et aux intérêts de ses clients. En tant que mandataire diligent, elle doit donc éviter ce risque de compensation. Face à l'importance du problème, la Commission des banques examine actuellement les mesures prises par les banques pour prévenir et empêcher ce risque. Aux termes de l'art. 44 let. g OB (modification du 4 décembre 1989, en vigueur dès le 1er janvier 1990), l'organe de revision devra également, à l'avenir, prendre position sur l'adéquation de la protection du fiduciaire par rapport à ce risque de compensation.

3.7 Banques cantonales

3.7.1 Prêts subordonnés

La Commission des banques avait décidé en 1981 que les banques cantonales pouvaient prendre en compte comme fonds propres des prêts et des emprunts subordonnés, dont l'engagement est garanti par le canton, jusqu'à 10% des fonds propres exigibles selon l'art. 11 al. 1 let. g OB (cf. Rapport de gestion 1981 p. 36). Durant l'année sous revue, la Commission des banques est revenue sur cette décision. A l'avenir, elle n'admet plus la prise en compte comme fonds propres des prêts subordonnés des banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton. Ce changement de pratique a trouvé aussi sa conséquence dans la modification des prescriptions en matière de fonds propres de l'ordonnance sur les banques (cf. ch. 1.2 p. 161).

Un emprunt subordonné émis par une banque cantonale dont tous les engagements sont garantis par le canton, ne se distingue pas de l'emprunt ordinaire émis par une banque cantonale bénéficiant de la garantie de l'Etat. Du fait de cette garantie, la postposition n'est plus qu'une fiction. L'emprunt subordonné perd totalement son caractère

de capital risque, le créancier subordonné étant assuré d'être, dans tous les cas, entièrement remboursé. Il ne se justifie donc pas de continuer à admettre la prise en compte comme fonds propres de tels prêts et emprunts subordonnés garantis par l'Etat.

La décision concernant ce changement de pratique a été communiquée individuellement aux deux seules banques cantonales qui comptabilisaient encore dans leurs comptes annuels les prêts subordonnés comme fonds propres. L'une d'entre elles n'a pas accepté cette décision et a déposé un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral. Le recours est encore pendant.

3.7.2 **Organisation**

En matière d'établissement et d'organisation de leurs banques cantonales, les cantons sont en principe libres. Contrairement aux autres banques, ces banques n'ont pas besoin, pour commencer leur activité commerciale, d'obtenir une autorisation de la Commission des banques (art. 3 al. 4 LB). La responsabilité de l'organisation et de la conduite d'une banque cantonale est du ressort des autorités cantonales. Celles-ci doivent appliquer les lois et ordonnances cantonales correspondantes. En 1988, la Commission des banques constata dans plusieurs cas que la législation des banques cantonales n'était plus conforme aux circonstances actuelles. Elle est d'avis que les banques cantonales peuvent réagir d'une manière flexible aux changements de l'activité bancaire seulement si leurs lois et règlements sont adaptés rapidement aux changements rapides des marchés financiers. De vieilles prescriptions régissant l'activité vont souvent de pair avec une structure d'organisation dépassée. Si les prescriptions, les activités commerciales et les structures d'organisation divergent d'une manière importante, le risque d'un préjudice pour la banque est vraisemblable. La Commission des banques est en outre d'avis que les organes réagissent souvent trop tard et de manière insuffisante aux observations critiques des institutions de révision. Durant l'année sous revue, la Commission des banques a informé dans deux cas les autorités cantonales soit parce qu'elle était d'avis qu'un changement dans l'organisation d'une banque cantonale s'imposait, soit parce que les observations critiques de l'organe de révision n'avaient pas été suivies.

3.8 Organes de revision

3.8.1 Examen des conditions d'autorisation

A la différence des organes de contrôle prévus par le Code des obligations, les organes de revision bancaire ne doivent pas se limiter à vérifier la reddition des comptes mais ils doivent d'une manière plus générale s'assurer que les dispositions de la législation bancaire sont observées et que les conditions requises pour l'autorisation sont en tout temps respectées (art. 19 al. 1 LB, 44 let. a OB).

Aussi, la vérification de l'organe de revision revêt-elle dans ce domaine une importance toute particulière. En la matière, la marge d'appréciation laissée au reviseur est grande. La tâche de ce dernier ne se limite donc pas à mettre en évidence les défauts déjà existants; il doit repérer suffisamment tôt les imperfections qui comportent des risques. La loi l'oblige d'ailleurs à procéder avec toute la diligence requise d'un reviseur sérieux et qualifié (art. 20 al. 4 LB). La Commission des banques a l'obligation de dénoncer au Département fédéral des finances toute violation intentionnelle ou par négligence de ces prescriptions par un organe de revision (art. 23ter al. 4 et 46 al. 1 let. k LB). Sur le plan administratif, la violation grave de ces prescriptions par un organe de revision pourrait remettre en cause l'autorisation délivrée par l'autorité de surveillance.

Dans les deux cas de retrait d'autorisation prononcés cette année par la Commission des banques (cf. ch. 3.11 p. 196), le bilan d'entrée en liquidation présentait un surendettement important, alors que les rapports de revision précédents confirmaient que les engagements figurant au bilan étaient entièrement couverts par les actifs et que les fonds propres étaient intacts. La Commission des banques cherche actuellement à déterminer ce qui a engendré cette situation. Elle est aussi en train d'analyser l'activité des sociétés de revision.

3.8.2 Tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement

La Commission des banques a approuvé la revision partielle du tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement présentée par la Chambre Fiduciaire (RS 952.715). Le nou-

veau tarif est entré en vigueur le 1er janvier 1990 et il est applicable pour la revision des comptes annuels arrêtés au 31 décembre 1989 et ultérieurement. Les honoraires ont été indexés et correspondent comme jusqu'à présent aux tarifs des honoraires de la Chambre Fiduciaire.

3.9 Banques régionales

La Commission des banques a pu constater que toujours plus de banques régionales s'efforcent, à travers des associations ou quelques fois à travers la collaboration, d'améliorer leur compétitivité (cf. Rapport de gestion 1988 p. 46 ss).

La fusion de deux établissements financièrement sains en une «Neue Aargauer Bank» en est un exemple significatif. Il est réjouissant de constater que d'autres fusions sont en préparation. Elles permettent d'obtenir une diminution considérable des coûts, notamment sur le plan des investissements coûteux dans l'immobilier et l'informatique et elles entraînent une réduction sensible du personnel.

La Commission des banques salue et encourage tous les efforts pouvant amener à une rationalisation et à un renforcement de ce groupe de banques.

3.10 Caisses Raiffeisen

L'Union suisse des caisses Raiffeisen s'occupe depuis longtemps du concept de développement «Raiffeisen 2000», avec pour but une nouvelle délimitation du cadre de l'organisation Raiffeisen, la création de principes statutaires et réglementaires pour l'activité future de l'Union et l'élaboration des adaptations nécessaires du système Raiffeisen en vue de nouveaux développements. La Commission des banques a été largement informée par l'Union sur le nouveau concept et s'est penchée très attentivement sur les innovations projetées. Elle devra approuver en temps voulu les revisions correspondantes des statuts et règlements au niveau de l'Union et de chaque établissement. Enfin la Commission des banques salue l'effort de l'Union qui favorise, en lieu et place de fondations de nouvelles caisses, des

réunions entre les caisses existantes et l'élargissement de leur rayon d'activité.

3.11 Retraits d'autorisation

Aux termes de l'art. 23quinquies LB, la Commission des banques retire à la banque qui ne remplit plus les conditions requises ou qui viole gravement ses obligations légales l'autorisation d'exercer son activité. Les conditions du retrait de l'autorisation sont donc alternatives. Dans le courant de l'année sous revue, la Commission des banques a prononcé deux retraits d'autorisation à l'encontre de deux banques en mains étrangères.

Dans le cas de la Banque de Participations et de Placements SA, Lugano, l'autorité de surveillance avait déjà prononcé un premier retrait en 1982, décision qui avait été par la suite révoquée, car les nouveaux propriétaires de la banque avaient entrepris des améliorations sur le plan de l'organisation durant la procédure de recours devant le Tribunal fédéral. Le 31 janvier 1989, la Commission des banques a prononcé la fermeture de la banque avec effet immédiat, la situation étant devenue incontrôlable. De plus, l'état de liquidité de la banque-mère était devenu tellement précaire qu'elle s'est trouvée dans l'impossibilité de faire face à ses engagements. Préalablement, la suppression de nombreuses irrégularités au niveau de l'organisation avait été exigée, un observateur nommé et la banque menacée d'un retrait d'autorisation si elle ne satisfaisait pas dans le délai fixé aux exigences légales. Actuellement, cette décision est définitive et la procédure de sursis concordataire suit son cours au niveau cantonal.

Par décision du 27 avril 1989, compte tenu des nombreuses carences dans l'organisation interne auxquelles il n'avait pas été remédié avec satisfaction, particulièrement dans la principale activité de la banque à savoir celle des crédits, et consécutivement à la situation de surendettement apparu à la suite de plusieurs crédits en blanc accordés en violation des dispositions légales et usages bancaires en la matière, la Commission des banques a également retiré l'autorisation d'exercer une activité bancaire avec effet immédiat à Mebco Bank SA, Genève. Cette décision a fait l'objet d'un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral; celui-ci n'a pas encore rendu son arrêt.

3.12 Activité bancaire non autorisée

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a examiné à plusieurs reprises (cf. Rapport de gestion 1986 p. 120 ss, Bulletin CFB 16 p. 5 ss) si des sociétés financières ou de gérance de fortune exerçaient une activité soumise à une autorisation selon la loi sur les banques (pour les fonds de placement: cf. ci-dessous IV ch. 3.4). Elle l'a admis pour une Anstalt liechtensteinoise, Kingside Establishment, qui exerçait du moins dans une mesure importante une activité à Zurich. Par des intermédiaires, elle avait reçu en qualité de gérant de fortune d'importants fonds d'environ 1500 investisseurs, pour la plupart des allemands. Au début de l'année 1989, une société nouvellement constituée avec siège à Zurich, Adiuva Finanz, avait repris l'activité de l'Anstalt. En cette qualité, les deux sociétés ont reçu environ 100 mio. US-Dollar. Un rendement annuel de 36% avait été promis à certains clients. Pour leur part, les sociétés prenaient à leur charge d'éventuelles pertes sur le change. Les fonds des clients étaient rassemblés pour être gérés. La nature des investissements ne résultait pas des décomptes des avoirs des clients établis par la société elle-même.

Pour ces raisons, la Commission des banques est arrivée à la conclusion que les deux sociétés exerçaient en Suisse une activité bancaire au sens de la loi sur les banques (art. 1 al. 3 let. b LB). Dans la mesure où une autorisation ne pouvait plus être octroyée car la société ne remplissait pas les conditions légales, la Commission des banques a ordonné la liquidation de la société zurichoise et a désigné un liquidateur. La Commission des banques a également admis que la société liechtensteinoise avait une succursale en Suisse – du moins dans le sens de la surveillance bancaire – qui cependant n'avait pas été inscrite au Registre du commerce. De ce fait, la Commission des banques a aussi ordonné la liquidation, en faveur des investisseurs, de tous les biens saisissables de cette société se trouvant en Suisse. Au cours de la procédure, l'existence de fonds nécessaires pour couvrir les prétentions des investisseurs n'a pas pu être prouvée. De surcroît, certains indices ont laissé entendre qu'un des responsables avait utilisé des fonds de clients à des fins privées. Suite à une dénonciation pénale déposée par la Commission des banques conformément à l'art. 23ter al. 4 LB, les autorités pénales cantonales compétentes ont ouvert une procédure pénale.

4. Relations avec d'autres Autorités et des Associations

4.1 Autorités fédérales

Les deux modifications de l'ordonnance de la loi sur les banques portant d'une part sur l'extension du champ d'application de la loi sur les banques (cf. ch. 1.1 p. 159 et ss) et d'autre part sur les exigences en matière de fonds propres (cf. ch. 1.2 p. 161 et ss) ont été traitées en collaboration avec le Département fédéral des finances. La Commission des banques a également été invitée par le Département des finances à prendre position sur les questions émanant du Parlement.

La Commission des banques a orienté la section financière de la Commission de gestion du Conseil National ainsi que la Commission des finances de ce même Conseil sur ses devoirs et son activité.

La Commission des banques s'est également prononcée à l'attention du Département fédéral de l'Economie publique au sujet du rapport d'enquête de la Commission des cartels sur «les conventions en vigueur dans le domaine bancaire suisse». Elle a fait observer qu'il serait nécessaire de prendre également en considération l'intérêt des créanciers ainsi que les aspects relevant de la politique régionale et structurelle. Une concurrence marquée portant sur les prix pourrait déclencher en fin de comptes un processus de suppression qui aggraverait la situation des banques les plus faibles. C'est pourquoi la Commission des banques a recommandé – dans l'hypothèse où le Département fédéral de l'Economie publique accepte les propositions de la Commission des cartels – qu'il soit fait un usage large du «délai convenable», prévu par la Commission des cartels, pour la suppression des quatre conventions qui sont encore en discussion.

4.2 Banque Nationale Suisse

Lors de leurs deux séances annuelles, la Commission des banques a discuté avec le Directoire de la Banque Nationale Suisse notamment:

- des deux modifications de l'ordonnance de la loi sur les banques relatives aux exigences en matière de fonds propres et à l'extension du champ d'application de la loi sur les banques. Les discussions

ont en premier lieu porté sur le traitement légal dans le futur des sociétés financières soumises uniquement aux art. 7 et 8 LB;

- du rapport de la Commission des cartels sur «les conventions en vigueur dans le domaine bancaire suisse»;
- de la législation pénale en cours d'élaboration sur le blanchissage d'argent sale;
- du problème de l'endettement international.

4.3 Associations

Des délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont rencontrées à trois reprises pour discuter plus particulièrement des sujets suivants:

- l'importance du bénéfice réel des entreprises, du bénéfice distribué et publié dans les comptes annuels et, en relation très étroite avec ce qui précède, la constitution et la dissolution des réserves latentes;
- la constitution de fonds propres par les banques;
- la présentation et, le cas échéant, la publication de comptes de pertes et profits consolidés;
- la future réglementation du commerce professionnel des billets de banque (cf. ch. 3.1.1 p. 168);
- la révision de la loi sur les fonds de placement (cf. IV ch. 1 p. 211).

La Chambre Fiduciaire (Chambre suisse des experts-comptables, fiduciaires et fiscaux) a renouvelé sa commission technique de révision bancaire. Une intensification de la collaboration et une réorganisation de la conférence des institutions de révision (cf. ch. 4.4) ont été mises à l'étude.

4.4 Conférence des institutions de révision

Sur invitation du Secrétariat de la Commission des banques, la conférence annuelle des institutions de révision s'est tenue à Berne le 30 novembre 1989. Les principaux collaborateurs des 22 sociétés

et associations de revision agréées et les représentants des inspecteurs des banques cantonales et de la Chambre Fiduciaire ont été informés plus particulièrement sur les thèmes suivants:

- la revision de l'ordonnance de la loi sur les banques;
- les nouvelles circulaires;
- les enseignements à tirer des retraits d'autorisation.

5. Affaires internationales

5.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux (Comité Cooke) dans lequel la Commission des banques est représentée par le Directeur de son Secrétariat, s'intitule dorénavant «Comité de Bâle sur le contrôle bancaire». Il s'est réuni à quatre reprises et ses travaux ont porté principalement sur l'interprétation et la mise en vigueur du document intitulé «Convergence de la mesure et norme de fonds propres» (cf. Rapport de gestion 1988 p. 177). Il a approfondi ses travaux sur la question de savoir comment il convenait de pondérer et de prendre en considération les risques résultant des fluctuations des taux d'intérêt. Les rencontres avec les autorités de surveillance des bourses se sont poursuivies. Le Comité s'est par ailleurs occupé du risque résultant des cours de change ainsi que du risque que courent les banques dans le commerce des papiers-valeurs. Enfin, il s'est penché sur les conséquences relatives à la surveillance du Plan Brady visant à diminuer la crise internationale en matière de dettes et a entamé les premières démarches pour standardiser la délimitation des gros risques.

Le 12 décembre 1988, les gouverneurs des banques centrales du Groupe des dix ont adopté une déclaration de principe (Statement of Principles) élaborée par le Comité de Bâle sur la «Prévention de l'utilisation abusive du système bancaire pour le blanchiment de fonds d'origine criminelle» (cf. Rapports de gestion 1987 p. 182 et 1988 p. 180). Les règles déontologiques de gestion destinées aux banques ont trouvé depuis plusieurs années leur expression concrète dans la Convention relative à l'obligation de diligence des banques.

En collaboration avec la Banque Nationale, la Commission des banques a adressé cette déclaration de principe à toutes les banques en leur exposant qu'il était important qu'elles respectent intégralement la convention de diligence précitée.

5.2 Communauté Européenne

Le Conseil fédéral a chargé l'administration fédérale de procéder à une comparaison systématique du droit suisse et du droit des Communautés Européennes dans les domaines couverts par le Marché intérieur. Les principales différences dans le domaine bancaire sont exposées ci-dessous (pour les fonds de placements IV ch. 1 p. 211).

Etant donné le rôle primordial des banques dans la prestation des services financiers, le concept de la CE en matière de surveillance bancaire revêt une grande importance pour la création de «l'espace financier européen». Ce concept est basé sur la reconnaissance réciproque des prescriptions légales et administratives, c'est-à-dire une licence bancaire valable dans toute la Communauté d'une part et une surveillance approfondie de chaque banque de la Communauté par les autorités de son pays d'origine d'autre part. Cependant, ce système n'est capable de fonctionner que si des principes minima sont promulgués dans la législation bancaire conformément aux directives du Conseil des CE, notamment sur le plan de la surveillance, des fonds propres, de l'établissement des comptes, des grands risques, de l'assainissement et de la liquidation, des établissements hypothécaires et du système de garantie des dépôts. A cela s'ajoutent d'autres directives dans des domaines voisins comme les fonds de placement, la bourse, le commerce des papiers-valeurs, les crédits à la consommation et les impôts.

La première directive de coordination bancaire du 12 décembre 1977 ne contenait que quelques règles rudimentaires et définissait en particulier comme «établissement de crédit» toute entreprise pratiquant l'arbitrage d'intérêts, ce qui signifie que, depuis l'extension du champ d'application de la LB, la notion suisse de banque est plus large que celle de la Communauté. La législation européenne en matière bancaire a reçu son expression définitive dans la deuxième directive de coordination bancaire du 15 décembre 1989. Les établisse-

ments de crédit ne peuvent être agréés que si leur capital initial se monte au moins à 5 mio. d'écus. Comme c'est le cas en Suisse pour les banques en mains étrangères, les autorités compétentes doivent être informées de l'identité et de la participation des actionnaires ou associés directs ou indirects, lesquels doivent offrir toute garantie pour une gestion saine et prudente de l'établissement de crédit. Jusqu'à ce jour la règle de la réciprocité, pour laquelle la Commission sera nouvellement compétente, était controversée. Les autorités de surveillance des Etats membres doivent annoncer à la Commission tout agrément et toute prise de participation de la part d'entreprise de pays tiers, ainsi que les difficultés d'ordre général rencontrées par leurs établissements de crédit dans la procédure d'agrément ou dans l'exercice de leurs activités dans des pays tiers. A ce propos la Commission établit périodiquement à l'attention du Conseil un rapport sur les pays tiers dans lesquels les établissements de crédit de la CE n'ont pas accès au marché ou ne bénéficient pas du traitement national. Sur cette base, le Conseil peut, la majorité qualifiée, charger la Commission d'entreprendre des négociations. En même temps le Conseil peut décider de suspendre provisoirement les demandes d'agrément pendantes qui émanent de ces pays. Cette définition de la réciprocité correspond largement à la nôtre et ne devrait donc poser aucun problème pour la Suisse car la réciprocité est déjà reconnue pour presque tous les Etats membres de la CE (cf. ch. 3.3.3 p. 184). La Commission des banques n'a pas encore eu l'occasion d'aborder cette question pour la Grèce, l'Irlande et le Portugal. Une différence subsiste néanmoins dans la mesure où l'examen de la condition de réciprocité dans la CE n'est pas prescrite de manière contraignante dans chaque cas individuel, et où des sanctions ne peuvent résulter que d'une décision prise à la majorité qualifiée par le Conseil des CE. Le droit de la CE relatif à la réciprocité ne pourra toutefois s'appliquer qu'aux nouvelles filiales de banques de pays tiers et non à celles qui ont déjà été agréées. Il ne vaudra pas pour les succursales sans indépendance juridique qui doivent uniquement respecter les prescriptions d'ordre général du pays d'accueil membre de la CE.

La deuxième directive de coordination bancaire contient d'autres prescriptions d'importance sur l'harmonisation des conditions d'exercice de l'activité bancaire. Les établissements de crédit ne doivent notamment pas détenir, dans des entreprises non financières, des parti-

cipations qualifiées excédant 15% de leurs fonds propres. Le montant total de telles participations est limité à 60% des fonds propres. Les Etats membres peuvent toutefois prévoir des exceptions en ce qui concerne l'acquisition de compagnies d'assurances. Une telle limitation n'existe pas dans la loi sur les banques. Cette nouvelle prescription est aussi valable pour ce qu'on appelle les établissements financiers. Ceux-ci sont définis dans la deuxième directive comme des entreprises n'acceptant pas de dépôts d'épargne et ne garantissant pas de crédits, mais exerçant une ou plusieurs des 14 activités énumérées sur une liste, comme par exemple la gestion de patrimoine, les émissions ou le commerce des valeurs mobilières. La surveillance incombe en principe aux autorités de l'Etat d'origine, exception faite de la compétence du pays d'accueil en ce qui concerne la liquidité et les mesures de politique monétaire. Ce partage des tâches est déjà en vigueur en Suisse pour les succursales de banques étrangères depuis la révision en 1984 de l'ordonnance concernant les banques étrangères. Nouvelle est la disposition permettant aux autorités compétentes de l'Etat membre d'origine de procéder elles-mêmes ou par l'intermédiaire de mandataires à des contrôles auprès des succursales de leurs établissements de crédits situés dans d'autres Etats de la CE. Une telle inspection par des autorités de surveillance étrangères n'est pas possible dans notre pays.

Deux autres directives contiennent des prescriptions minimum sur la dotation en fonds propres et le ratio de solvabilité. Les fonds propres des établissements de crédit de la CE seront ainsi renforcés et les distorsions de concurrence évitées. La directive du 17 avril 1989 concernant les fonds propres des établissements de crédit et la directive du 18 décembre 1989 relative à un ratio de solvabilité des établissements de crédit s'inspirent très largement du document élaboré par le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et intitulé «Uniformisation de la mesure et des normes de fonds propres» (Rapport de gestion CFB 1988 p. 177). Il est vrai qu'il existe des différences insignifiantes par rapport à la définition suisse des éléments admissibles en matière de fonds propres (en particulier la CE n'admet pas comme fonds propres l'engagement de paiement souscrit par les sociétaires et la garantie inconditionnelle d'une commune), mais seules sont concernées les banques régionales suisses qui, de toute manière, n'ont pas d'activité dans la CE. Les prescriptions suisses sur les fonds propres

sont, et c'est ce qui est le plus important, d'ores et déjà largement au-dessus du standard minimum à atteindre pour fin 1992. Des incompatibilités plus marquantes devraient par contre surgir en matière d'établissement des comptes des banques. La directive du 8 décembre 1986 concernant les comptes annuels et les comptes consolidés des banques et autres établissements financiers, qui doit être intégrée au droit interne des Etats membres au plus tard le 31 décembre 1990, contient notamment des prescriptions sur le bilan et le compte de pertes et profits, l'évaluation et la publicité, le contenu de l'annexe du bilan et la consolidation. Les problèmes les plus importants devraient surgir à propos du devoir de publication de comptes consolidés, non encore prévu dans la législation suisse, et en général à propos des exigences de transparence des comptes, par exemple sur le plan des réserves latentes. En principe, les règles d'évaluation de la 4ème directive du Conseil du 25 juillet 1978 sur les comptes annuels de sociétés établissant des limites inférieures pour les actifs et supérieures pour les passifs s'appliquent également aux banques. Contrairement aux prescriptions de notre droit des obligations, il n'existe aucune latitude en matière de constitution de réserves latentes. Il est vrai que la directive concernant les comptes annuels des banques laisse aux Etats membres la possibilité, eu égard aux risques particuliers inhérents aux opérations bancaires, de permettre une évaluation inférieure de 4% au maximum des créances et des papiers-valeurs qui ne constituent pas des immobilisations financières et ne sont pas inclus dans le portefeuille commercial. Les banques voulant faire usage de cette faculté doivent cependant créer au passif un poste «Fonds pour risques bancaires généraux».

Une appréciation définitive des conséquences des règles de la CE en matière d'établissement des comptes sur nos normes respectives n'est pour l'instant pas encore possible. Le point important sera celui de savoir si notre législation sera reconnue comme équivalente dans ce domaine.

Dans ce contexte, la nouvelle directive du 13 février 1989 concernant les «obligations en matière de publicité des documents comptables des succursales, établies dans un Etat membre, d'établissements de crédit et d'établissements financiers ayant leur siège social hors de cet Etat membre» doit être prise en considération. D'après cette directive, les succursales ayant leur siège social dans un pays tiers sont,

par opposition aux succursales de la CE, libérées de l'obligation d'établir des comptes séparés uniquement lorsque les prescriptions en vigueur dans ce pays tiers sont équivalentes à celles de la CE et lorsque la réciprocité est garantie. Mais les critères permettant de déterminer cette équivalence ne sont pour l'instant pas encore connus. C'est pourquoi les succursales des banques suisses sont tenues de présenter soit des comptes annuels se rapportant à leur propre activité, soit un bilan consolidé conforme aux normes de la CE.

De plus sont en préparation des directives concernant la liberté d'établissement et les prestations de services transfrontalières des établissements hypothécaires, la liquidation des établissements de crédit, le système de garantie des dépôts et les grands risques. De même la directive du 13 juin 1983 concernant le contrôle des établissements de crédit sur base consolidée a nouvellement inclus les consortiums bancaires au sommet desquels se trouvent des sociétés holdings sans statut bancaire (sur ce thème ch. 3.4.1).

Le nouveau régime de surveillance de la CE sur les établissements de crédit va conduire à une augmentation de la concurrence et une obligation d'adaptation accrue pour les Etats tiers dans la mesure où leurs législations diffèrent de la législation standard actuellement en cours dans la CE dans le domaine bancaire et financier. Pour la Suisse se pose maintenant la question de savoir de quelle manière elle peut et veut également participer à ce secteur du Marché intérieur. Actuellement est à l'étude la question d'un traité, inédit sur le plan institutionnel, entre la CE et les pays de l'AELE portant sur la création d'un «Espace Economique Européen» et réunissant la totalité des 18 Etats membres des deux organisations. Toutefois, étant donné que la CE exige que les pays de l'AELE reprennent «l'acquis communautaire», une analyse de l'orientation de la législation suisse y relative sera inévitable.

5.3 Rencontre tripartite

Lors de la rencontre annuelle des autorités de surveillance d'Autriche, de République fédérale d'Allemagne et de Suisse, les participants ont procédé notamment à un précieux échange d'informations et d'idées sur l'adaptation du droit national aux normes correspondantes de la CE, la réalisation progressive du Modèle de Bâle: con-

vergence de la mesure et norme de fonds propres (Rapport de gestion 1988, p. 177 s.), la surveillance consolidée des holdings et consortiums bancaires ainsi que la lutte contre le blanchissage d'argent sale.

5.4 Principauté du Liechtenstein

Le Chef du Département fédéral des finances a chargé la Commission des banques en mars 1989 en application de l'art. 13 al. 3 RO-CFB d'établir un rapport spécial sur l'ordre juridique de la Principauté du Liechtenstein et sur ses retombées en Suisse (fuite de capitaux, blanchissage d'argent sale, droit des sociétés, surveillance bancaire, entraide judiciaire). Un groupe de travail sous la présidence du Directeur du Secrétariat et comprenant des délégués de la Banque Nationale Suisse et du Département fédéral des affaires étrangères a entamé ses travaux. La Commission des banques fournira son rapport au Département fédéral des finances durant le premier semestre de l'année 1990.

6. Affaires traitées (statistiques)

6.1 Séances

Lors de 12 séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 298 affaires (310 l'année précédente).

6.2 Décisions

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a rendu 91 (83) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

- | | |
|--|---------|
| • Autorisations en vertu des art. 3, 3bis et 3ter LB | 43 (45) |
| • Assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux art. 7 et 8 LB | 14 (4) |
| • Changement d'institution de revision bancaire (art. 39 al. 2 OB) | 11 (20) |
| • Fonds propres, liquidité et répartition des risques | 6 (2) |
| • Comptes annuels | 1 (1) |

- Garantie d'une activité irréprochable, organisation interne 1 (8)
- Dénonciations pénales 7 (-)
- Divers 8 (3)

De ces 91 décisions, 8 ont fait l'objet d'un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral.

6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'art. 5 RO-CFB. Par ses recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter, dans un laps de temps déterminé, un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission des banques.

Durant l'année écoulée, 52 (64) recommandations ont été émises. Elles ont toutes été acceptées par les banques. Les recommandations concernaient les domaines suivants:

- Fonds propres 5 (1)
- Répartition des risques 6 (11)
- Comptes annuels 39 (52)
- Organisation 2 (-)

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'art. 21 OB traité par le Secrétariat s'est élevé à 261 (206).

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi

7.1 Etat à la fin 1989

- Banques 517 (513)
- dont:
 - en mains étrangères 122 (120)
 - succursales de banques étrangères 30 (33)

• Caisses Raiffeisen	1217	(1228)
• Fédération Vaudoise des Caisses de Crédit Mutuel	13	(14)
• Sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	4	(4)
• Sociétés financières à caractère bancaire assujetties aux seuls art. 7 et 8 LB	143	(135)
• Représentations de banques étrangères	81	(76)
• Banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse	22	(20)
• Institutions de revision agréées pour la revision des banques	21	(22)

7.2 Autorisations délivrées en 1989

Banques organisées selon le droit suisse

- Banque Morval & Cie SA, Genève, transformation de société financière en banque
- Banque de Gestion Financière BAGEFI, Zurich, nouvelle création
- Incabank SA, Genève, nouvelle création
- Sydbank (Schweiz) AG, Zurich, nouvelle création
- Lips, Burkhard & Partner AG, Zurich, transformation de société financière en banque
- Banque Baring Brothers (Suisse) SA, Genève, transformation de société financière en banque
- Banque Hauslage, Wacker & Cie, Genève, nouvelle création
- Landesbank Rheinland-Pfalz (Schweiz) AG, Zurich, transformation de société financière en banque
- Bank Morgan Stanley AG, Zurich, transformation de société financière en banque

Succursales et agences de banques étrangères

- SEB Investment Management Skandinaviska Enskilda Banken SA, Luxembourg, succursale à Genève

Représentations

- Ceskoslovenska Obchodni Banka AS, Prague, représentation à Zurich
- Türkiye Is Bankasi, Ankara, représentation à Zurich
- Caja de Ahorros de Galicia, La Coruña, représentation à Zurich
- Banco Bilbao Vizcaya SA, Bilbao, représentation à Zurich
- Banco de Sabadell, Sabadell, représentation à Genève

Banques étrangères autorisées à obtenir des fonds en dépôt en Suisse

- Türkiye Is Bankasi, Ankara
- Yapi ve Kredi Bankasi AS, Istanbul

Sociétés financières à caractère bancaire (assujetties aux seuls art. 7 et 8 LB)

- Universal Securities (Switzerland) Co. Ltd., Zurich
- Taiheyo (Schweiz) AG, Zurich
- BMS Finanz AG, Zurich
- Eurasco Zurich AG, Zurich
- Towa (Schweiz) AG, Zurich
- Maruman Securities (Schweiz) AG, Zurich
- Norinchukin Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Fusterie Financière (FESA), Genève
- Samba Finance SA, Genève
- Globo Investkredit AG, Pfäffikon SZ
- KEB Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Citation SA, Zurich
- Ryoko Securities (Schweiz) AG, Zurich
- Bansabadell Finance SA, Genève

7.3 Cessation de l'activité

Cessation de l'activité bancaire

- Allgemeine Aargauische Ersparniskasse, Aarau; fusion avec Aargauische Hypotheken- & Handelsbank, Brugg, en une nouvelle Aargauer Bank

- Caisse de Crédit Mutuel de Genolier; fusion avec Caisse de Crédit Mutuel de Bassins-le-Vaud
- Banque Romande, Genève; reprise par Banca della Svizzera Italiana, Lugano

Cessation de l'activité comme société financière à caractère bancaire

- Schweizerische Elektrizitäts- und Verkehrsgesellschaft, Bâle
- Schweizerisch-Amerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft, Zoug
- Cloverhill Finance SA, Genève
- Securities Pacific (Switzerland) SA, Genève
- Morgan Grenfell Securities SA, Genève
- Forfaitierungs- und Finanz AG, Zurich
- CIBC Finanz AG, Zurich
- Magestic Investment & Finance Corporation Ltd., Zurich
- Baring Brothers SA, Zurich
- Morgan Stanley SA, Zurich
- Morval & Cie SA, Genève
- Rheinland-Pfalz Finanz AG, Zurich

Cessation de l'activité comme institution de revision agréée

- Swirex Bancontrol, Zurich; fusion avec Ernst & Young, Zurich

IV. Surveillance des fonds de placement

1. Revision de la loi fédérale sur les fonds de placement

En décembre 1989, la Commission des banques a pris connaissance des propositions que l'Association suisse des banquiers a élaborées à l'attention du Chef du Département des finances en vue de réviser la Loi fédérale sur les fonds de placement (cf. Rapport de gestion 1988, p. 186). Ce projet vise principalement à rapprocher la législation suisse de la directive communautaire du 20 décembre 1985 (cf. ch. 4.2 p. 218).

Depuis le 1er octobre 1989, le Marché intérieur européen créé par la «Directive portant coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant certains organismes de placement collectif en valeurs mobilières» (Directive OPCVM) est devenu une réalité. Même si tous les pays membres de la CE n'ont pas encore adapté leur législation respective à cette directive et si le droit sur la commercialisation et le droit fiscal n'ont pas été inclus dans cette harmonisation, un Marché va naître dont le volume est estimé à environ 250 mia. US-Dollar.

Il s'agit d'étudier dans quelle mesure la Suisse pourrait également prendre part à ce Marché commun. Après que des discussions bilatérales ont eu lieu entre la Suisse et la CE (Rapport de gestion 1988 p. 196), des conférences multilatérales se tiennent maintenant entre la CE et l'AELE au sujet de la création d'un «Espace Economique Européen», conférences dont l'issue est pour l'instant encore incertaine.

Une comparaison entre les prescriptions de la Directive OPCVM et celles de la loi suisse sur les fonds de placement ne révèle que peu de différences importantes. Ainsi, contrairement à la CE, la Suisse connaît une dénomination stricte selon laquelle seuls sont admis les fonds de placement de type contractuel et non les sociétés d'investissement. En outre, en Suisse une banque peut faire en même temps office de direction de fonds tandis que dans la CE la séparation juridique entre la direction du fonds et le dépositaire – lequel ne doit pas nécessairement être une banque – est prescrite de manière obligatoire. Un OPCVM peut placer ses actifs à concurrence de 10% au maximum dans des valeurs mobilières du même émetteur (Suisse: 7,5%). Pour ce qui est des valeurs mobilières émises ou garanties par cer-

tains organismes nationaux ou multilatéraux à caractère public, les Etats membres peuvent assouplir cette prescription sur la répartition des risques. Contrairement aux fonds de placements suisses, les OPCVM sont autorisés à emprunter temporairement à concurrence de 10% de la valeur du fonds. Les prescriptions de la CE en matière d'information des porteurs de parts sont considérablement plus larges. La direction du fonds doit notamment publier pour chaque OPCVM aussi bien un prospectus qu'un rapport de gestion annuel et un rapport semestriel dont le contenu minimal est décrit dans la Directive.

La Commission des banques formulera ses propositions et les soumettra au Département fédéral des finances.

2. Nouveau règlement modèle et nouvelle circulaire no 18

2.1 Répartition des risques

D'après l'art. 7 al. 1 LFP, la direction du fonds ne peut effectuer, dans une même entreprise, des placements qui représentent en tout plus de 7,5% de la fortune du fonds de placement.

Dans le passé, la Commission des banques a estimé que cette limite de 7,5% s'appliquait à toutes les obligations. Cependant, lors de l'examen du nouveau règlement modèle qui lui avait été soumis par l'Association suisse des banquiers, la Commission des banques a dû constater que la loi devait être interprétée d'une manière plus souple en ce qui concerne les obligations émises par les Etats centraux.

Afin d'améliorer la position de concurrence des fonds suisses à l'égard de l'étranger, la Commission des banques a autorisé les directions à prévoir dans le règlement de leurs fonds que pour les emprunts émis par des Etats centraux dans la monnaie du débiteur, la cotité n'est pas limitée. Mais il faut préciser que seuls les fonds dont le règlement prévoit expressément cette nouvelle clause introduite à l'art. 10 let. d du règlement modèle peuvent bénéficier de ce changement de pratique.

2.2 Adaptation des règlements de fonds existants

Pour pouvoir bénéficier de la nouvelle pratique de la Commission des banques en ce qui concerne la répartition des risques et pour pouvoir utiliser les possibilités qu'offre la circulaire no 18 dans le domaine des options et des futures, les directions de fonds doivent faire modifier le règlement par le juge, afin de l'adapter au texte du nouveau règlement modèle.

Au cours de l'année 1989, de nombreuses directions ont entamé cette procédure. En application des dispositions de l'art. 10 LFP, le juge sollicite dans chaque cas l'avis de l'autorité de surveillance, qui a à lui confirmer que le nouveau texte répond aux prescriptions légales.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Fonds de placement immobiliers: nouvelle circulaire no 19

Comme l'année dernière (cf. Rapport de gestion 1988 p. 189 s.), la Commission des banques s'est occupée durant l'année sous revue de façon détaillée du problème de l'estimation de la valeur vénale des fonds de placement immobiliers, du traitement de ce problème dans le rapport de revision et de l'octroi d'un droit de souscription. Une conférence avec les représentants de la direction des fonds, des institutions de revision ainsi qu'avec plusieurs experts indépendants s'est tenue le 31 janvier 1989.

Le 8 août 1989, la Commission des banques a adopté la nouvelle circulaire no 19 «Estimation de la valeur vénale et politique d'émission des fonds de placement immobiliers». Bien que l'Association suisse des banquiers ait émis, dans la procédure de consultation, un doute sur la légalité d'un «contrôle des émissions», la Commission des banques considère que les mesures prises face aux conditions prévalant sur le marché immobilier sont indispensables bien qu'elle soit tout à fait consciente du fait que l'autorité de surveillance ne peut pas inter-

venir dans la politique de gestion des directions de fonds. La circulaire fixe les règles suivantes:

1. La direction du fonds justifiera de manière détaillée et en précisant les facteurs déterminants (âge, état, situation et genre de l'immeuble, vacances éventuelles, planification etc.) le taux de capitalisation qu'elle a retenu pour l'estimation de la valeur vénale. De son côté, le reviseur rendra compte, dans son rapport de revision, de l'appréciation qu'il fait de ce taux.
2. Les directions de fonds sont invitées à n'émettre dorénavant de nouvelles parts que par tranches et en accordant aux porteurs de parts anciens un droit de souscription proportionnel aux parts qu'ils détiennent déjà. Avant chaque nouvelle émission, les experts permanents examineront la valeur vénale de tous les biens du fonds.
3. Les directions de fonds informeront, au moins 20 jours à l'avance, la Commission fédérale des banques de leur intention d'émettre de nouvelles parts; cette communication comprendra les conditions fixées par ladite émission.
4. Les institutions de revision s'exprimeront dans leurs rapports sur le respect de cette circulaire.

3.2 Conversion de la comptabilité dans une monnaie étrangère

Jusqu'en 1985, l'unité de compte de tous les fonds de placement ne pouvait être que le franc suisse et la comptabilité était tenue dans notre monnaie nationale même si les placements du fonds étaient faits dans une monnaie étrangère.

A la suite de la modification du 6 novembre 1985 de l'Ordonnance sur les fonds de placements, le règlement d'un fonds peut désigner une monnaie étrangère à titre d'unité de compte s'il est prévu de placer la majeure partie de l'actif dans cette monnaie.

En 1989, des directions ont manifesté le désir de demander au juge de modifier le règlement d'anciens fonds en obligations étrangères afin de choisir comme unité de compte la monnaie étrangère dans laquelle les placements sont faits. Cette modification du règle-

ment implique la conversion de la comptabilité dans la monnaie étrangère. La question s'est donc posée de savoir comment cette conversion pouvait être réalisée.

Deux cas doivent être distingués:

1. Si dès l'origine, à côté de la comptabilité en francs suisses, une comptabilité parallèle a aussi été tenue dans la monnaie étrangère et si le règlement est modifié par le juge, la comptabilité en francs suisses peut être alors abandonnée et seule la comptabilité en monnaie étrangère continue à être tenue.
2. Par contre, si la comptabilité n'a été tenue qu'en francs suisses, sa conversion dans la monnaie étrangère pose un problème. En effet, si on convertissait aujourd'hui dans la nouvelle unité de compte, au cours actuel de cette devise, le prix de revient figurant en francs suisses dans la comptabilité, on obtiendrait un prix de revient qui ne correspondrait plus au prix de revient historique calculé dans la monnaie étrangère.

Comme il n'est pratiquement pas possible, après coup, de reconstruire entièrement la comptabilité en monnaie étrangère, il a fallu trouver une solution pragmatique qui soit réalisable sans complications excessives mais qui permette néanmoins de respecter les principes régissant la comptabilité des fonds de placement.

Après avoir examiné deux variantes que lui avaient soumises en 1987 trois grandes banques, la Commission des banques a donné sa préférence à une solution dont les caractéristiques sont les suivantes:

- Le prix de revient effectif en monnaie étrangère de chaque poste de titre est repris dans la comptabilité;
- sur ces bases, on calcule le cours moyen historique de la devise;
- si, pour certains postes de titres, le prix de revient effectif n'est connu qu'en francs suisses, on calcule le prix de revient en monnaie étrangère en appliquant le cours moyen historique de la devise;
- on convertit sur la base du cours moyen historique de la devise les comptes du bilan qui ont un caractère historique, soit notamment le compte des gains respectivement des pertes accumulés, le compte

des répartitions aux porteurs de parts des exercices précédents et le compte des certificats;

- en revanche, les comptes de liquidité et de banque, les débiteurs et les créanciers ainsi que les comptes transitoires sont convertis au cours du jour de la devise;
- la différence provenant au bilan de l'application de deux cours de change différents sera balancée par le compte des certificats.

Avant de prendre position envers le juge sur une requête de modification du règlement, la Commission des banques demande au reviseur du fonds une attestation selon laquelle la procédure de conversion de la comptabilité est correctement appliquée et que cette comptabilité répond aux exigences légales.

3.3 Europrogramme

Pendant l'année 1989, un grand pas a été franchi dans le processus de liquidation du fonds de placement Europrogramme 1969 (EPR 69). La vente de tous les immeubles a pu être réalisée. Ils ont été achetés en bloc par le groupe SASEA Holding. Le versement par l'acheteur d'un premier acompte correspondant aux 40% du prix d'achat a permis, à fin novembre 1989, la distribution aux porteurs de parts d'un premier versement de frs. 47 par part. Le solde du prix d'achat sera payé par tranches ces prochaines années, ce qui permettra de faire, au fur et à mesure, de nouveaux paiements annuels. La liquidation complète du fonds EPR 69 peut être envisagée dans un avenir relativement proche.

La liquidation du fonds Europrogramme International (EPR) a aussi progressé. Les derniers immeubles ont été réalisés. La clôture de la liquidation de ce fonds devrait pouvoir intervenir dans un des prochains exercices.

Au cours de l'année 1989, la totalité des actions de la société de direction des fonds a passé en mains d'une société de Lugano, filiale d'une société de Milan constituée par un groupe important de porteurs de parts du fonds EPR 69.

La direction d'un fonds de placement suisse doit gérer le fonds librement et assurer l'égalité de traitement entre les porteurs de parts. Le principe n'est plus respecté si la direction tombe sous le contrôle d'un groupe de porteurs de parts et il existe des risques de conflits d'intérêts.

La direction ne remplissant plus les conditions légales, la Commission des banques, dans sa séance de décembre 1989, lui a retiré l'autorisation de gérer les fonds EPR et a nommé Fiducia Bankenrevision AG, Bâle, comme gérant. Le rôle principal du gérant sera de mener à terme la liquidation des deux fonds le plus rapidement possible.

Cette décision a fait l'objet de deux recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral. Les recours sont encore pendants.

3.4 Bancor SA, Genève

Par décision du 12 octobre 1989, la Commission des banques a décidé que les fonds récoltés par Bancor SA, Genève, constituaient un fonds de placement, toutes les conditions légales étant réunies (appel au public, placement collectif, répartition des risques, administration par un tiers). La liquidation avec effet immédiat de ce fonds non autorisé a été confiée à un gérant, en l'occurrence à un organe de révision agréé. Cette décision a fait l'objet d'un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral. L'arrêt n'a pas encore été rendu.

4. Relations avec d'autres Autorités et des Associations

4.1 Contacts avec le Département fédéral des finances

En février 1988, la Commission des banques avait attiré l'attention du Chef du Département fédéral des finances sur la création par des banques suisses de fonds de placement à l'étranger (cf. Rapport de gestion 1987, p. 191 s.). Depuis lors, le phénomène s'est encore accentué. Plusieurs banques suisses ont manifesté leur volonté de créer à l'étranger, notamment à Luxembourg, des fonds de placement sans avoir sur place une organisation leur permettant d'assurer l'administration par leurs propres moyens. La Commission des banques a

informé le Chef du Département fédéral des finances de l'évolution de la situation.

4.2 Entretiens avec l'Association suisse des banquiers

Au cours de leurs entretiens, les délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont aussi entretenues de problèmes touchant le domaine des fonds de placement. Deux sujets ont particulièrement retenu leur attention:

- La question de l'estimation des immeubles des fonds de placement immobiliers et les mesures prises par la Commission des banques pour faire face aux risques de dilution de capital lors de l'émission de nouvelles parts;
- les propositions de l'Association suisse des banquiers, préparées par son groupe de travail, en vue d'une adaptation de la Loi fédérale sur les fonds de placement au droit de la CE (cf. ch. 1 ci-dessus).

4.3 Groupe de contact

Un échange d'expériences et d'informations a lieu chaque année entre les représentants des autorités de surveillance des fonds de placement des membres de la Communauté européenne, de la Suède, des USA, du Canada et de la Suisse. Pour la première fois, une délégation du Japon était aussi présente. En 1989, la réunion a été organisée à Londres par le SIB Securities and Investments Board.

La conférence a passé en revue l'évolution de la législation sur les fonds de placement dans les pays participant à la réunion, notamment dans la perspective de la création du marché libre dans les pays de la CE. La conférence a aussi procédé à un tour d'horizon des problèmes actuels que posent les fonds de placement et leur surveillance.

5. Affaires traitées

Durant l'année 1989, 105 affaires (87) ont été traitées par la Commission des banques. Les recours contre deux décisions rendues en 1988 sont encore pendants aujourd'hui devant le Tribunal fédéral.

6. Développement des fonds de placement en 1989

	Nombre au 31.12.		Fortune des fonds au 31.12. en mio. fr.		Emissions ./ rachats au 31.12. en mio. fr.	
	1989	1988	1989	1988	1989	1988
Fonds suisses						
Fonds mobiliers	173	151	30 110	28 606	272	3 150
Fonds immobiliers	32	33	9 411	9 083	2	1 017
Total	205	184	39 521	37 689	274	4 167
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	143	110			2 087	2 091

Les rapports mensuels de la Banque Nationale Suisse contiennent d'autres données statistiques (tableaux 53 et 53a).

Durant l'année sous revue, 23 (12) nouveaux fonds mobiliers ont été créés:

- CBI Europe 1992
- CS Tiger Fund
- Euromed Fund
- FAR
- Fortuna Anlagefonds
- Hentsch Balanced Investment Fund
- IberiaValor
- Leu Foreign Bonds
- Multibond High Yield
- Pictet Valsuisse
- RCB Equity Fund
- Rothschild Am-Equity
- Rothschild Swiss Equity
- UBS Portfolio Invest – D-Mark Capital Gain
- UBS Portfolio Invest – D-Mark Income
- UBS Portfolio Invest – Ecu Capital Gain
- UBS Portfolio Invest – Ecu Income
- UBS Portfolio Invest – Swiss Franc Capital Gain
- UBS Portfolio Invest – Swiss Franc Income
- UBS Portfolio Invest – US-Dollar Capital Gain

- UBS Portfolio Invest – US-Dollar Income
- ZKB – Fonds Aktien
- ZKB – Fonds Fremdwährungsobligationen

Durant l'année sous revue, une société d'assurance a de nouveau créé un fonds de placement. Pour la première fois, une banque cantonale a reçu l'autorisation de distribuer deux fonds sous son propre nom, c'est-à-dire en dehors de l'organisation commune des banques cantonales pour l'activité de fonds de placement.

Suite à la dénonciation du contrat de placement collectif par la banque dépositaire, le fonds immobilier UTO est entré en liquidation. A l'heure actuelle, il y a encore 3 (2) fonds de placement immobiliers en liquidation, plus précisément Europrogramme International, Europrogramme International Série 1969 ainsi que le fonds immobilier UTO. Durant l'année sous revue, la liquidation du fonds de placement Grobar a été terminée.

Les fonds étrangers autorisés à faire appel au public ont également connus une augmentation de 33 unités. Le nombre atteint maintenant 143 fonds. 22 de ces nouveaux fonds ont leur domicile au Luxembourg.

A la fin de l'année 1989, la statistique par pays était la suivante:

• Pays sans surveillance comparable à celle exercée en Suisse (Antilles néerlandaises, Ile Cayman, Guernsey, Jersey, Iles vierges britanniques, Liechtenstein, Panama)	40 (38)
• République Fédérale d'Allemagne	23 (14)
• Luxembourg	77 (55)
• USA	2 (3)
• Autriche	1 (-)

V. Surveillance des lettres de gage

Le Secrétariat de la Commission des banques doit assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la loi sur l'émission des lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de revision bancaire examinent, pour leur part, le registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les revisions opérées en 1989 n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

Tout en conservant la responsabilité finale de la Commission des banques, le Secrétariat a chargé l'Association de revision de banques régionales suisses d'examiner dans les détails à l'avenir les comptes de la Banque des lettres de gage d'établissements suisses de crédit hypothécaire et de contrôler si son activité est conforme à la loi. Depuis plusieurs années déjà, une solution analogue fait ses preuves pour l'examen de la Centrale de lettres de gage des banques cantonales suisses.

VI. Commission des banques et secrétariat

1. Commission des banques

Atteint par la limite de durée de fonction fixé pour les membres des commissions extra-parlementaires, M. le Professeur Alain Hirsch, membre depuis 1974 et vice-président depuis 1987 a quitté ses fonctions au sein de la Commission des banques à la fin de l'année 1989.

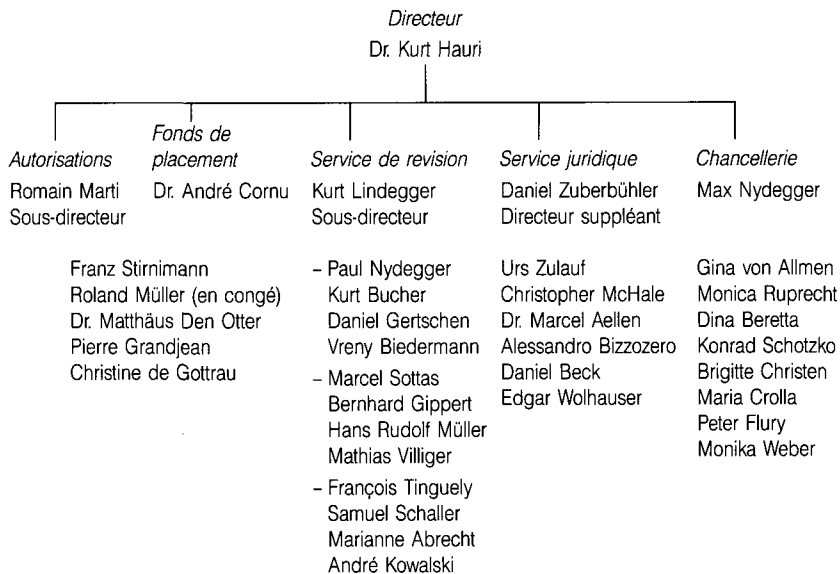
2. Secrétariat

Il y a un an, la Commission des banques a été contrainte d'exprimer ses craintes quant à l'insuffisance du personnel de son Secrétariat (cf. Rapport de gestion 1988 p. 200 s.). Entre temps, le Département des finances a répondu dans une large mesure à ses attentes. L'effectif du personnel a été augmenté durant l'année sous revue de 6,8 pour atteindre 34,3 postes de travail. Pour l'année 1990, une autre augmentation absolument nécessaire est prévue. La situation du personnel, eu égard à l'importance de sa responsabilité, a pu être améliorée.

3. Comptes annuels

	Dépenses		Recettes	
	1989 frs.	1988 frs.	1989 frs.	1988 frs.
Autorité et Secrétariat	3 065 302	2 891 496		
Frais généraux	2 727 471	2 541 966		
Emoluments de surveillance				
– Banques			4 471 585	4 110 588
– Fonds de placement			588 000	605 000
Emoluments d'arrêtés et d'écritures			796 068	802 692
Report des années précédentes			356 716	271 898
Report à compte nouveau	419 596	356 716		
	6 212 369	5 790 178	6 212 369	5 790 178

4. Organigramme



EBK CFB